

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement-Preis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. vierteljährlich, 2,20 Mk. halbjährlich, 4,00 Mk. jährlich, frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Zustellungsliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Ostpreußen-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die schlagzeilenartige Annoncen oder deren Raum 30 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Benennungsbekanntmachungen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das fertige Wort 10 Pf. (zählend 2 fertige Wörter), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Geschäftsverhandlungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 25 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 12. Dezember 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Güterpreise und Schutzzoll.

Der Einfluß der Schutzzölle auf die Preisgestaltung des Grund und Bodens ist unverkennbar. Erst in der jüngsten Zeit wieder wurde von einer ganz ungeheuerlichen Preissteigerung eines Gutes in den vergangenen 13 Jahren berichtet. Die Gewissheit der preissteigernden Wirkung der Schutzzölle auf die Güterpreise basiert aber nicht allein auf vereinzelte Beobachtungen. Es sind vielmehr wiederholt eingehende wissenschaftliche Untersuchungen über die Preissteigerungen der Güter und ihre Ursachen angestellt worden. Die Arbeiter Walter Rathkegels wurden alsbald nach ihrer Veröffentlichung in den Nummern des „Vorwärts“ vom 20. und 21. April 1911 eingehend besprochen. Neuerdings sind infolge einer Preisauflage der staatswirtschaftlichen Fakultät der Universität München zwei Werke erschienen, die den Versuch unternehmen, die Gestaltung der Güterpreise bestimmter Bezirke im Jahrzehnt 1900 bis 1910 festzustellen und zu erklären. Es lohnt sich, diese Werke kurz zu würdigen, zumal die Verfasser zu entgegengesetzten Resultaten gelangen.

Dr. Hörenz hat die Besitzwechsel in den sechs Rentamtsbezirken Nisch, Dachau, Freising, Ingolstadt, Pfaffenhafen und Schrobenhausen bearbeitet. Seine Untersuchungen umfassen 2766 Kaufabschlüsse bei 2086 landwirtschaftlichen Gütern im Umfang von 2 bis 100 Hektar. Die kleinen Güter unter 2 Hektar hat er außer Betracht gelassen. Mit der Untersuchung ihrer Preisgestaltung, für die besondere Momente in Frage kommen, würde er den Rahmen seiner Aufgabe überschritten haben. Zudem werden diese kleinen Betriebe meist von Iwerkbauern und Landarbeitern im Nebenberuf bewirtschaftet und können daher nicht mehr zu den eigentlichen landwirtschaftlichen Gütern gezählt werden. Ferner hat der Verfasser den Besitzwechsel durch Erbgang und Uebergabe nicht berücksichtigt, weil er mit Recht angenommen hat, daß in diesen besonderen Fällen die allgemeine Preissteigerung nicht rein zum Ausdruck kommt.

In den durch regelrechten Verkauf erfolgten Besitzwechsellfällen hat Hörenz nun eine durchschnittliche Gesamtpreissteigerung der Güter in dem ersten Jahrzehnt des laufenden Jahrhunderts von vierzig Prozent gefunden. Davon führt er in außerordentlich interessanten Darlegungen 0,25 Proz. auf die Bodeninschließungen, 0,5 Prozent auf die Neuanlage von Bahnen, 20 Proz. auf Kulturunternehmungen und Verbesserung der Betriebstechnik und 19,5 Proz. direkt auf den Zolltarif von 1902 zurück. Da andererseits die gestiegenen Löhne der Arbeiter eine 4 1/2-prozentige Wertminderung ausmachen, verbleibt im ganzen eine Werterhöhung von 36 Proz.

Natürgemäß ist die Preisbewegung in den einzelnen Größenklassen sehr ungleich. Nach den Hörenz'schen Untersuchungen tritt die Preissteigerung durch Verbesserung der Betriebstechnik und durch Kulturunternehmungen, wie Bodenmeliorationen usw., besonders bei den Gütern mit schlechtestem Boden ein; der Einfluß des Zolltarifs hingegen zeigt sich vor allem dort, wo viel Getreide verkauft wird, also bei den größeren Gütern. Folgende Aufstellung veranschaulicht die Preisbewegung:

Der Durchschnittspreis betrug, wenn der Durchschnittspreis für die Zeit von 1900 bis 1902, also bis zur Zolltarifsannahme durch den Reichstag, gleich 100 gesetzt wird:

Größe in Hektar	Ertrags- und Abfallklasse	1900/02	1909
2-5	mäßig	100	181,1
	gut	100	154,6
	vorzüglich	100	144,4
5-20	mäßig	100	149,6
	gut	100	145,9
	vorzüglich	100	128,6
20-100	mäßig	100	151,5 (i. J. 1908)
	gut	100	183,2
	vorzüglich	100	—?

Hiernach wäre also das zunächst überraschende Ergebnis zu verzeichnen, daß die kleinsten und ertragarmsten Güter die größte Preissteigerung mit 84,1 Proz. erfahren haben, daß mit der Zunahme der Größe und des Ertrages die Preissteigerung geringer wird, bis zu 28,6 Proz. sinkt, um dann schließlich bei den größeren Gütern mit gutem Ertrag wieder auf 83,2 Proz. in die Höhe zu schnellen. Hörenz zeigt indes, daß diese eigenartige Preissteigerung das natürliche Ergebnis der Produktionsbedingungen der betreffenden Betriebsgrößenklassen ist. Die Güter über 20 Hektar verkaufen eben viel Getreide, und je mehr sie davon auf den Markt bringen, um so günstiger ist die Wirkung des Zolltarifs. Die geringe Preissteigerung von 28,6 Proz. in der Klasse „vorzüglich, 5 bis 20 Hektar“

führt Hörenz darauf zurück, daß hier einerseits die Verbesserung der Betriebstechnik nur wenig Einfluß ausübt, denn der vorzügliche Boden in dieser Klasse erfordert keine oder doch nur geringe Bodenverbesserungen, und andererseits auch die Wirkung des Zolltarifs nur minimal ist, da wenig Getreide verkauft wird. Bei der Klasse „vorzüglich, 5 bis 20 Hektar“ ist nach Hörenz auch die Grenze, wo der unmittelbare Einfluß des Zolltarifs aufhört. Die Besitzer von Gütern unterhalb dieser Grenze hätten kein Interesse mehr an Schutzzoll. Er schließt das auch aus dem Umstand, daß bei den mittleren Gütern der Umfang am geringsten ist. Endlich erklärt Hörenz die enorme Preissteigerung der kleinen ertragarmen Güter mit der Güterspekulation, die sich unter der Hegide des Schutzzoll entwickelt habe. Und die Träger dieser Güterspekulation sind nicht so sehr die Händler und Güterschlichter, sondern die Landwirte selbst. Sie vor allem kennen die preissteigernde Wirkung des Zolles aus ihrer Praxis und wissen, daß heute selbst ein teuer bezahltes Gut seinem Besitzer eine hohe Rente verschafft.

Wie alle Spekulation, so birgt aber auch die Güterspekulation die aller schlimmsten volkswirtschaftlichen Gefahren: für die Grundbesitzer die Gefahr der Ueberschuldung, für die nichtlandwirtschaftlich tätige Bevölkerung die Gefahr einer weiteren Preissteigerung der wichtigsten Lebensmittel. Die Zollschuttforderungen der Agrarier werden immer unerschämter, und bei der politischen Machtstellung des Grundbesitzes ist vorläufig noch zu befürchten, daß ihre Forderungen bei der Regierung und den herrschenden Parteien Gehör finden.

Doch die Wirtschaftspolitik eines Staates ist nichts Unantastbares; sie ist abhängig von den politischen Machtverhältnissen. Nur ein politisch Blinder wird leugnen können, daß sich in diesen Machtverhältnissen eine gründliche Wandlung angebahnt hat. Das Volk wird sich auf die Dauer eine Wirtschaftspolitik, die nur den Interessen des Grundbesitzes dient, nicht gefallen lassen. Und wenn schließlich die weiteren Forderungen des überschuldeten Grundbesitzes nach höherem Zollschutz unbeachtet bleiben — man braucht nicht einmal an den Fall zu denken, daß die jetzt geltenden Zollsätze ermäßigt oder ganz beseitigt werden — dann steht dieser Grundbesitz vor einer Krise, wie sie ähnlich in den 80er und 90er Jahren eingetreten ist. Auch damals, nach dem 70er Krieg, hatte die Güterspekulation gesunde Bahnen eingeschlagen. Als dann durch die Konkurrenz des amerikanischen Getreides die Kornpreise sanken, bedeutete das für die stark verschuldeten Landwirte den Ruin, denn es war ihnen nun vielfach nicht mehr möglich, die hohen Zinsbeträge für ihre Hypotheken aufzubringen. Nun sollte der Staat der bedrängten Landwirtschaft helfen! Und er half durch die Erhöhung hoher Zollschränken! Mehrfach sind die Zollsätze seitdem erhöht worden, zuletzt durch den Zolltarif von 1902. Statt aber der Landwirtschaft Hilfe zu bringen, findet die Spekulation einen immer fruchtbareren Nährboden.

Auch Hörenz weist darauf hin, daß die Spekulation so gleich eine größere Ausdehnung annahm, als der neue Zolltarif kaum beschlossen, also noch nicht einmal in Kraft getreten war. Er sagt: „Das Studium der Kataster lehrt, daß der Besitzwechsel im letzten Jahrzehnt ganz bedeutend zugenommen hat“; in manchen Fällen seien so viele Wechsel ein und desselben Gutes in so kurzer Zeit erfolgt, daß von einer Bewirtschaftung überhaupt nicht mehr die Rede sein konnte; diese Güter waren lediglich Handelsware und Spekulationsobjekte. Wegen dieser Folgeerscheinung beantwortet Hörenz denn auch die Frage, ob der Getreidezoll die Lage der Landwirtschaft verbessert habe, dahin: Für den Augenblick: Ja; für die Dauer: Nein! „Der Gesetzgeber hat die unerfreuliche Begleiterscheinung des Schutzzolles nicht berücksichtigt; er hat mit Menschen gerechnet, wie sie sein sollten; er hat sich daher verrechnet. Der Wirtschaftspolitiker aber nimmt die Menschen wie sie sind; er sieht im Getreidezoll eine „Schraube ohne Ende“, zum Nachteile der Gesamtnation, niemals aber ein Mittel zur dauernden Besserung der Landwirtschaft.“

So wird hier von einem bürgerlichen Forscher alles das bestätigt, was die Sozialdemokratie seinerzeit über die Wirkung des Zolltarifgesetzes vorausgesagt hat. Die Hörenz'sche Schrift hat nur den Mangel, daß sie mit der Aufdeckung der schädlichen Folgen des Zolltarifs nicht zugleich den schärfsten Kampf gegen eine solche gemeingefährliche Wirtschaftspolitik fordert. Aus einer Stelle seines Werkes, wo er von dem Zolltarif von 1902 als von einem Volksoffer spricht, das bei begünstigten Landwirten seinen Zweck, sie vor dem Zusammenbruch zu retten, voll erreicht hätte, kann man vielmehr den Eindruck gewinnen, daß der Verfasser Freund eines mäßigen Schutzzolles ist.

Zu entgegengesetzten Ergebnissen als Hörenz gelangt der Verfasser der Schrift über die Bewegung der landwirtschaftlichen Güterpreise in der Oberpfalz, Dr. Stechele. Dieser will herausgefunden haben, daß nicht sowohl die schutzöllnerische Wirtschaftspolitik, sondern viel mehr der höhere Stand der landwirtschaftlichen Produktionsweise die Preissteigerung der landwirtschaftlichen Güter herbeigeführt habe. Stechele ist daher der Mann der „Deutschen Tageszeitung“, die von ihm sagt, daß er mit „großer

Gründlichkeit und Schlichtheit im Rahmen seines Themas den Standpunkt seines früheren Lehrers Brentano in teilweise neuartiger Begründung“ widerlegt habe. Das Agrarierblatt verfehlt denn auch nicht, seine Leser auf die „wertvolle Schrift“ hinzuweisen. Doch ist Stecheles Werk auch für die Hochschützöllner ein zweischneidiges Schwert.

Stechele hat die Güterpreise in 85 von im ganzen 253 Gemeinden der vier bayerischen Rentämter Regensburg I (ohne Stadt) und II, Burglengenfeld und Rabburg untersucht. In diesem Gebiete sind die Güter- und Grundstückspreise während des Jahrzehnts 1900 bis 1910 nahezu um das Doppelte, nämlich 98 Proz. gestiegen. Im Gegensatz zu Hörenz hat Stechele den Preissteigerung mit berücksichtigt; daher die bedeutend größere Preissteigerung. Bei Ausschaltung des Iwerq- und Parzellensbesitzes rechnet Stechele eine nur wenig größere Preissteigerung als Hörenz heraus, nämlich eine 49-prozentige. Diese Preissteigerung hat nach Stechele vor allem die bessere Bodenkultur und die intensivere und rationellere Wirtschaftsweise bewirkt. Außerdem aber, da das nun einmal nicht zu leugnen ist, haben auch die höheren (durch den Zolltarif herbeigeführten) Preise für die pflanzlichen und tierischen Erzeugnisse der Landwirtschaft die Wertsteigerung des Grund und Bodens begünstigt. Stechele sucht jedoch durch ein eigenartiges Verfahren den ungewissen Zusammenhang zwischen Zoll und Preis zugunsten der Agrarier zu deuten. Er bemüht sich nämlich, zu zeigen, daß die Güterpreise nach der Zollerrhöhung (1906) verhältnismäßig nicht stärker gestiegen seien als vorher, es sei vielmehr eher ein kleiner Rückschlag festzustellen. Der Getreidezoll habe die erwartete Wirkung wohl nur bei den Weizenpreisen ausgeübt. Beim Viehzoll dagegen lasse sich in den untersuchten Gebieten geradezu eine gegenteilige Wirkung feststellen; die Viehpreise seien in der ersten Zollperiode, vor 1906, verhältnismäßig höher als in der zweiten gewesen.

Wir wissen nicht, was Stechele gesagt hätte, wenn er auch die jetzigen Viehpreise bei seiner vergleichenden Uebersicht berücksichtigt haben würde. Eins jedoch ist sonnenklar, daß er hier einen bedenklichen methodologischen Fehler begeht, indem er die Scheidengrenze in der Preisbewegung beim Jahr 1906 zieht. Die Wirkung des Zolltarifs auf die Preisgestaltung ist aber nicht erst im Jahre seines Inkrafttretens, sondern schon direkt nach der verfassungsmäßigen Wertschließung eingetreten. Nicht das Jahr 1906, sondern das Jahr 1902 oder höchstens das Jahr 1903 mußten also bei den Stecheleschen Vergleichen als Scheidelinie angenommen werden. Das ist übrigens auch in den bis jetzt bekannt gewordenen Untersuchungen über die Bewegung der Kaufpreise für ländliche Güter als selbstverständlich durchgeführt worden (siehe z. B. W. Rathkegels Arbeiten), so daß man sich über die neue statistische Methode Stecheles nur wundern kann.

Ein weiterer Fehler der Stecheleschen Untersuchungen ist, daß er den Zolltarif als die einzige wirtschaftspolitische Maßnahme zur künstlichen Preissteigerung der landwirtschaftlichen Güter in Rechnung stellt. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Der Zolltarif ist nur ein Stück, wenn auch das wichtigste, der Agrarpolitik des Deutschen Reiches. Die Grenzsperrre, die Einfuhrschemine und die verschiedenen Viebesgaben begünstigen ebenfalls die Preisgestaltung der landwirtschaftlichen Güter ganz erheblich. Davon ist aber bei Stechele mit keinem Worte die Rede. Er begnügt sich damit, den Einfluß der Bodenverbesserungen durch Meliorationen, künstliche Düngemittel usw., ferner die Wirkung der Grundstückszusammenlegungen, der größeren Anwendung von Maschinen, der besseren Absatzmöglichkeit durch Hebung des Verkehrs und Förderung der genossenschaftlichen Verkaufsorganisationen usw. zu ermitteln. Da hätte er die von uns angeführten agrarpolitischen Einrichtungen, deren Einfluß auf die Rentabilität ebenso ungewisselhaft ist, nicht außer Betracht lassen dürfen.

Der Jubel der „Deutschen Tageszeitung“ über das Stechelesche Buch ist begreiflich; wissenschaftliche Anzengungen für die agrarischen Anschauungen müssen eben genommen werden, wo sie zu kriegen sind. In seinem Eifer hat das Agrarierblatt nur eins übersehen: Wenn Stechele wirklich den Nachweis erbringt, daß weniger der Zoll als vielmehr die verbesserte Betriebsweise die Preissteigerung der landwirtschaftlichen Güter herbeigeführt hat, warum halten denn die Agrarier noch so krampfhaft an der jetzigen Zollpolitik fest und fordern noch eine weitere Erhöhung der geltenden Zollsätze? Befreit man den Wert der Getreidezölle, dann liegt nichts näher als die Beseitigung der Zölle! Das gibt auch Stechele unumwunden zu. Die „Deutsche Tageszeitung“ unterschlägt selbstverständlich diesen Sach ihren Lesern, aus begreiflichen Gründen. Sie will davon eben nichts wissen. Vom Standpunkt der Agrarier, die die preissteigernde Wirkung des Zolltarifs, besser gesagt, des ganzen bestehenden wirtschaftspolitischen Systems, tagtäglich an ihrem Geldbeutel feststellen können, wäre die Forderung auf Beseitigung der Zölle geradezu absurd. Um so mehr liegt uns Sozialdemokraten die Pflicht ob, die Agrarpolitik des Deutschen Reiches mit allem Nachdruck zu bekämpfen. Und in diesem Kampfe sind uns auch Untersuchungen von der Art der Stecheleschen nicht unerwünscht.

\* Dr. Franz Hörenz, Die Preisbewegung landwirtschaftlicher Güter im nördlichen Teil Oberbayerns 1900—1909. Parsch, Verlag Freie.

Dr. Johann Stechele: Ueber die Bewegung der landwirtschaftlichen Güterpreise in der Oberpfalz 1900—1910. München, Bänderische Buchhandlung.

# Die Balkankrise.

Von Wien aus beliebt man in den letzten Tagen die Situation offiziell etwas weniger pessimistisch anzusprechen, sorgt aber dafür, daß jeder Tag doch seine kleine Beunruhigungsnachricht bringt. Gestern war es der Wechsel in den obersten Kommandostellungen, der trotz aller offiziellen Kommentare bewirkt hat, daß man sowohl in London wie Paris die Lage wieder besorgter betrachtet; heute ist eine etwas ungewöhnliche Ministerberatung unter dem Vorsitz des Kaisers und unter Teilnahme des Thronfolgers, die der Welt in Erinnerung bringt, daß in Oesterreich eine Kriegspartei mit dem Gedanken spielt, wegen des serbischen Handelsstreikens einen Krieg zu führen. Gleichzeitig wird freilich verkündet, daß kein neues beunruhigendes Moment hinzugekommen sei; aber man darf vielleicht der Meinung sein, daß es sich vor allem darum handeln müsse, nicht nur neue beunruhigende Momente zu vermeiden, sondern die alten endlich aus dem Wege zu räumen.

Jedenfalls muß man hoffen, daß die deutsche Regierung über die wirklichen Absichten der so geheimnisvoll gewordenen österreichischen Politik etwas genauer informiert ist und sich nicht vor fertige Tatsachen stellen läßt, deren Folgen auch das deutsche Volk in Mitleidenschaft ziehen könnte.

Sieht doch die Situation ohnehin nichts weniger als vertrauensverwendend aus. Die österreichischen Rüstungen finden ihr Gegenstück in Rußland, wenn auch die russische Zensur zu verhindern versteht, daß irgend genaue Nachrichten über die Grenze gelangen. Und auch in anderen Ländern arbeitet man an einer erhöhten Bereitschaft.

Die Friedenskonferenz soll am Montag in London ihre Verhandlungen aufnehmen. Wann die vielberufene Botschafterkonferenz zusammentreten wird, ist noch ungewiß. Fast scheint es aber, daß ihr Programm durch die Vorbehalte der Mächte, das heißt wieder hauptsächlich Oesterreichs, schon eine solche Einschränkung erfahren hat, daß sie bedeutungslos geworden ist und nur ein diplomatisches Blendwerk darstellt, hinter der sich Unfähigkeit und schlechter Wille zu bergen sucht.

## Absetzung der Generale vor der Schlacht.

Wien, 11. Dezember 1912. (Eig. Ber.)

Während Oesterreich zum Kriege rüstet, und in dem Augenblick, da der Ausbruch des Krieges förmlich vor der Tür steht, sind die Generale, die für den Krieg als führende und verantwortliche Personen in Betracht kommen, abgesetzt worden. Die Welt zerbricht sich den Kopf, was wohl der Anlaß dieser Demission und der Grund dieser Entlassung sein könnte, denn daß es keine Kleinigkeit ist, inmitten der ernsthaften kriegerischen Vorbereitungen solche Aenderungen vorzunehmen, sagt sich natürlich jedermann. Hat man die zwei Leute entlassen, weil sie ihrer Aufgabe nicht gewachsen waren? Das wäre doch jetzt ein peinliches Geständnis und wohl geeignet, Oesterreich vor aller Welt lächerlich zu machen. Oder hat man sie weggeschickt, weil sie, wie man sich erzählt, bei dem Thronfolger in Ungnade gefallen seien? Das wäre nicht minder blamabel, denn was sollte man zu einem Staate sagen, wo persönliche Stänkereien über staatliche Notwendigkeiten selbst in einem so ersten Moment stehen? Auch das müßte doch die Bevölkerung aufs stärkste beunruhigen und ihr Vertrauen zu der „glorreichen Armee“ aufs tiefste erschüttern. Um die Blamage dieser Absetzung vor dem Kriege zu bemänteln, wird jetzt erzählt, daß der Rücktritt des Kriegsministers schon seit langem eine beschlossene Sache sei; er wäre den Ungarn, die Herr v. Aussenberg von früher her gram sind, versprochen worden. Aber das ist natürlich ein Unsinn, denn erstens muß die Krone auf die Wünsche des verachteten ungarischen Reichstages nun weniger als je Rücksicht nehmen, und zweitens würde man sich zu einer bloßen Auswechslung im Kriegsministerium wohl einen anderen Augenblick als den vor Ausbruch eines Krieges ausgesucht haben. Auch die Erklärungen über den Wechsel in der Leitung des Generalstabes klingen alles andere denn beweiskräftig. Herr v. Höbendorf gilt bekanntlich als das militärische Genie Oesterreichs und als der berufene Führer in einem Kriege, und so könnte es scheinen, daß man ihn holt, weil der Krieg nun jede Stunde entbrechen kann. Aber wie wäre dann der Krieg „vorbereitet“, wenn man erst jetzt die strategischen Pläne ausarbeiten sollte? Das muß doch, würde man meinen, alles längst fertig sein! Und wie soll der Herr Blasius Schemua, der noch unlängst zur Besprechung mit dem Chef des Generalstabes in Berlin war, plötzlich ein derart dummer Kerl geworden sein, daß seine Entlassung unbedingt nötig wäre? Die Absetzung der Generale vor der Schlacht wäre ein Stoff für eine Fosse, wenn die Sache, bei der es sich schließlich um Gut und Blut des Volkes handelt, nicht gar so traurig wäre.

Dabei muß man sich erinnern, daß sich der vorige Wechsel in beiden Ämtern unter ähnlich unbegreiflichen Formen vollzogen hat. Es wurde nämlich der frühere Kriegsminister Schönach, ein sehr begabter Soldat und moderner Mensch (in manderlei an den preussischen Kronart v. Schellendorf erinnernd), obwohl seine Stellung in den Parlamenten die denkbar beste war, Anall und Hohl entlassen und mit allen Zeichen von Ungnade brüsk verabschiedet. Warum? Weil er sich dem unüberwindlichen, jähzornigen Wesen des Thronfolgers nicht knechtisch fügen wollte! Der Höbendorf mußte wieder Aehrenthal weichen, und es ist ein Stück österreichische Ironie, daß er gehen mußte, weil er den Krieg mit Italien vorbereitete, und nun gerufen wird, da die Dreibundfreundschaft mit Italien am dicksten scheint. Man sieht hier deutlich den Kampf zweier Cliquen am Hofe, wenngleich man nicht in jedem Fall zu erkennen vermag, was jede anstrebt und wofür sie intrigiert. Deshalb ist die Frage, was die Auswechslung in den zwei allerwichtigsten militärischen Stellen in Hinblick der Kriegsgefahr bedeutet, nicht leicht zu beantworten. Auf der einen Seite könnte der Conrad von Höbendorf, der eigentliche Träger der Kriegsbestrebungen, ohne Zweifel eine Verstärkung der politischen Situation bedeuten; es könnte sogar sein, daß damit die Kriegsdrohungen nach außen verstärkt werden sollen. Der Wechsel im Kriegsministerium, wo für den Aussenberg der bisherige erste Sektionschef Strobatin eintritt, besagt dagegen gar nichts; das ist ein bloßer Wechsel in den Personen, eine Degradation und ein Avancement, nicht mehr. Auf der anderen Seite erscheint doch wieder der kriegerische Ernst in einem Staate sehr beeinträchtigt, in dem man die Führer vor der Schlacht absetzt und damit der Welt eigentlich

sagt, daß man bisher untüchtige und unzulängliche Leute wirken ließ, womit der düstere Ernst, den man bisher zur Schau getragen hat, beträchtlich an Kredit verliert.

Aber vielleicht haben wir in dieser Auswechslung die Konturen eines verhängenen Krieges zu erkennen, des Krieges zwischen dem friedliebenden Kaiser und dem händel-süchtigen Herrn Kesseln, und vielleicht wird es wieder so kommen, wie es in schon wiederholt kam: daß der Thronfolger wohl in der Personenfrage, der Kaiser aber in der Sache recht behält.

Jedenfalls ist die Geschichte, die den Unwillen der Patrioten und den Spott der Hochverräter erregt, für das verschlammte und innerste Oesterreich ganz charakteristisch. Wenn man nicht befürchten müßte, daß die Herrschaffen, um nun die Rächerlichkeit zu vertuschen, erst recht auf eine große Dummheit verfallen, würde die Absetzung der Generale vor dem Kriege in dem gesamten Europa das Gelächter auslösen müssen, das sie vollauf verdient.

## Oesterreichischer Ministerrat.

Wien, 11. Dezember. Heute vormittag fand in Schönbrunn unter dem Vorsitz des Kaisers eine Ministerbesprechung statt, an der Erzherzog Franz Ferdinand, Minister des Aeußeren Graf Berchtold, der gemeinsame Finanzminister Ritter v. Bilinski, Ministerpräsident Graf Stürgk, Landesverteidigungsminister v. Georgi und Finanzminister v. Jaksch teilnahmen.

Die „Neue Freie Presse“ erfährt, die Ministerberatung sei auf kein neues beunruhigendes Moment in der auswärtigen Krise zurückzuführen, und habe hauptsächlich den Zweck gehabt, dem Kaiser die Information über die mit der gegenwärtigen auswärtigen Krise zusammenhängenden Fragen zu erleichtern. Der gemeinsame Empfang der Minister sei gewählt worden, damit der Kaiser nicht genötigt sei, jeden Minister einzeln zu empfangen.

Informationen der Blätter stellen übereinstimmend fest, daß die auswärtige Lage stationär ist. Indessen mache sich sowohl in Wien als in Budapest eine zurechtfindendere Auffassung geltend.

## Die Stimmung in Oesterreich.

Wien, 11. Dezember. Die gestern allgemein herrschende Erregung und teilweise Beunruhigung wegen der plötzlichen Veränderung in der Heeresleitung machen heute einer ruhigeren Auffassung Platz. Es wird wiederholt betont, daß die Veränderungen mit der außenpolitischen Lage, welche in politischen Kreisen gerade augenblicklich eine günstigere Beurteilung findet, nichts zu tun haben. (?)

## Der Wiener Offiziosus.

Wien, 11. Dezember. Das „Fremdenblatt“ konstatiert, daß Oesterreich-Ungarn an der von dem Grafen Berchtold in den Delegationen skizzierten Politik des Entgegenkommens gegenüber den Balkanstaaten, insbesondere gegenüber Serbien, trotz dessen noch immer mangelnden Entgegenkommens gegenüber den freundlichen Absichten der Monarchie festhält, und hebt mit aufrichtiger Genugtuung hervor, daß diese Politik seitens der Großmächte nicht nur mit Objektivität, sondern auch mit Wohlwollen verfolgt wird. Das Blatt spricht die Zuversicht aus, daß die Mächte auf der Botschafterunion die Anstrengungen Oesterreich-Ungarns für eine gütliche Lösung der schwebenden Fragen unterstützen werden und daß alles, was Oesterreich-Ungarn für den Frieden getan, nunmehr eine entsprechende und notwendige Ergänzung seitens Europas finden werde.

## Patriotische Industrielle.

Wien, 11. Dezember. In der heutigen Plenarversammlung des Industrierrats wies Handelsminister v. Schuster auf die schwere Schädigung der Industrie durch die Kriegsergebnisse hin und sprach die Erwartung aus, daß die Spannung rasch eine den Interessen des Landes dienende Lösung erfahre. Das Mitglied des Industrierrats Joseph führte aus, die Vertreter der österreichischen Industrie seien sich der Tragweite der gegenwärtigen politischen Verhältnisse bewußt. Der Zustand voller Unklarheit und die fortgesetzten Opfer seien auf die Dauer nicht zu ertragen. Wenn es entgegen den aufrichtigen Wünschen des Kaisers doch notwendig werden sollte, das Schwert zu ziehen, dann werde die österreichische Industrie voll und ganz die notwendigen Opfer bringen und treu zu Kaiser und Reich stehen. Die Versammlung brachte sodann ein begeistertes aufgenommenes Kaiserhoch aus.

## Kriegsversicherung.

London, 11. Dezember. Die „Times“ schreiben: Infolge der dauernden und dringenden Nachfrage nach Versicherungen von Privateigentum gegen Kriegsgefahr in Galizien haben die Londoner Privatversicherungen die Prämienhöhe gestern beträchtlich erhöht. Die Sätze stiegen von vorgestern zu gestern um 33% bis 100 Prozent. Die Erklärung für diese Steigerung ist hauptsächlich in den sehr ausgedehnten Verpflichtungen des Londoner Versicherungsmarktes zu suchen.

## Die Botschafterkonferenz.

Paris, 10. Dezember. Offiziös wird mitgeteilt, daß die Londoner Botschafterbesprechung gesichert scheine. Diefelbe werde keinerlei Beschlüsse zu fassen, sondern nur eine möglichst genaue Liste aller Fragen aufzustellen haben, über welche dann Europa das entscheidende Wort zu sprechen haben werde. Die bevollmächtigten Vertreter der Balkanstaaten würden mit diesen Fragen zweifellos befaßt werden, aber die Großmächte werden im Wege einer Konferenz oder auf andere Weise die Beschlüsse der Balkanstaaten einer Revision unterziehen. Aus praktischen Gründen würden gewisse Fragen ausserwärtig behandelt werden. So dürften besonders die finanziellen Fragen in Paris erörtert werden.

## Außen hü!, innen pfui!

Aus dem Reichstage 11. Dezember: Die Regierung kann sehr schnell arbeiten, wenn es ihre politischen Interessen so verlangen. Sie hat in Eile einen Nachtragsetat eingebracht, durch den sie 650 000 M. für die ständige Vermehrung der Schutztruppen in Kiautschou verlangt. Für die Kolonien arbeiten die Regierungsmühlen schnell und gründlich, und auf die Reichstagsmehrheit kann sie sich bei den Kolonialforderungen sicher verlassen. Die „Schimmernde Wehr“, durch die die Regierung und die ihr ergebenden Parteien Deutschlands Ansehen nach außen am besten zu heben sich einbilden, muß immer vergrößert und immer erneut gepußt werden!

Genosse Moskale trat der Forderung der Regierung entgegen, weil sie für den Schutz der Deutschen in Kiautschou

vollkommen überflüssig ist, und weil ein Förderung der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands nicht durch eine Vermehrung der soldatischen Macht Deutschlands im Auslande erreicht werden kann. Es handelt sich wieder einmal um einen Ausfluß der Fiskalpolitik, die von Anfang an für die deutsche China-politik kennzeichnend gewesen ist; man macht einen neuen Fehler, durch den man die früheren schweren Fehler nicht gut macht, sondern nur verstärkt und vertieft. Der nationalliberale Abgeordnete Paasche, der sich durch seine sommerliche Stippvisite in verschiedenen Erdteilen für besonders sachverständig in kolonialen Fragen zu halten scheint, trat dem Genossen Moskale entgegen. Er rühmte Kiautschou, das er in früheren Jahren weniger freundlich beurteilt hatte, bis über das Schellendaus und verwies mit Rossandras Stimme auf die englische Konkurrenz, die es schon fertig gebracht habe, daß deutsche Ingenieure, die bei einem Bahnbau in China tätig gewesen waren, entlassen und durch englische ersetzt worden seien. Wie wir erfahren, hatte die Entlassung der deutschen Ingenieure aber die wenig ausregende Ursache, daß der Bahnbau beendet war.

Dann wandte sich der Reichstag der Weiterberatung der fortschrittlichen Interpellation über die Koalitionsfreiheit der Arbeiter staatlicher Betriebe zu. Diese acht deutsche Angelegenheit, die nicht nur einige Kapitalisten, Militärlieferanten und Surropolitiker, wohl aber Millionen deutscher Arbeiter angeht, findet in Deutschland von den Regierungen und von den Mehrheitsparteien eine weniger liebevolle Behandlung als das koloniale Prestige Deutschlands in China.

Die aufsehenerregende Stellung der deutschen Reichsregierung, die wir gestern an den Branger gestellt haben, hat sogar die harmlose Milch der nationalliberalen Denkungsart ein wenig in Bewegung gebracht. Bis zum jährenden Drachengott vermag sie sich bei einem nationalliberalen Arbeitervertreter natürlich nicht zu vermindern. Herr Jäler will vom Streikrecht der Arbeiter in staatlichen Betrieben nichts wissen. Aber er verlangt für diesen mannhaften Verzicht ein Äquivalent: die Arbeiter sollen so entlohnt werden, daß sie niemals zu streiken brauchen! O heilige Unschuld! Und wenn sie nun nicht so entlohnt werden? Wenn sie in aller Zukunft so erbärmlich bezahlt werden, daß sie, wie Herr Jäler selbst zugab, auf Nebenverwerb angewiesen sind? Und wenn dazu die liebevolle Behandlung tritt, die die gestrige Scharfmacherrede des Kriegsministers deutlich genug vertreten hat? Was dann, Herr Jäler?

Die Konservativen schänten den Landesdirektor für die Provinz Brandenburg, einen waschechten Junker, als den geeignetsten Mann vor, ihre Stellung zum Koalitionsrecht zu begründen. Die Freikonservativen warteten mit einem nicht minder sachverständigen Landrat auf, der den Reichstag nebenbei mit einem Kriegerverein verwechselte. Natürlich sind nach seiner Meinung die Arbeiter in Staatsbetrieben verpflichtet, die Politik der Regierung blindlings gutzuheißen. Der Herr verriet nicht, wie er in dieser Frage über die Arbeiter in Staatsbetrieben vom Landrat aufwärts steht. So einer braucht sich freilich wegen seiner zukünftigen Laufbahn keine Sorge zu machen, wie das leuchtende Beispiel Dallwitzens und der anderen Kanalfreier überzeugend erweist.

Zwei christliche Gewerkschaftler beider Fakultäten waren erfolgreich bemüht, die Taktik des gestrigen Christen fortzusetzen und den Kampf gegen die Regierung wegen ihrer unerhörten Vereinträchtigung des Koalitionsrechts in einen Kampf gegen die einzige wirkliche Arbeiterpartei, gegen die Sozialdemokratie, umzuwippen. Von den Fortschrittlichen trat der Abgeordnete Weinhausen, der sich aus seiner nationalsozialen Vergangenheit etwas mehr sozialpolitisches Verständnis bewahrt zu haben scheint, als man es bei dem Durchschnitt seiner Fraktionsgenossen voraussetzen darf, der christlichen Verheerung und der terroristischen Haltung der Regierung wirksam entgegen.

Dann sollte die sozialdemokratische Fraktion durch ein Ueberrumpelungsmanöver um ihren zweiten Redner gebracht werden. Aber die Fraktion durchkreuzte das saubere Bländchen der Herren Erzberger und Dertel, indem sie namentliche Abstimmung androhte. So konnte Genosse Böhle in einer kurzen, entschiedenen Rede den Herren am Regierungstische und den bürgerlichen Rednern die erforderliche sozialdemokratische Antwort geben. Er schloß mit der Versicherung, daß die organisierten Arbeiter den Kampf um ihr Koalitionsrecht, und zwar um seine Erweiterung und Festigung, rücksichtslos und konsequent weiter führen würden, allem Regierungsterrorismus zum Trotz.

Am Donnerstag geht die Debatte weiter. Außerdem steht unsere Interpellation über den Wagenmangel neben einer Reihe anderer Angelegenheiten auf der Tagesordnung.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 11. Dezember 1912.

### Aus dem Landtage.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde zunächst die Beratung des Schlepptomopolgesetzes zu Ende geführt und die Vorlage in zweiter Lesung angenommen. Wie es bei agrarischen Wehrheiten des Hauses nicht anders zu erwarten ist, wurden zwei von den Sozialdemokraten gestellte Anträge, die billige Tarife für Nahrungs- und Futtermittel forderten, abgelehnt. Wie Genosse Leinert in der Begründung der Anträge betonte, müßten die Parteien, die bei den Feuerungsdebatten erklärten, den Kohlenstand bekämpfen zu wollen, den Anträgen zustimmen, wenn sie sich nicht in den berechtigten Verdacht bringen wollen, nur Heuchelei zu treiben. Aber auch dieser Appell an das moralische Ehegefühl war nutzlos. Nur die Fortschrittler unterstützten in der Abstimmung die sozialdemokratischen Anträge. Erfolglos blieb auch der Versuch unserer Genossen, bei dem § 5 des Gesetzes eine Entschädigung der durch die Verstaatlichung der Schiffschlepperei geschädigten Angestellten und Arbeiter zu erwirken. Bei dem arbeitserfindlichen Charakter des Dreiklassenhauses wäre es ja auch wunderbar, wenn die bürgerlichen Fraktionen sich in Arbeiterfeindlichkeit nicht brüderlich zusammenfinden würden.

Einem nationalliberalen Antrage auf einheilige Regelung der Schutzpflicht konnte auch die sozialdemokratische Fraktion trotz mancher Schönheitsfehler ihre Zustimmung geben. Ebenso stimmte unsere Fraktion einem fortschrittlichen Antrage zu, der einen Gesetzentwurf zum Schutze der Naturdenkmäler verlangte.

Am Donnerstag steht neben der dritten Lesung des Schlepptomopols der Gartenkauf für das Abgeordnetenhause auf der Tagesordnung. Furchtbar wird der Zorn der Dreiklassenmänner auf das Haupt Weismann Hollwegs niederkopfen, wenn er den Herren auch fernere ihren Garten verweigert. Er wird es aber nicht wagen,

dem mit den preussischen Junkern überwiegt sich so leicht kein preussischer Ministerpräsident.

### Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion

Bestimmte Mittwoch die Staatsredner. Es werden sprechen: Zum Auswärtigen Amt Scheidemann und Bernstein; Etat des Reichsfiskus: Gradnauer und Güttemann; Militärstat: Schöpflin, Stücken, Liebknecht; Marineetat: Vogt-herr; Kolonialetat: Roske, Dittmann, Herzfeld, Heine, Weill; Reichspost: Ebert, Wendel, Zubeil; Justiz: Heine, Landsberg, Sohn; Eisenbahnstat: Ulrich, Stolle, Hafenzahl, Baudert; Reichseisenbahnen: Fuchs, Peitros; Reichsfinanzamt: Emmel, Roske, Stolle; Reichsamt des Innern: Fischer, Duard und Hoch.

Die Fraktion bestimmte zugleich den Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für die Landtage der Bundesstaaten zum ersten Mal. Der Antrag, der nach Neujahr im Reichstage zur Verhandlung kommen soll. Als Redner wurden bestimmt: Herzfeld und Weis.

### Zentrum und Niedemann.

Die „Germania“ wendet sich in einem langen Zeitartikel gegen die gestern mitgeteilte Behauptung der „Frankf. Ztg.“, daß die Zentrumsfraktion des Reichstages zu ihrer Stellungnahme zu dem Petroleummonopolgesetz Entwurf durch die Reichstagsfraktion in Hamburg, den Leiter der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft, bestimmt worden sei; aber ihre Verteidigung ist äußerst schwach. Das ultramontane Blatt beschränkt sich im wesentlichen darauf, zu erklären, daß die Zentrumsfraktion lediglich aus sachlichen Gründen zu ihrer Haltung gekommen sei, und Herr Niedemann keinen Einfluß auf die Fraktion besäße. Wörtlich heißt es zum Schluß des langen Veredes:

„Und nun kommt die „Frankfurter Zeitung“, den Spuren des „Berliner Tageblatts“ folgend, mit der Verdächtigung, die Zentrumsfraktion des Reichstages — es wird nicht behauptet, daß irgendetwas Mitglied derselben direkt an der Standard Oil Company beteiligt sei — habe sich von Rockefeller „kaufen“ lassen! Auch die leiseste Spur eines Beweises hat man dafür nicht beibringen können und wird man niemals erbringen. Nur die Spur eines Verdachts hat man damit aufzubereiten zu können geglaubt, daß man in Erfahrung gebracht hat, Herr Niedemann in Hamburg, der Leiter der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft in Hamburg, sei ein Katholik und ein reicher Mann; also, so schloß man, werde er wohl ein Zentrumsmann sein und für den Wahlfonds des Zentrums eine Spende gegeben haben. Wir wissen wirklich nicht, ob diese Schlussfolgerung im vorliegenden Falle zutreffend ist oder nicht. Aber gesetzt den Fall, Herr Niedemann hätte zum Wahlfonds der Zentrumspartei beigetragen, wäre darin irgendetwas Auffälliges zu finden? Rufen nicht alle Parteien vor den Wahlen zu Spenden für den Wahlfonds auf, die Fortschrittliche Volkspartei, zu der „Berliner Tageblatt“ und „Frankfurter Zeitung“ gehören, erst recht nicht ausgenommen? Und hat man jemals gehört, daß nun deshalb, weil ein Privatmann einen Beitrag zum Wahlfonds seiner Partei gegeben hat, diese Partei deshalb verdächtigt worden ist, sich „dem Diktum eines Privatinteressenten zu beugen“? —“

### Zum Kampf um das Wahlrecht in Neuchâtel.

Im Landtage wurden am Mittwoch die Beratungen über die Wahlrechtsvorlage zu Ende geführt. Die Vorlage wurde einer neungliedrigen Kommission überwiesen, ebenso die Petitionen zur Wahlrechtsvorlage. Der Landtag wurde dann vertagt.

### Zur Reichstagswahl in Greiz.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee erläßt die Aufforderung an die seit dem 12. Januar d. J. aus dem Wahlkreis Neuchâtel zurückgekehrten Reichstagswähler, wenn irgend möglich am 19. Dezember ihr Wahlrecht an ihrem alten Wohnort, wo sie in der Wählerliste stehen, auszuüben.

### Das sächsische Volksschulgesetz.

Wie aus Dresden gemeldet wird, nahm die Erste Kammer nach siebenstündiger Beratung den Entwurf eines Volksschulgesetzes einstimmig an. Danach wurde in Abweichung von dem Beschlusse der Zweiten Kammer unter anderem beschlossen, daß der Religionsunterricht innerhalb des Bekenntnisses der betreffenden Kirche zu erteilen sei, daß der Lehrer das Gelübnis der Bekenntnistreue abzulegen habe und daß es der freien Entscheidung der Schulgemeinde zu überlassen sei, ob sie neben der einfachen Volksschule eine höhere Volksschule unterhalten will und ob ein Schulgeld erhoben werden soll. Ferner ist nach dem Beschlusse der Ersten Kammer die Einführung einer Mädchenfortbildungsschule mit gewissen Erleichterungen für das plattel Land in Aussicht genommen.

Es hat nunmehr das sogenannte Vereinigungsverfahren zwischen beiden Kammern zu erfolgen.

### Das sächsische Gemeindesteuergesetz.

In der Ersten Kammer wurde das Gemeindesteuergesetz in der Hauptsache nach den Beschlüssen der Deputation, die noch einige Verschlechterungen gegenüber der Regierungsvorlage bedeuten, angenommen. Sämtliche Verbesserungen, die in der Zweiten Kammer durch die liberal-sozialdemokratische Mehrheit in das Gesetz hineingebracht worden waren, wurden abgelehnt. So wurden u. a. wieder hergestellt: Die indirekten Steuern (Korbensteuer, Biersteuer usw.), die Umsatzsteuer nach dem Chemiker-Raster (10 Proz. als Reingewinn, wenn buchnäßig kein Gewinn nachzuweisen), die rohe Umsatzsteuer (bis 2 Proz. des Umsatzes als Steuer). Dagegen jammerten die Herren über die im Regierungsentwurf enthaltenen „Härten“ der Grundsteuer. Besonders erregte die Steuer nach dem gemeinen Wert, die den Grund- und Bodenwucher etwas eindämmen soll, den Unwillen der „erstklassigen Gesetzgeber“.

### Preussische Maßnahmen gegen die Fleischnot.

Die Einfuhr holländischer Schlachtrinder nach Bielefeld ist vom Minister unterlagert worden, obgleich der ehemalige preussische Minister Graf Solodowsky das Gesuch unterstützt hatte. Der Minister jagt in seinem ablehnenden Schreiben, daß der Bielefelder Schlachthof keinen eigenen Gleisanschluss habe und zweitens vom Güterbahnhof so weit entfernt sei. Deshalb bestehe Seuchengefahr. In der nur wenige Kilometer von Bielefeld entfernt liegenden Stadt Detmold ist solche Gefahr nicht vorhanden, denn dort ist erst vor wenigen Tagen wieder ein holländischer Viehtransport eingetroffen und durch die Stadtverwaltung verkauft worden. In Detmold hat allerdings der preussische Minister nichts zu sagen.

### Kirchenlehrer Delbrück.

Die schöne Rede des Staatssekretärs Delbrück im Reichstage findet im Zentrumslager großen Beifall, besonders jener Partei, in welchem er der römischen Kurie das Recht zuerkennt, nach Belieben in das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter einzugreifen. Die Kaplansblätter finden darin eine gerechte Abgrenzung

der kirchlichen und staatlichen Hoheitsgebiete gegen einander. So meint gönnerhaft die ultramontane „Märkische Volkszeitung“:

„Wir begrüßen es mit Genugtuung, daß die Regierung sich in diesem Falle korrekt benommen hat. Daß sie auch anders kann, haben wir seinerzeit beim Modernistendrummel gesehen. Immerhin: wir wollen hoffen, daß die Erkenntnis der Grenzen zwischen dem staatlichen und kirchlichen Gebiet seitdem bei unseren Staatsleitern eine klarere geworden und daß kein Rückfall erfolgt. Die innerpolitische Lage, die durch die verschärfte Jesuitenverfolgung recht kritisch geworden ist, wird durch die Rede Delbrücks nicht verbessert; der Ruf nach Gerechtigkeit kann nicht deshalb verstummen, weil eine befürchtete neue Ungerechtigkeit nicht eingetreten ist.“

Vielleicht erinnert der Verband der katholischen Arbeitervereine, Sig Berlin, Herrn Delbrück zu seinem Ehrenmitglied — zugleich mit Herrn Lammel.

### Der konservative „Reichsbote“ vor dem Radi.

Nach berühmten Reden beurteilt der „Reichsbote“ alle Maßnahmen, die nicht im Interesse der Schatzkammer liegen. So jagt er vor einigen Wochen gegen die Staatsarbeiterverbände vom Leder, die nach seiner Ansicht durch ihre Neutralität die „Geschäfte der Sozialdemokratie“ besorgen. Jetzt teilt er selbst de- und wehmütig mit, daß sich durch diesen Satz zwei der im Reichstagsrat deutscher Staatsarbeiter vereinten Verbände beleidigt fühlen: der Telegraphenarbeiterbund (Sig Berlin) und der Eisenbahnerverband (Sig Berlin), dessen Vorsitzender am Sonntag in der „Neuen Welt“ unsern Genossen Vorkardt aus einer Verammlung wies.

### Die Bürgermeistereiwahl in Kiel.

Wie uns ein Privattelegramm aus Kiel meldet, war bei der heutigen Bürgermeistereiwahl, an der sich auch die Sozialdemokratie zum erstenmal beteiligte, eine Wahlbeteiligung wie nie bisher in Kiel bei den Bürgermeistereiwahlen zu verzeichnen. Insgesamt wurden über 16000 Stimmen abgegeben; davon erhielt der von den Sozialdemokraten unterstützte Kandidat Dr. Gradnawitz-Stettin annähernd 11000 Stimmen. Der von dem reaktionären Bürgervereinsauschuß auf den Schild erhobene Kandidat Abg. Holz-Eberfeld brachte es auf rund 5000 Stimmen. Die Wahlbeteiligung der Sozialdemokratie hat schwere Kämpfe unter den verschiedenen Gruppen des Bürgertums hervorgerufen, wobei sich der Bürgervereinsauschuß, die zum gemeinsamen Vorgehen gegen die Sozialdemokratie von den verschiedenen bürgerlichen Kommunalvereinen geschaffene Körperschaft, eine schwere moralische Niederlage zugezogen hat.

### Religion gut, Verstand knapp.

Der Verband der katholischen Fachvereine oder, wie er sich nennt, der „Verband der katholischen Arbeitervereine, Sig Berlin“, hat gestern unter Beifall des katholischen Jugendverbandes eine Versammlung in der Brauerei Friedrichshain abgehalten, um Pius X. seinen Dank für die weisheitsvolle Enghilfta „Singulari quadam“ auszusprechen. Der Generalsekretär des Verbandes, der Eigentümlich-Journalist, hielt eine längere jauchende Rede über die segensreiche Friedentätigkeit des Papstes und erzählte seinen Zuhörern, daß die jüngst erlassene Enghilfta „Singulari quadam“ lediglich der großen Liebe des Papstes zur Arbeiterklasse entspringen sei und wiederum von der hohen Weisheit des „Heiligen Vaters“ zeuge.

Schließlich wurde die Abstimmung des folgenden schönen Ergebenheitstelegramms beschlossen:

An Seine Heiligkeit Pius X.:  
„Zu den Füßen Deiner Heiligkeit knieend, sagen Dir, Heiliger Vater, die zu Berlin am 10. Dezember versammelten dreitausend Männer, Jünglinge und Frauen, Mitglieder des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sig Berlin), des Verbandes katholischer Vereine erwerbstätiger Frauen und Mädchen Deutschlands und der katholischen Jünglingsvereine, ehrfurchtsvollsten Dank für die Enghilfta Singulari quadam. Zugleich geloben sie, keinen Finger breit von Deinen Weisungen abzuweichen, ihre soziale Arbeit, namentlich die Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses nach den von Dir verkündeten Grundrissen zu gestalten, die von Dir empfohlene katholische Organisation mit aller Kraft zu fördern und so dem Frieden zwischen den katholischen Glaubensgenossen, den Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie der Wohlfahrt des Staates zu dienen. Damit wir aber Deine Wünsche und Weisungen in Deutschland völlig verwirklichen, erlösen wir demütigst von Dir, Heiliger Vater, den Apostolischen Segen.“

Um die Parität zu wahren, wurde darauf dann auch noch an Wilhelm II. ein Telegramm abgefaßt, das aber wesentlich lächerlicher gefaßt wurde und dem Kaiser nur einen „ehrfurchtsvollen Gruß“ spendet.

### Frankreich.

#### Aus dem Entwicklungsgange eines Patrioten.

Einen mächtigen Schlag gegen das Volk der Geschäftspatrioten und Neuegenaten, die heute unter radikaler Firma Reaktionspolitik machen, führte Genosse Lauche in der Sitzung der Kammer vom 6. Dezember. Es handelte sich noch immer um die von den Merkantilisten geforderte und von dem Unterrichtsminister Guisthau, dem Geschöpf Briand's, vorgelegene Vorlage der Lehrervergütungsgesetzgebung, die es gewagt haben, mit den Gewerkschaften gemeinsame Sache zu machen oder wenigstens die Vereinsfreiheit ihrer Kollegen zu schützen. Da der „Sou du Soldat“, die Unterstützungsorganisation der Eingezogenen, den Vorwand für dieses Vorgehen hat bieten müssen, hat Lauche um Erlaubnis, durch Verlesung eines Schriftstücks den wahren Charakter dieser Einrichtung darzustellen. Er verlas darauf, von immer neuen Entrüstungsausbrüchen der Rechten und der Radikalen unterbrochen, folgenden, in Gedankenlangsamkeit und Form meistertüchtigen Artikel:

„Nachdem man die Riefendummheit gemacht hat, die Leistung der Arme den Freiheitsfeinden zu übertragen, ist es wichtig, die Soldaten für die Sache der Republik zu gewinnen, indem man ihnen, ehe die Kasse sie gepakt hat, den Bürgerunterricht gibt, der ihre Wehrne schütten soll vor den verderblichen Wirkungen einer vernunftlosen Disziplin. Es gilt, unsere Propaganda der der Jesuiten entgegenzustellen, die jungen Leute zu belehren, daß es Fälle gibt, wo ein Soldat die Pflicht hat, nicht zu gehorchen. Dieser Aufgabe müßte sich die ganze sozialistische Partei widmen. Schon haben einige Genossen die Wichtigkeit begriffen. Noch ganz vor kurzem hat der Verband der sozialistischen Jugend diesen beredeten brüderlichen Aufruf an die Rekruten gerichtet: „Freund, du wirst nun deinen Arbeitstitel mit der Uniform vertauschen. Vergiß nicht, daß du ein Proletarier bist, daß du morgen deinen Platz in unseren Reihen wieder einnehmen wirst. Da man die die Werdwaffe in die Hand gibt, glaube nicht, daß das Menschenleben wertlos, daß man darum kein Krieger sei, weil man mit dem Bajonett tödtet, statt mit dem Messer! Wenn die verfluchte Stunde der Rekrute schlägt, dann, ehe du die umbringt, die für dich wie für sich selbst ein wenig mehr Gleichheit und Freiheit, einen weniger lächerlichen Anteil an dem Produkt ihrer eigenen Arbeit fordern, ehe du diesen feigen Brudermord, diesen abernen Selbstmord begehst, wirst du nachdenken. Du wirst dein Gewissen und deine Vernunft befragen!“

Schon vorher hatte der Präsident Desjardins auf die Ordnungsrufe der Patrioten erklärt: „Lassen Sie zu Ende lesen. Das ist die beste Strafe.“ Nun aber rührte er sich doch und griff nach der Glocke, als sein Beisitzer ihm ein Wort zuflüsterte, daß ihn schweigen ließ. So konnte Lauche weiterlesen:

„Aber außer diesen furchtbaren Tagen, wo die Umstände die deine Pflicht vorschreiben würden, sei geduldig, Genosse, sei klug, sei tapfer, weil du nur ein Leben hast und es der eigenen Sache schuldest! Durch Ratlosigkeit dieser Art, durch Dehnung des Geistes der Ausgehenden für ihre Bürgerpflichten wird man dahin kommen, das Gemissen der Soldaten den verbrecherischen Verführungen gewisser Chefs zu entziehen.“

Unter dem Sturme der „Nationalen“ und dem stürmischen Beifall der Sozialisten erklärte darauf Lauche: „Dieser Aufruf, der Sie empört, erschien in der „Lanterne“ am 1. November 1900. Er ist unterzeichnet: Aristide Briand.“

Die äußerste Linke riß sich stürmisch. Während mehrerer Minuten herrschte im Saale und auf den Tribünen ungeheurer Lärm. Nie war, sagt die „Humanité“, ein Theatercoup wirksamer. Herr Poincaré, der Ministerpräsident, sitzt unbeweglich, vernichtet, auf der Ministerbank. Aber Jaurès erhebt sich und ruft, mit gestrecktem Arm auf den Unterrichtsminister deutend, der nicht weiß, wie er sich stellen soll: „Das ist er, das ist Briand, der Sie zum Minister gemacht hat, Herr Guisthau!“ (Lebhafter Beifall auf der äußersten Linken.)

Natürlich wird auch diese neue Enthüllung seines bekannten Renegatentums Herrn Briand nicht unangenehm machen. Die gute Sache der bürgerlichen Ordnung ist zu ihrem Schutze auf solche Abenteuer angewiesen. Und er wird durch verdoppelten Eifer für Vaterland und Untertanenpflichten die Sünden seiner Vergangenheit gutzumachen wissen. Schließlich wissen die Herren noch andere Dinge von einander, ohne sich aus dem Wege zu gehen.

### Marokko.

#### Blutopfer der französischen Beruhigungsarbeit.

Paris, 11. Dezember. Nach einer von den Blättern veröffentlichten Statistik betragen die gesamten Verluste des marokkanischen Besatzungskorps vom 1. Juni 1911 bis 30. September d. J. 1234 Tote, darunter 51 Offiziere, und 7412 Vermundete oder Kranke.

### Aus der Partei.

#### Im eigenen Heim.

Das „Volkblatt“ für Harburg, Wilschburg und Umgegend hat jetzt sein eigenes Heim, eins der schönsten Gebäude Harburgs (Str. Schippes 18) bezogen. Außer der vergrößerten Druckerei nebst Redaktion, Expedition, Buchhandlung und Geschäftsleitung sind hier untergebracht: das Partei- und das Arbeitersekretariat, die Verbandsbüros der Holzarbeiter, Metallarbeiter, Transportarbeiter und Fabrikarbeiter, sowie die Zentralbibliothek. Die Jugend hat einen Saal für sich. In einem größeren Sitzungssaal haben 250 Personen Platz. Das nunmehr fertige Werk legt Zeugnis ab von dem unaufhaltsamen Wachstum der Arbeiterbewegung Harburgs, von dem gedeihlichen Zusammenwirken der Gewerkschaften und der Partei.

#### Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

#### Eine Glanzleistung der königlich sächsischen Justiz.

Der Landtagsabgeordnete Landgerichtsrat Brodauf war schon bei der Wahl im 20. sächsischen Reichstagswahlkreis Reichstagskandidat. Schon damals hat er offen ausgesprochen, daß er die Sozialdemokratie bis zum äußersten bekämpfen wolle. Auch bei der letzten Hauptwahl ging Brodauf scharf gegen die Sozialdemokratie vor. Es kam wiederholt zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen unseren Genossen und dem Landgerichtsrat Brodauf, der sich freisinnig nennt, der auch Kandidat der Fortschrittlichen Volkspartei war, aber seiner Meinung und seinem Verhalten nach mehr als Nationalliberaler anzusprechen ist. Bei der letzten Wahltagung ließ er in einer Versammlung in Drebach eine Schimpfkanonade gegen die Sozialdemokratie, im besonderen aber gegen die „Ehrentlicher Volkstimme“ los. Natürlich antwortete die „Volkstimme“ entsprechend. Nun klagte der Herr Landgerichtsrat gegen den Genossen Hermann Müller, den Verantwortlichen der „Volkstimme“. Genosse Müller hat erst am vergangenen Sonntag Schloß Osterstein, die Landesstrafanstalt in Jura, verlassen. Als er noch darin war, war auch Verhandlung angefaßt. Genosse Müller aber nicht mit geladen worden. Dem Antrage seines Verteidigers, Rechtsanwalt Roth, auf Vertagung setzte damals der Vorsitzende, Amtsrichter Engelmann, ein kategorisches: Ich lehne ab! entgegen. Schließlich wurde ein Vergleich auf Widerruf abgeschlossen. Der Vergleich wurde widerrufen. Nun stand am Dienstag wieder Termin zur Verhandlung an.

Der Vorsitzende wies auf die Vorstrafen des Genossen Müller und darauf hin, daß er mit einer geringfügigen Strafe bei einer Beurteilung nicht zu rechnen habe, schließlich müsse doch auch der Stand des Privatklägers in Berücksichtigung gezogen werden. Mit Recht wies Genosse Müller darauf hin, wenn das geschehe, dann müßte er jeden Richter als befangen ablehnen; nicht den Landrichter habe er in jener Notiz angegriffen, sondern den Politiker. Darauf hatte der Vorsitzende nur die Entgegnung: Da lehnen Sie doch ab! Lehnen Sie ab, wenn Sie wollen!

Nun endlich wurde in die Verhandlung eingetreten. Eine Notiz in Nr. 287 der „Volkstimme“, überschrieben: Wahltagen des Herrn Brodauf, war Gegenstand der Klage. Darin wurde u. a. gesagt: Herr Brodauf hat einen besonderen sittlichen Tiefstand erreicht. Genosse Müller übernahm die presserechtliche Verantwortung dafür, verweigerte aber die Auskunft über die Verfasserschaft. Brodauf habe sich im Landtage gelegentlich der Aussprüche über mehr Arbeitswillensschwul so reaktionär gegeben, daß selbst seine Parteifreunde davon unangenehm berührt wurden. Dann habe er in einer Versammlung am 17. Dezember 1911 in Drebach auf die „Volkstimme“ und deren Redaktion geschimpft. Darauf müßte sich die Gegenklage, die er anhängig gemacht habe, Brodauf habe dort behauptet, die „Volkstimme“ verbreite die größten Unwahrheiten und infamsten Beleidigungen; in ihr herrsche der Saubereit, sie wirke fälschlich verwirrend und agitatorisch verheerend. Die Widerklage wurde zugelassen.

Der Vertreter Brodaufs stellte in den Vordergrund, daß es sich um formale Beleidigung handele; der Privatkläger habe lediglich geklagt, um sich Ruhe zu verschaffen. Ihm komme es nicht darauf an, daß auf Freiheitsstrafe erkannt werde, aber eine sehr hohe Geldstrafe sei am Plage. In Wahrheit berechtigter Interessen habe der Angeklagte nicht gehandelt, er sei nicht sachlich gewesen, sondern sei persönlich geworden. Dagegen habe Brodauf in Wahrheit berechtigter Interessen gehandelt, als er in jener Versammlung die Sozialdemokratie und deren Organ im Kreise der Wähler schimpfte gegenüber so gekennzeichnet habe, wie zugegeben wurde.

Nach kurzer Beratung wurde Genosse Müller wegen öffentlicher Beleidigung zu 6 Monaten Gefängnis und zu den üblichen Nebenstrafen verurteilt, von der Widerklage wurde der Privatkläger freigesprochen. In der Urteilsbegründung wurde u. a. darauf hingewiesen, daß kein Unterschied zwischen politischer und bürgerlicher Ehre zu machen sei. Der Angeklagte habe nicht in Wahrheit berechtigter Interessen gehandelt. Er dürfe nicht persönlich werden. Zugunsten des Angeklagten ist die Erregung des Wahlkampfes berücksichtigt worden, zu seinen Ungunsten, daß die Beleidigung durch die Presse wegen ihrer hohen Verbreitung stärker zu beurteilen ist. Wegen seiner Vorstrafen habe das Gericht den Angeklagten einstufig als systematische Ehrabschneider angesehen. Dem Widerbeklagten dagegen siehe der § 103 R.-Str.-G.-B. zur Seite.

# Gewerkschaftliches.

## Die Arbeitsvermittlung in der Berliner Holzindustrie.

In der nun begonnenen Tarifbewegung in der Holzindustrie spielt neben der Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung, welche die Arbeiter, nachdem ihnen die Verträge gekündigt sind, fordern, die Unternehmer aber nicht bewilligen wollen, die Frage der Arbeitsvermittlung eine bedeutende Rolle. In Berlin und einigen anderen Städten sind paritätische Arbeitsnachweise eingerichtet, die von den beiderseitigen Organisationen unterhalten werden und deren Benutzung für die Mitglieder sowohl der Arbeiter- als auch der Unternehmerorganisation obligatorisch ist. Dieses Obligatorium ist den Unternehmern unangenehm, sie möchten es bei den Verhandlungen beiseite lassen, während der Deutsche Holzarbeiterverband diese mühsam erkämpfte Errungenschaft mit zäher Energie verteidigt.

Im Kampfe gegen den Arbeitsnachweis ist nun den Unternehmern ein Helfer entstanden in Gestalt der „Volks-Zeitung“, die sich zum Sprachrohr der Mißbegünstigten macht und seit einiger Zeit Tag für Tag Zuschriften aus Arbeiterkreisen veröffentlicht. Dieses Blatt ist hierbei sehr „objektiv“. Es hat auch schon einem Einsender, der den Standpunkt der Arbeiterorganisation vertritt, einige Zeilen zur Verfügung gestellt, um so ausführlicher läßt die „Volks-Zeitung“ die Gegner des Arbeitsnachweises zum Wort kommen, von denen einige behaupten, Mitglieder des Holzarbeiterverbandes zu sein, während andere sich nicht erst die Mühe geben, diese Klasse vorzubinden. Dabei hat das freisinnige Blatt den sonderbaren Geschmack, sich seiner Objektivität in dem gleichen Atemzuge zu rühmen, in dem es — wiederholt — mittelt, daß sie einem Einsender, der einen anderen Standpunkt vertritt, seines schlechten Tonos wegen die Spalten verschlossen habe. An dieser „Objektivität“ der „Volks-Zeitung“ wird der Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe seine helle Freude haben.

Der Kampf um den Arbeitsnachweis im Berliner Holzgewerbe wird dem Augenblick nach nur verständlich, wenn er dessen Vorgeschichte kennt, die hier in kurzen Strichen skizziert sein soll. Seit dem Jahre 1889 bestand in Berlin der Arbeitsnachweis der Tischler, der seinerzeit vom Fachverein ins Leben gerufen wurde und später beim Anschluß des Fachvereins an den Deutschen Holzarbeiterverband auf diesen überging. Neben der Vermittlung durch den Arbeitsnachweis spielte aber das Umschauen und die Vermittlung durch Zeitungsinsertate — insbesondere brachten die Tischlergesuche der „Volks-Zeitung“ bedeutende Einnahmen — eine große Rolle. Anfangs des Jahres 1902 unternahm die Berliner Tischlerinnung, getrieben von dem hinter ihr stehenden Schutzbund, der sich damals noch in seinen Flegeljahren befand, einen gewaltsamen Vorstoß. Sie wollte durch die Einrichtung des Arbeitsnachweises in der Alexanderstraße die Arbeitsvermittlung an sich reißen und zwar sollte dieser Arbeitsnachweis nach dem Muster der berühmten Maßregelungs-bureaus seine Tätigkeit entfalten. Hiergegen nahmen die Holzarbeiter einen entschlossenen Kampf auf, mit dem Ziel der Errichtung eines gemeinsamen von beiden Organisationen verwalteten paritätischen Arbeitsnachweises. Dieser Kampf, der an ersten und heftigen Episoden außerordentlich reich war, dauerte 3 1/2 Jahre. Er endete mit der Eröffnung des „Paritätischen Arbeitsnachweises für die Berliner Holzindustrie“ in der Gormannstraße am 14. Juni 1905.

Dieser paritätische Arbeitsnachweis besteht auch heute noch, doch ist er verschiedentlich ausgebaut worden. Seit dem Jahre 1910 sind an dem Arbeitsnachweis auch die christliche und die Hirsch-Dunckersche Organisation der Holzarbeiter beteiligt, die ebenso wie der Deutsche Holzarbeiterverband und der Arbeitgeber-Schutzbund ihre Arbeitsvermittler auf dem Nachweis haben. Seitdem ist auch das Obligatorium durchgeführt. Das heißt, die Unternehmer sind verpflichtet, ihre offenen Arbeitsstellen beim Nachweis anzumelden und kein Arbeiter darf eine Arbeit annehmen, die ihm nicht durch den Arbeitsnachweis vermittelt wurde. Die Vermittlung erfolgt in der Weise, daß die Arbeitslosen bei ihrer Meldung eine Nummer erhalten und diejenigen mit der höchsten Nummer zuerst für den Nachweis einer offenen Stelle in Betracht kommen.

Auf dem paritätischen Arbeitsnachweis der Berliner Holzindustrie herrscht aber durchaus nicht das „blinde Nummernsystem“, über welches der Dr. Freund jüngst auf dem Arbeitsnachweiskonferenzen zu Hamburg die Schale seines Hornes ausgoß. Das Reglement bestimmt, daß ein Arbeitgeber, dem binnen vierundzwanzig Stunden kein Arbeiter zugewiesen werden kann, berechtigt ist, sich anderweitig Leute zu besorgen. Die Vermittlung lediglich nach der Nummer ist schon deshalb nicht durchführbar, weil die Tischler in Berlin sehr weitgehend spezialisiert sind, und der einzelne Arbeitslose natürlich darauf bedacht ist, eine Stelle für die Spezialität zu erhalten, in der er eingearbeitet ist. Das Reglement besagt denn auch, daß die Arbeitsvermittler gehalten sind, die Stellen bestmöglichst mit geeigneten Kräften zu besetzen. Wenn die Vermittlung auch in der Reihenfolge der Anmeldung erfolgt, so sind doch besondere Ansprüche der Arbeitgeber und Arbeiter zu berücksichtigen. Ein anderer Paragraph des Reglements besagt, daß wenn ein Arbeitgeber einen bestimmten Arbeitslosen verlangt, diesem Wunsch nach Möglichkeit Rechnung getragen werden soll. Dieser Vorzug soll jedoch für Zugereiste oder solche, die erst seit einigen Tagen arbeitslos sind, nicht gelten, um nicht auf diese Weise länger Arbeitslose zu schwer zu benachteiligen. Der Arbeitsnachweis arbeitet also nach ganz vernünftigen Grundsätzen. Daß er trotzdem angefeindet wird, hat aber seine leicht verständlichen Ursachen.

Zunächst gefällt den Unternehmern die Einrichtung nicht. Ihnen ist es unangenehm, wenn wie es früher vorkam, auf ein kleines Inserat in der „Volks-Zeitung“ hin sich Hunderte von Arbeitslosen meldeten, unter denen sie die Auswahl hatten. Der Arbeiter, der weiß, daß Hunderte bereit sind, die Stelle einzunehmen, die er verläßt, läßt sich manches gefallen und der Unternehmer nützt seine Hebermacht aus; bei solchen Zuständen macht es ihm keine großen Schwierigkeiten, sich über unangenehme Bestimmungen des Tarifvertrages hinwegzusetzen.

Aber nicht nur die Unternehmer, auch die christliche und die Hirsch-Dunckersche Organisation der Holzarbeiter finden harte Worte gegen das Obligatorium des Arbeitsnachweises. Diese „prinzipielle“ Gegnerchaft wird mit allerlei Redensarten zu begründen versucht; doch vermeiden es die Herrschaften sorgfältig, den wahren Grund für ihr Verhalten zu nennen. Diesen begreift man, wenn man

sich vergegenwärtigt, daß es sich um keine Organisationshändel, die sich dem Deutschen Holzarbeiter-Verband gegenüber in einer hoffnungslosen Minderheit befinden. Ihre wichtigste Agitationsmethode besteht darin, daß sie in der Weise in die Betriebe einzudringen versuchen, daß, wenn einmal einer der ihnen an einem Platz arbeitet, er bemüht ist, etwaige frei werdende Arbeitsplätze unter der Hand mit Gesinnungsgenossen zu besetzen. So soll allmählich ein Betrieb nach dem anderen erobert werden. Ditsche und Christen haben deshalb nichts dagegen, wenn die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes nur durch den Nachweis vermittelt werden, für sich selbst wollen sie daneben noch die Freiheit der Vermittlung unter der Hand haben. Daß der Holzarbeiterverband aus Rücksicht auf solche Motive ein an sich vernünftiges Prinzip nicht opfern kann, ist begreiflich.

Es soll aber nicht bestritten werden, daß es auch unter den Berliner Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes eine Anzahl gibt, die mit dem obligatorischen Arbeitsnachweis unzufrieden sind. Diese klagen darüber, daß sie jetzt mitunter recht lange auf dem Arbeitsnachweis auf Arbeit warten müssen, während sie früher, wo sie auch auf andere Weise sich um Arbeit bemühen konnten, sehr bald wieder eine neue Stelle hatten. Die Tatsache an sich mag stimmen. Wer als tüchtiger Arbeiter bekannt war, oder einen großen Bekanntheitskreis unter seinen Kollegen hatte, konnte sehr bald wieder Arbeit finden, wenn er arbeitslos war. Um so länger aber mußten die andern warten, die diesen Vorzug nicht haben. Aber auch der schwächere Arbeiter will leben und die entwürdigende Jagd nach Arbeit, das Betteln um Arbeit von Tür zu Tür, ist nicht nach jedermanns Geschmack. Die Verpflichtung, den Arbeitsnachweis als ausschließliche Vermittlungsstelle zu benutzen, verteilt die Last der Arbeitslosigkeit gleichmäßig auf alle Schultern. Die Beschlässe, welche die Berliner Holzarbeiter in dieser Frage gefaßt haben, stellen ihrem Solidaritätsgefühl ein glänzendes Zeugnis aus.

Uebrigens wären die Klagen über den Arbeitsnachweis mit einem Schlage beseitigt, wenn die lange Wartezeit nicht wäre. An dieser langen Wartezeit trägt aber nicht das Obligatorium des Arbeitsnachweises die Schuld, sondern ausschließlich der Umstand, daß es in Berlin zu viel Tischler gibt. Wer die Nachteile der langen Arbeitslosigkeit am eigenen Leibe spürt, wird leicht erbittert und verliert die Fähigkeit zum klaren Denken über Dinge, die seine eigene Person betreffen. Wer aber diese Fähigkeit besitzt, möge sich doch nur die Frage vorlegen, ob durch die Beseitigung des Obligatoriums nur eine einzige Arbeitsstelle mehr in Berlin geschaffen würde, als jetzt vorhanden ist. Der einzige Erfolg einer solchen Maßnahme wäre das Wettrennen um Arbeitsplätze, wobei die Schwächeren noch viel schwerer unter der Arbeitslosigkeit leiden müßten.

Nicht gegen das Obligatorium des Arbeitsnachweises darf sich der Kampf der Holzarbeiter richten, sondern gegen das Ueberangebot von Arbeitskräften in Berlin. Die Arbeitslosen sollten, statt über den Arbeitsnachweis zu schimpfen, bei Zeiten daran denken, daß auch auswärts noch Brot geboten wird. Jedenfalls besteht für den Deutschen Holzarbeiterverband kein Anlaß, auf die wertvolle Errungenschaft, als welche der obligatorische Arbeitsnachweis angesprochen werden muß, zu verzichten.

### Berlin und Umgegend.

Die Risten- und Koffermacher versammelten sich am Dienstagabend in den Andreas-Jesuiten. Die Branchenkommission berichtigte, daß sie sich mit einigen Verhättnisangelegenheiten wegen des Verlängens von Ueberstunden und der Umgehungen des Arbeitsnachweises zu beschäftigen hatte. Es gelang, wieder drei Firmen für den Abschluß eines Tarifvertrages zu gewinnen. — Vor die Schlichtungskommission wurden verschiedene Fälle von Lohn Differenzen gebracht; auch mit Klagen über den Arbeitsnachweis hatte sich die Kommission zu beschäftigen. Manche Fabrikanten umgehen den Arbeitsnachweis unter dem Vorgeben, daß sie keine geeigneten Kräfte bekommen können; aber die Arbeiter erklären, daß die jetzige Einrichtung des Arbeitsnachweises, die von den Fabrikanten gewünscht wurde, daran schuld sei. Unter den Arbeitern ist der Verdacht laut geworden, daß gegen Funktionäre der Organisation eine schwarze Liste kursiert; die Fabrikanten bestritten eine derartige Maßregel, aber verschiedene Erfahrungen haben die Arbeiter mittrauisch gemacht. Den Bericht folgte nur eine kurze Diskussion, in der die Arbeiter zu einem feinen Zusammenhalt aufgefordert wurden. — Sodann wurde der Bericht von der letzten Generalsammlung des Verbandes erörtert und einige Branchenangelegenheiten kamen zur Erörterung.

**Wahns, Gastwirtsgehilfen!** Wegen Nichterhaltung der tariflichen Vereinbarungen ist der Ausschuss von Hoppolds Brauerei, Hasenheide 22/23, Inhaber Max Jabel, für organisierte Gastwirtsgehilfen gesperrt.

Verband der Gastwirtsgehilfen, Ortsverwaltung Berlin I. werkschaftliche Vereinigungen betrachtet worden.

### Deutsches Reich.

Dem Verbandsvorsitzenden des Landarbeiterverbandes wird und geschrieben, daß gegen den Entschluß des Regierungspräsidenten, der die Ortsgruppe Hainau des Verbandes für einen politischen Verein erklärte, Vorfälle eingeleitet wurde. — Dem Verbandsvorsitzenden ist ferner nicht bekannt, daß auch gegen benachbarte Ortsgruppen ebenso vorgegangen wird. Bis jetzt sind außer in dem einen Fall die Ortsgruppen des Landarbeiterverbandes als ge-

### Was wird aus der Lohnbewegung im Saarrevier?

Der Handelsminister hat sich bereit erklärt, am 10. d. M. die drei gewählten Kommissionsmitglieder zu empfangen. Ob etwas bei dem Empfang herauskommt, bezweifelt die „Saarpost“, das Organ der „Christen“ in Saarabien. Was aber dann, wenn der Handelsminister nichts tun will oder vorgibt, nichts tun zu können? Kommt dann das von der „Saarpost“ am 23. November propagierte letzte Mittel, oder sammelt man zur Abwechslung noch ein paar Wochen lang Unterschriften von denen, die in den Streik eintreten, das heißt ihre Kündigung einreichen wollen. Oder will man die so heißblütig begonnene Bewegung dann im Sande verlaufen lassen? Was es dem „christlichen“ Gewerbetreibenden vielleicht gar schon bange vor dem Kinde, das er in die Welt gesetzt hat? Es heißt bei nahe so aus, denn die vor ein paar Wochen noch so heftige „Saarpost“, die mit Trommelwirbel vorrückte, hat wieder nach den Friedensschmelzen gegriffen und pariert jetzt Tag für Tag das Sprichlein: „Nur ist die erste Bürgerpflicht“.

Die Berliner Fachoberteilung hat schon „Das Ganze Halt!“ geblasen. In Neunkirchen fand am 8. d. M. eine Versammlung statt, in welcher der Sekretär der Berliner über die Bewegung sprach. Nach der „Saar- und Wiespreitung“ führte er aus, daß die neue Arbeitsordnung gar nicht so schlecht sei, daß man nicht zu weit gehen dürfe; denn wenn man die neue Arbeitsordnung nicht wolle, so würde auch die Verkürzung der Schleppezeit wieder aufgehoben werden und dadurch die Bergarbeiterfamilien geschädigt sein. Interessant ist auch, daß Herr Hans Belmonte, daß nur durch die Vermählungen der Fachoberteilung die Schleppezeit verkürzt wurde,

während auch der christliche Gewerbetreibende das Beste für sich in Anspruch nimmt.

Der christliche Gewerbetreibende „pflegt“ während dieser Zeit die „Einigkeit“. Er hat beschlossen, um die Einigkeit zu pflegen, den Beamten des Alten Verbandes in den Versammlungen keine freie Diskussion zu geben, vielmehr sie aus den Lokalen herauszutreiben. Kurz und gut, der Gewerbetreibende treibt, wie es scheint, sein altes Spiel, erst kräftig ins Horn zu stoßen, um am Ende mit Sammeln von Unterschriften Schluss zu machen. Nach der „christlichen“ Gewerbetreibende wirklich Ernst, so wird er die Anhänger des Alten Verbandes solidarisch finden, obgleich er alles unternimmt, die Mitglieder in den Versammlungen zu beleidigen und die so nötige Einigkeit der Saarbergleute zu fördern. Zum Sündenbode wird er die Altverbänder aber nicht humpeln lassen. Die Herren Christenführer müssen schon den Mut besitzen, das, was sie eingebrockt, auch auszuwaschen. Streikbruch gibt es nicht beim Altverband!

## Die Balkankrise.

### Erklärungen Gresh.

London, 11. Dezember. Unterhaus. Staatssekretär Gresh teilte mit, die Großmächte hätten zugestimmt, daß ihre Volschaffter in London zu einem Meinungsaustrausch dort zusammentreten sollten. Die Besprechungen würden beginnen, sobald die Volschaffter von ihren Regierungen Instruktionen erhalten hätten. Der Zweck der Beratung ist, den Austausch der Ansichten zu erleichtern, besonders über die Punkte, die am unmittelbarsten die Interessen einer der beteiligten Großmächte betreffen. Sie werden keine Konferenz bilden und in Zusammenhang hiermit möchte ich daran erinnern, daß die erste Anregung zu einer förmlichen Konferenz von Poincaré kam. Daher wird voraussichtlich Paris der am ersten in Betracht kommende Ort sein, falls eine förmliche Konferenz für opportun oder notwendig befunden werden sollte.

Ich glaube nicht, daß ich im gegenwärtigen Augenblick längere Ausführungen über die europäische Lage machen kann. Hoffnungen und Befürchtungen haben von Tag zu Tag gewechselt und können auch fernerhin für einige Zeit miteinander abwechseln. Es ist schwer, irgend etwas zu sagen, ohne unangebrachten Pessimismus zu erregen oder Hoffnungen zu erwecken, die in der Folgezeit getäuscht werden könnten.

Die Beziehungen zwischen den Regierungen der Mächte sind freundschaftlich, die diplomatische Lage ist günstig, und wenn eine Besorgnis besteht, ist es die, daß sich ein widerwärtiger, unvorhergesehener Zwischenfall ereignen und eine ungünstige Wendung der diplomatischen Lage verursachen könnte. Die Beratungen der Volschaffter werden nicht formell und nicht bindend sein, und das ist also ein Zeichen dafür, daß die Mächte noch nicht sicher sind, daß eine Lösung aller Schwierigkeiten in Sicht ist. Andererseits kann die Tatsache, daß die Mächte alle eingewilligt haben, zu einer engeren Beratung zusammentreten, als Beweis dafür gelten, daß keine von ihnen glaubt, eine solche Lösung sei unmöglich. Wenn die Unterredungen einmal begonnen haben und die Vertreter der Mächte in der Lage sind, die Fragen miteinander am Beratungstisch zu erörtern, werden die Mächte hierdurch in engerer Fühlung miteinander stehen, und dann sollte die Gefahr geringer sein, daß sich irgend eine Macht von den übrigen entfernt, und daß sich unvorhergesehene Schwierigkeiten erheben. Inzwischen bis zum Beginn der Besprechung möchte ich mich aller weiteren Kommentare politischer Natur über den Gegenstand enthalten, da die Tatsache, daß London der Versammlungsort für die Besprechungen und die Friedensverhandlungen ist, der britischen Regierung die besondere Verpflichtung auferlegt, sich bei solchen Kommentaren Zurückhaltung aufzuerlegen.

Ueber Greshs Erklärung fand keine Debatte statt. Premierminister Asquith erklärte in Erwiderung auf eine Anfrage, daß bei jeder auf der Volschaffterinsel zustande kommenden Einigung die kommerziellen Interessen von der britischen Regierung bei den Besprechungen nicht außer acht gelassen werden würden, die zwischen den Mächten stattfinden würden, und daß das Prinzip der offenen Tür die größtmögliche Unterstützung finden werde.

Auf eine Anfrage über den Rücktritt von Sir Francis Bridesman, dem ersten Seelord der Admiralität, entgegnete Marineminister Churchill: Gesundheitsrücksichten haben Bridesmans Rücktritt verursacht. Das Bedauern, das ich persönlich und meine Kollegen in der Admiralität über den Rücktritt eines so ausgezeichneten Offiziers empfanden, wird nur durch die Tatsache gemildert, daß keine Differenz in den Ansichten zu einer Meinungsverschiedenheit geführt hat. Bressford wünschte zu wissen, ob der Rücktritt nur aus Gesundheitsrücksichten erfolgte. Churchill erwiderte: Sowie ich weiß, aus keinem anderen Grunde. Bressford fragte, ob der Vorschlag zum Rücktritt von Bridesman selbst ausging oder von der Admiralität. Churchill erwiderte: Da Bressford einen Druck auf mich ausübt: der Vorschlag ist von mir ausgegangen.

### Termin der Volschaffterkonferenz.

Paris, 11. Dezember. (B. L. B.) Nach einer offiziellen Meldung dürfte die erste Zusammenkunft der Volschaffter in London am 17. d. Mts. stattfinden.

### Serbiens besiegte Hoffnungen und Forderungen.

Paris, 11. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Präsident der serbischen Friedensdelegation erklärte nach einer Unterredung mit Poincaré dem „Temps“, die Ueberzeugung erlangt zu haben, daß die Ententemächte die serbischen Forderungen unterstützen werden. Serbien besteht auf dem West des Gasens an der Adria und ist entschlossen, Bizand nicht Albanien zu überlassen; es verlangt nichts Besseres als einen neuen Handelsvertrag mit Oesterreich, und zwar mit Weisbegünstigung.

## Letzte Nachrichten.

### Berzplitterungstaktik.

Menden, 11. Dezember. (B. L.) Der Arbeitgeberverband macht bekannt, daß er denjenigen Arbeitern und Arbeiterinnen, die nicht in Metallarbeiterverbänden organisiert sind, für die Dauer der Ausperrung eine Unterstützung gewährt, die die Streikunterstützung der Arbeiterorganisationen übersteigt.

### Aufruhr in Persien.

Teheran, 11. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Kapitän Sedford von der indischen Armee ist in der Nähe von Schiras von Eingeborenen ermordet worden.

### Die Typhusepidemie im Rheinland.

Rheindt, 11. Dezember. (B. L.) Die Zahl der Typhusfälle nimmt wieder zu. Heute werden 89 Erkrankungen und 7 Todesfälle gezählt. Auch aus den umliegenden Ortsgemeinden kommen ungünstige Berichte über Zunahme der Epidemie.

Reichstag.

83. Sitzung. Mittwoch, den 11. Dezember 1912, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Kühn, v. Tirpitz, Dr. Delbrück u. Heeringen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst ein Nachtragsetat der 800 000 M. für Maßnahmen zum Schutze deutscher Interessen ausläßlich der politischen Ursachen in China fordert.

Abg. Roske (Soz.):

Wir halten die vorliegende Forderung der Regierung für durch- aus unberechtigt. Als im März d. J. ein Vertrag gefordert wurde, damit vorübergehend ein Teil der Beziehung in Kiautschou länger in China bleiben könne, wurde betont, es handele sich um eine ganz vorübergehende Maßregel. Man ver- wies darauf, daß die Revolution das chinesische Reich in seinen Grundfesten erschüttere, daher müsse deutsches Leben und Eigentum geschützt werden. Die damals vom Reichstag beschlossene Schutzmaßnahme ist erfreulicherweise aberflüchtig geworden. Es sind zwar während der Revolution Ausdehnungen von Chinesen gegen Chinesen in Menge verübt worden, aber das chinesische Volk hat doch so viel politische Einsicht gezeigt, daß es davor zurück- schreckte, Leben und Eigentum fremder Staatsangehöriger anzutasten. Inzwischen ist eine gewisse Konsolidierung der Ver- hältnisse in China zweifellos eingetreten. Es ist ja möglich, daß früher oder später einmal wieder Schwierigkeiten ent- stehen könnten, aber auf so vage vermutete Möglichkeiten hin geht es nicht an, dauernd in einem fremden Lande eine solche Truppenmenge zu stationieren. Deutschland ist sogar im Vorteil gegenüber anderen Mächten in China, weil es seine Truppen dauernd in Ostasien unterhält und auch eine größere Flottenmacht. Es sieht jedenfalls verhältnismäßig nicht ungünstiger da als andere Mächte.

Die deutsche Politik in Ostasien ist eine Fikzapolitik gewesen. Den Japanern hat man im Frieden von Schimonoseki die Siegesbeute abgejagt und dann hat man beim Vorkaufstand von der gepanzerten Faust geredet. Jetzt will man moralische Eroberungen in China machen. Die Gründung der Hochschule in Kiautschou ist ja auch zweifellos eine Kulturerrungenschaft. Allerdings wäre in Deutschland für kulturelle Zwecke noch viel mehr zu tun. In letzter Zeit ist von einer Steigerung deutschen Ansehens in China nichts zu merken gewesen. Die republikanische Regierung hat sich für die Reu- einrichtung der Verhältnisse Berater aus allen möglichen Nationen gestellt, nur keine deutschen Berater. Durch Entfaltung militärischer Macht werden wirtschaftliche Verhältnisse nie gebessert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sachtemer behaupten, daß das deutsche Kapital in China lange nicht die Bewe- glichkeit gezeigt habe wie z. B. das amerikanische, und daß es wieder einmal eine Gelegenheit gründlich verpaßt habe. Wir halten es auch nicht für notwendig, daß Chinas Empfindlichkeit von uns immer aufs neue verletzt wird. Der Hauptträger der revolutionären Idee, Sunjatsen, hat es für wünschenswert bezeichnet, daß Deutschland in nicht zu ferner Zeit sich mit dem Gedanken vertraut mache, sich gegen irgend eine Entschädigung aus Kiautschou zurückzuziehen. Dadurch werde es sich in China große Sympathien erwerben. Aus allen diesen Gründen erblicken wir in der Vorlage keine Förderung, sondern eine Benachteiligung deutscher wirtschaftlicher Interessen in China und werden gegen die Forderung der Regierung stimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Baasche (natl.): Herr Roske ist falsch unterrichtet, wenn er meint, daß das deutsche Ansehen in China durch sein Vorgehen nicht gestiegen ist. Ich kann aus eigener Erfahrung das Gegenteil feststellen. Sehr hohe Würdenträger Chinas hebeln sich jetzt in Kiautschou an, um sich unter dem Schutz Deutschlands zu stellen. Falls ich auch die Auffassung, als ob die Soldaten nicht zu dieser Erhöhung unseres Ansehens beitragen. In China hat auch wirtschaftlich der am meisten Einfluß, der die größte Machtentfaltung zeigt. Vielfach übersteigt unser Handel dort den Englands. Wir würden auch für weitergehende Forderungen eintreten, als die Vorlage bringt.

Abg. Roske (Soz.):

Früher hat Herr Baasche selbst Kiautschou nicht als Platz an der Sonne bezeichnet, er meinte sogar, niemand würde jetzt noch nach Kiautschou gehen, wir könnten nur nicht weg, weil wir uns

sonst dem Gelächter der Welt aussetzen würden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nach seiner Beweisführung haben die Freunde des Herrn Baasche unserem Ansehen in China selbst einen tödlichen Schlag verleiht, als sie für die Auflösung des ost- asiatischen Detachements stimmten. Es kommt nicht auf die Zahl unserer Truppen dort, sondern auf die Gesichtspunkte unserer Diplo- matie in Bezug an. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Nachtragsetat wird hierauf angenom- men. Auf Antrag des Abg. Dr. Spahn (Z.) wird sofort in die dritte Lesung eingetreten und in dieser der Etat debattelos angenom- men.

Es folgt die Fortsetzung der Besprechung der Interpellation Abt. u. Sen. (Soz.) betr.

Koalitionsfreiheit der in staatlichen Betrieben be- schäftigten Arbeiter.

Abg. Jäger (natl.): Bevor ich mich zum Gegenstand der Inter- pellation wende, muß ich erklären, daß die Ausführungen des Staats- sekretärs über die Gewerkschafts-Engpässe uns außer- ordentlich überrascht und bestrebt haben. Er hat die politische Seite der Engpässe völlig übersehen. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Für die Aufrechterhaltung der Koalitions- freiheit sind auch wir. Es handelt sich aber hier um Staats- arbeiter, die ein Streikrecht nicht haben können. Der Eisenbahnerstreik in Frankreich ist mit aller Energie von dem früheren Sozialisten Briand unterdrückt worden. Das ganze Wirtschaftsleben Frankreichs ist durch diesen Streik zurückgeworfen worden. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Der Kriegs- minister hat die Arbeiter auf die Arbeiterausschüsse hingewiesen. Diese machen sich auf dem Papier sehr schön, in der Praxis ist es anders; es muß eine Organisation hinter ihnen stehen, wenn sie etwas sollen ausdrücken können. Wenn die Staats- arbeiter kein Streikrecht haben, müssen sie ein Äquivalent dafür be- kommen und so gestellt werden, daß sie einen Streik gar nicht nötig haben. Die Anerkennung der Berufsorganisation ist das mindeste, was wir verlangen müssen. Aber davon ist die Militär- verwaltung weit entfernt. Ich bin wegen des Erlasses des Kriegs- ministers im Kriegsministerium vorstellig geworden. Dort sagte mir der Vertreter des Generals v. Wandel — er selbst hatte keine Zeit —: Der Erlaß ist mißverstanden worden, denn denkt daran, den Ar- beitern die Zugehörigkeit zum Militärarbeiterverband zu verbieten. Kein Jurist kann aus dem Erlaß etwas anderes herausfinden, nur die einfachen Arbeiter sollen es. Gestern hat der Kriegsminister von der verheißenden Tätigkeit des Verbandes gesprochen. Es wird jetzt eben alles zusammengetragen, um das Verbot nachträglich zu rechtfertigen. Warum bestreitet man denn dann, daß überhaupt ein Verbot erlassen ist. Nur an vier Orten sei der Erlaß mißverstanden, ist uns gesagt. Aber an wieviel Dienststellen? Spandau z. B., wo der Erlaß als Verbot aufgefaßt ist, hat sehr viele Dienststellen. Im Kriegsministerium wurde mir gesagt, der Erlaß richte sich gegen alle Organisationen und unterlasse lediglich das Agitieren auf der Arbeits- stelle. Dann wurde auch die scharfe Sprache des Organs des Verbandes erwähnt. Nun verspricht der Vorsitzende ausdrücklich, alle Schärpen sollten in Zukunft vermieden werden, doch sollte man auch den berechtigten Wünschen von mah- gender Stelle entgegenkommen. Darauf haben wir uns aus- drücklich geeinigt. Aber einige Tage später erfuhr wir durch die Presse, der Erlaß sei noch auf andere Dienststellen aus- gedeht. Darüber müßten wir erstauut sein. An dem guten Willen der Militärarbeiter hat es nicht gefehlt (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sie hätten artiger sein sollen). Der Kriegs- minister hat gestern sehr scharf gesprochen, aber den Organi- sationsgedanken schafft er aus den Herzen der Arbeiter nicht mehr heraus, und wenn eine Koalition verboten wird, werden die Arbeiter in eine andere Organisation gehen, die dem Minister noch weit unangenehmer sein wird. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sie kommen zu uns!) Jawohl und deshalb erhebe ich eben meine warnende Stimme. — Auf allen Seiten ist die Denunziation zu verurteilen. Beim Wahlkampf hat der „Vorwärts“ die Staatsarbeiter denunziert, als seien sie Sozialdemokraten. (Abg. Ledebour (Soz.): Das ist doch keine Denunziation!) Es ist doch keine Ehrenerklärung, sondern eine Denunziation, wenn man sagt, sie haben gegen den fortschrittlichen und für den sozialdemokratischen Kandidaten Stellung genommen (Lachen bei den Sozialdem.). Für die Eisenbahner haben wir das Entgegenkommen von oben, wie ich es für die Militärarbeiter verlangt habe, wenn auch nicht vielleicht auf jeder kleinen Dienststelle. Wunschlos sind natürlich auch die

Eisenbahner noch nicht. Organisationen gegenüber, die auf das Streikrecht verzichten, sollten die Verwaltungen nicht so engberzig sein, sonst hat den Vorteil nur die Sozialdemo- kratie. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Winterfeldt (Z.): Der Vordredner ist ja warm wie ein Vater für sein Kind für seinen Verband eingetreten. Wir müssen aber annehmen, daß der Kriegsminister vollständiges Beweismaterial für seine Behauptungen über die Hebereien des Militärarbeiter- verbandes und seines Vorsitzenden hat. (Abg. Ledebour: Dann hat er es vorzulegen!) In der Beurteilung der Rechtslage stimmen wir ganz den Darlegungen des Staatssekretärs Dr. Delbrück zu. Daß der § 188 des V. G. B. v. J. 1900 in dem Sinne gedeutet war, wie es Herr Bauer gestern darlegte, ist wahr, aber die Praxis ist dem nicht gefolgt. Das Streikrecht hat jetzt auch Frankreich den Eisenbahnen genommen. Es geschieht von den Behörden alles für die Arbeiter, was billigerweise geschehen kann. Jahr für Jahr erhalten sie Lohnerhöhungen. Auch die Arbeiterausschüsse sind gut ausgefallen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dombek (Voc): Wir verlangen für alle gewerblichen Ar- beiter ein freies Koalitionsrecht mit Streikrecht. Daselbst müssen die nicht fest angestellten Staatsarbeiter haben. Es sollte ein einheitliches Arbeiterrecht mit der Anerkennung des Rechts auf Arbeit geschaffen werden. Ueber die Rede des Herrn Jäger habe ich mich sehr gefreut. Er sollte diese Ausführungen nur einmal vor den nationalliberalen Großkapitalisten in Ober- schlesien mit ihrem Vertreter Herrn Goly machen, dann wird er ja sehen, welche Aufnahme er da findet. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Preussischer Generalmajor Wandel: Wir gestatten den Arbeitern durchaus, irgend welchen Organisationen beizutreten und geben auch allen Wünschen der Arbeiter und Organisationen nach. Was den von dem Abg. Bauer gestern erwähnten Fall anlangt, so hat der Betreffende weder vor seiner Abfahrt, noch nach seiner Rückkehr ge- sagt, daß es sich um das Begräbnis seines Vaters handelte. Es ist zuzugeben, daß der Vorstand der Werkstat Schroffer ver- fahren ist als nötig war. Der Betreffende ist übrigens seit längerer Zeit wieder angestellt bei einem technischen Institut. Also die Sache ist vollkommen in Ordnung gebracht. Was das Ver- halten des Militärarbeiterverbandes anbelangt, so ist der Ton dieses Organs mit der Zeit immer beleidigender geworden. Ich habe eine reiche Masse von Beweisen dafür, wie die Organe ver- herbeigeführt und dadurch eine schwere Schädigung der Disziplin herbeigeführt worden ist. So heißt es z. B. am 11. Dezember 1908: „Die Arbeiter streichen die Hand, die sie schlägt, und lassen den Fuß, der sie tritt.“ (Hört! hört! rechts.) An einer anderen Stelle hieß es von einem Arbeiter, daß er entlassen wurde, „um ein paar faule Herren in ihrem lichtschönen Treiben nicht zu stören.“ (Hört! hört! rechts.) In ähnlicher Weise sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verächtlich gemacht. Am 10. April 1908 wurde geschrieben: „So stehen die Staatsarbeiter weit hinter dem geringsten Arbeiter der Privatindustrie.“ Am 20. April 1910 wurde eine Schilderung von einem Wohlfahrtsraum gegeben, die voll- kommen aus der Luft gegriffen war. Am 5. Mai 1911 heißt es: „Alle Witten der besser gestellten Arbeiter werden mit hohlen Phrasen abgetan. Ein Willkürakt steht neben dem andern.“ Am 20. Dezember 1911 wird von Arbeiterauschmittgliedern in Rep- telenhofen gesagt, daß sie ihr Ehrenamt zur Verherrlichung ihrer wertigen Person ausüben und Schänffler und Spießer seien. (Hört! hört! rechts.) In dem Artikel, von dem Herr Bauer meinte, er wäre nicht so scharf, heißt es: „Kummer und Sorgen ist das Resultat eines Lebens von Unbilligkeit, treuer Pflichterfüllung und unerschütterlicher Vaterlandsliebe; frühzeitiges Sterben, eine Altersversorgung, die jedem Arbeiter Schreden einflößt, und früher Tod sind die Begleiterdheimungen.“ (Zuruf bei den Sozialdemokraten: „Ist das denn unwahr?“) Wenn auch der Vorsitzende Buschold nach- her erklärt hat, er bedauere diesen Ton, so ist doch das Bild nun einmal verspritzt. — Mißverstanden ist der Erlaß als ein Verbot des Verbandes nur von einzelnen Dienststellen. In einem Teil der Stellen ist tatsächlich falsch verfahren worden. Die Auflösung ein- zelner Ortsverbände ist freiwillig erfolgt. In einem Ort haben die Arbeiter ausgesprochen, daß der Ton der Verbandspresse ihnen schon längst nicht mehr gefalle. Die meisten Ortsverbände haben den Sinn des Erlasses vollständig klar erkannt. In Danzig hat Buschold selbst anerkannt, daß der Erlaß eine den Verband schädigende Wirkung nicht gehabt habe. Mehr kann man doch nicht verlangen.

Abg. Hegenscheidt (Rp.): Die Herren von der Linken können ihre

Notizen.

— Verhart Hauptmann und das Friedensideal. Bei dem Bankett der Nobelpreisträger, das in Stockholm statt- fand, feierte G. Hauptmann den Frieden. „Ich trinke darauf — sagte er —, daß das der Stiftung zugrunde liegende Ideal seiner Verwirklichung immer nähergeführt werde: ich meine das Ideal des Weltfriedens, das ja die letzten Ideale der Wissenschaft und der Kunst in sich schließt. Die dem Kriege dienende Kunst und Wissen- schaft ist nicht die letzte und echte, die letzte und echte ist die, die der Friede gebiert und die den Frieden gebiert. Und ich trinke auf den großen, letzten und rein idealen Nobelpreis, den die Menschheit sich dann zusprechen wird, wenn die rohe Gewalt unter den Völkern eine ebenso versemte Sache geworden sein wird, als es die rohe Gewalt unter den menschlichen Individuen der zivilisierten Gesell- schaft bereits geworden ist.“

Schade, daß man von solchen Gedanken in Hauptmanns Werken seit langem nichts mehr findet.

— Ein Friedenspreiskandidat, an den niemand denkt. Das Nobelkomitee des norwegischen Storting, das den Nobelfriedenspreis zu vergeben hat, soll den Bescheid gefaßt haben, ihn dieses Jahr nicht zu verleihen, weil keine Arbeit zur Förderung des Friedens und kein Kandidat ihm würdig schien. . . . Hat das Komitee denn gar nicht an die Internationale gedacht, die eben in Basel die würdigste und wirksamste Arbeit zur Förderung des Friedens verrichtet hat, die überhaupt seit Bestehen des Preises ge- leistet ist? Oder meint es (mit Recht), die internationale Sozial- demokratie täte ihre Pflicht auch ohne Preise? Trotzdem hätte ihr allein der Preis gebührt.

— Der Künstler schafft, der Kapitalist ver- dient. Warum die Begeisterung des internationalen Kunst- handels für die französischen Impressionisten so groß ist, erblickt man an einer Versteigerung der Galerie Rouart in Paris. Da wurden Preise erzielt, die beweisen, daß die Impressionisten jetzt wirklich „klassisch“ geworden sind, klassisch für die Spekulation, die an diesen modernen Werken soviel verdienen kann, wie sonst nur an alten Meistern. Für ein Bild „Räucherinnen an der Stange“ von dem noch lebenden Degas wurden 435 000 Frank bezahlt. Er soll seinerzeit einige hundert Frank dafür erhalten haben.

— Um Strindbergs Erbe. Die Kinder Strindbergs, die sich zu seinen Lebzeiten wenig oder gar nicht um ihn kümmer- ten, sind in Streit geraten mit dem deutschen Uebersetzer Strind- bergs Emil Schering. Dieser hat große Opfer für Strindbergs Werk gebracht, aber die Erben wollen den Profit davon einstecken. Der Schutzverband deutscher Schriftsteller, der sich mit der An- gelegenheit beschäftigt, hat seine Entrüstung über das Verhalten der Erben ausgesprochen und seinen Einfluß mit der Wahrung von Scherings Rechten betraut.

— Die Neue Freie Bühne teilt uns mit, daß die Ehe- lombdie von Robert Walter „Der Kammerdiener“ jetzt mit be- fähigter Genehmigung vor den Mitgliedern und Pressevertretern am 14. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Komödienhaus erstmalig in Szene geht.

Kleines feuilleton

Die Schauspieler gegen die Kientype. Die im Bühnenverein organisierten Theaterdirektoren hatten ihren Schauspielern die Ver- teilung an Achtspielaufführungen verboten. — Kurz darauf mimten drei bekannte Bühnensänger — Massary, Giampietro, Passenberg — fürs Kino. Die Organisation der Dramatiker erklärte der unedlen Konkurrenz den Krieg bis aufs Messer. — Heute werden unsere ersten Dramatiker für das Filmtheater beschäftigt und gerade für den Zweig, der keiner Vereidung fähig ist: für das laubstammige Drama. In den Kreisen der Schauspieler, die ja unter dem schlechten Beschäftigung der Theater in erster Linie zu leiden haben, sieht man diesen Umschwung mit sehr gemischten Gefühlen an. Man fragt hier:

Glauben die Hauptmann, Hoffmannsthal und alle die anderen wirklich einen veredelnden Einfluß auf die Menge auszuüben, wenn sie ihnen „photographisch“ kommen werden? Ist denn ihre Sprache so arm an Ausdruck, daß sie von nun an soziologen mit den Händen reden müssen? Sie werden das Volk ihren Werken und damit der Bühne noch mehr entfremden. So ist das Dichterwort nicht zu deuten: daß der Künstler bilden und nicht reben solle. Hauptmann und die junge Generation haben und noch manches zu erzählen. Aber auf den Ereritern, die die Welt bedeuten und nicht auf einer Leinwand, die nur dem Auge etwas vorkommt. Wird der Dekorationsmaler zum Seelenmaler, so kann die Kunst zu gewinnen. Schlimm sieht es aber um die Kunst, wenn umgekehrt der Seelenmaler nur noch Dekorationsmaler bleibt.

Man kann den Klagen der Schauspieler nur beistimmen — im Interesse der Kunst und im Interesse des Kinos. Das Lichtbild- theater ist heute auf falschen Wegen, wenn es „Dramen“ spielen will. Es hat große und schöne Aufgaben genug, wie wir hier kürz- lich erst gezeigt haben.

Ein bedenklicher Redeflug. Für England, das Land des Rebels, hat die Flugkunst nur dann eine größere Bedeutung, wenn es ge- lingt, die Blasen in der Orientierungskunst und der Benutzung des Kompasses so auszubilden, daß sie auch bei düstern Wetter ihren Weg finden. Natürlich ist es ganz ausgeschlossen, bei wirklichem Londoner Nebel, wenn der Verkehr fast stockt, eine Flugmaschine zu steuern. Aber der Engländer hat außer dem Wort für den un- verkennlichen Nebelwetter noch einen anderen Ausdruck für unsicheres Wetter; mist. Dies Wort ist nicht identisch mit dem deutschen gleicher Schreibweise, sondern bedeutet ungefähr das, was man in Norddeutschland unter Nebelwetter versteht. Misty ist das Wetter in England fast in der ganzen Winterzeit, hares belles Profiwetter kennt man in dem Inland kaum. Soll also die Flugkunst nicht während der Wintermonate in England vollständig brachliegen, so müssen die Flieger instande sein, ihren Apparat nach dem Kompaß zu steuern. Einen derartigen Rebellflug, der die besten Perspektiven für die Zukunft eröffnet, absolvierte am Sonntagabend der ausgezeichnete Handley-Page Eindecker. Er hatte

in der vorigen Woche von Hendon, dem Hauptflugplatz Londons aus einen Flug, nach dem ziele fünfzig Kilometer entfernt liegenden Flug- und Rennplatz Brooklands unternommen und hatte dort landen müssen. Er startete am Sonnabend mit Passagier in dichtem Nebel und bei böigem Winde in der Richtung Hendon. Die Orientierung nach der Karte war unmöglich, bald nach dem Aufstieg war das Gelände vollkommen unsichtbar, nur eine Richtungsmpfe tauchte einen Moment auf. Der Eindecker stieg zu 400 Fuß Höhe auf und wurde nur nach dem Kompaß gesteuert. Der Flugplatz Hendon war auch auf ganz geringe Entfernung noch nicht sichtbar, so daß der Flieger längere Zeit über der Gegend kreisen mußte, bis er, langsam niedergehend, schließlich den Aerodrom ent- deckte und landen konnte. Dieser Rebellflug beweist, daß eine Orientierung nach dem Kompaß auch bei geringen Entfernungen möglich ist.

Die neue Hauptstadt Australiens. Als zu Beginn des vorigen Jahrzehnts die fünf großen Festlandkolonien Australiens und Tas- manien zum australischen Bunde, dem „Commonwealth of Australia“, zusammentraten, beschloß man, als Sitz der künftigen Zentral- regierung in einem eigens hierfür zu erwerben Gebiete eine neue Hauptstadt zu errichten. Nach langen Verhandlungen einigte man sich schließlich dahin, in dem im Süden von Neu Südwales ge- legenen Bezirk Wag-Ganberra ein Gelände von 900 englischen Quadratmeilen Größe als Bundesterritorium anzukaufen. In der nördlichen Hälfte dieses Gebietes soll nun an den Ufern des Ro- longlosflusses die neue Hauptstadt des Erdteils entstehen und in ihren Mauern die Regierung und das Parlament beherbergen. Die neue Siedelung wird von der Meeresküste in der Luftlinie etwa 110 Kilometer, von Sydney rund 250 Kilometer entfernt sein. Sie erhebt sich inmitten einer Ebene, umrahmt von Hügeln und Gebirgszügen, die bis zu Höhen von 900 bis 1000 Meter emporsteigen.

Die Einwohnerzahl der Stadt betragen soll man für den Anfang auf etwa 25 000 Köpfe. Als Sitz sämtlicher Bundesbehörden wird sie eine große Zahl öffentlicher Gebäude aufweisen. Um geeignete Entwürfe für den Bau der Stadt zu erlangen, hat man vor einiger Zeit einen internationalen Wettbewerb ausgeschrieben, aus dem soeben ein junger amerikanischer Architekt als Sieger hervor- gegangen ist. Die preisgekürnte Arbeit weist verschiedene beachtens- werde Neuerungen auf. Vor allem verzichtet sie in weitgehendem Umfange auf die schachbrettartige Anordnung der Straßenzüge, die den Anforderungen eines raschen Verkehrsverlaufes nur schwer gerecht wird. Deshalb sieht der Plan in jeder der beiden durch den Rolonglos getrennten Stadthälften einen Mittelpunkt vor, von dem die Hauptstraßen ausstrahlen; andere Straßen nehmen in ähnlicher Weise von Zentren zweiten Ranges ihren Ausgang. Das Parlamentsgebäude soll auf einer die ganze Stadt beherrschenden Anhöhe seinen Platz finden. Die Niederungen entlang dem Fluß- laufe sollen botanische und zoologische Gärten sowie öffentliche An- lagen einnehmen; durch Auffassung des Flusses soll man eine Reihe von Seen gewinnen, die zur Belebung des Landschaftsbildes beiz- tragen sollen.

Vom Elektrizitätsmonopol.

In der Handelszeitung der 'Post' war die Behauptung aufgestellt worden, daß für Deutschland die Gefahr eines Elektrizitätsmonopols nicht bestünde; weder für die Elektrizitätslieferung, da eine große Zahl von Stadt- und Ueberlandzentralen im Besitz öffentlicher Verbände und privater unabhängiger Verbände sei, noch für die elektrotechnische Fabrikation, da zahlreiche leistungsfähige Spezialfabriken beständen. Dr. Hasolt, Syndikus der Vereinigung elektrotechnischer Spezialfabriken, widerlegt in der gleichen Zeitung diese irrigen Behauptungen. Er weist darauf hin, daß die kommunalen und unabhängigen privaten Elektrizitätswerke meist kleinere Werke sind, die auf die Dauer nicht ihre Selbständigkeit werden bewahren können. Sind doch auch die größeren kommunalen Werke an die Elektrizitätskonzerne verloren gegangen. Entweder werden die städtischen Werke von den Konzernen gepachtet, um sie zu Ueberlandzentralen auszubauen, oder kommunale Verbände gründen mit Privatfirmen zusammen sogenannte 'gemischte wirtschaftliche Unternehmungen' in Form von Aktiengesellschaften. In diesen Unternehmungen geben die Elektrizitätskonzerne jedoch den Ausschlag; sie befehlen den Vorstand, sie stellen die technischen und wirtschaftlichen Berater, lassen sich den Bau und die Lieferung auf lange Zeit übertragen usw. Die Elektrizitätskonzerne haben dabei noch den Vorteil, daß sie ihre eigenen Kapitalien schonen können und trotzdem die Herrschaft besitzen und die Arbeiten liefern. Auf diese Weise ist der Einfluß der großen Elektrizitätskonzerne auf die öffentliche Elektrizitätsversorgung Deutschlands in den letzten Jahren in ganz gewaltiger Weise gewachsen. Eine kurze Aufzählung der wichtigsten Unternehmungen der großen Konzerne, die keineswegs lückenlos sein soll, möge dies veranschaulichen:

Der A. E. G.-Konzern beherrscht mittels der zu ihm gehörenden Gesellschaften die Elektrizitätsversorgung von Oberschlesien; der Umgegend von Breslau; einzelner Teile von Pommern und Posen; weiter Gebiete von Brandenburg; von Berlin und zahlreichen Orten; der sächsischen Oberlausitz sowie großer Teile des sächsischen Königreichs Sachsen; des Taunusgebietes; mehrerer Kreise von Hannover und Westfalen; großer Gebiete Württembergs, Südbadens sowie fast des gesamten Elsaß, endlich auch von großen Gebieten Oberbayerns und Schwabens. Im Entstehen begriffen sind große Werke in Thüringen und in der Nähe von Fulda; bei Hameln zur Versorgung einer Reihe preussischer und braunschweigischer Kreise; bei Marktredwitz zur Versorgung des bayerischen Kreises Oberfranken; auf dem Westerbald und an der Ruhr zur Versorgung mehrerer Kreise am Mittelrhein. Geplant werden, um eines der vielen Projekte des A. E. G.-Konzerns zu nennen, große Ueberlandzentralen für den Regierungsbezirk Königsberg im Anschluß an die 1910 von der A. E. G. gepachteten städtischen Werke in Königsberg. Durch Beteiligung an gemischt wirtschaftlichen Unternehmungen hat der A. E. G.-Konzern seinen Einfluß ausgedehnt auf die Umgegend von Saarbrücken und Altona. Es schweben gegenwärtig noch Verhandlungen mit Aachen bzw. der Ruhrtaupferwerkgesellschaft, mit Kassel, verschiedenen Städten des Kreises Offenbach usw. usw.

Der Konzern der Siemens-Schuckert-Werke versorgt die Amtshauptmannschaft Jüdischland und einzelne Teile des mittleren Saßsens; große Gebiete des östlichen und mittleren Thüringens; die Umgegend von Lübeck; von Harburg-Wilhelmsburg; das Großherzogtum Oldenburg; Mittelfranken und Teile von Unterfranken; die gesamte Bayerische Rheinpfalz und Rheinhesse; das nördliche und mittlere Baden. Geplant wird u. a. die Versorgung des Kreises Wapen, des gesamten Regierungsbezirks Stade sowie neuerdings verschiedener Kreise in der Nähe von Elbing i. Westpreußen. Mit der Stadt Korbach steht er augenblicklich wegen Überleitung eines gemischt wirtschaftlichen Unternehmens in Verhandlungen.

Zumeist sind es die Industrie- und gewerblichen Gegenden Deutschlands, auf die die Konzerne ihr Augenmerk gerichtet haben. Sie machen die denkbar größten Anstrengungen, um die in diesen Gegenden liegenden kommunalen Elektrizitätswerke auf irgendeine Weise in ihre Gewalt zu bekommen.

Aber auch auf die kommunalen Werke erstreckt sich der Einfluß der Großkonzerne. So ist z. B. der ausfallgebende Direktor des Elektrizitätswerks Weisbaden, A. G. in Bodum, deren Aktien ausschließlich in den Händen von Gemeinden und Kreisen sind, gleichzeitig Direktor der Elektrizitäts-Lieferungsgesellschaft, Berlin, einer Tochtergesellschaft der A. E. G.

Durch diese Vorherrschaft der Elektrizitätskonzerne wird auch der Absatz der elektrotechnischen Spezialfabriken erheblich eingeschränkt. Die Elektrizitätslieferanten kaufen nur noch Fabriken des eigenen Konzerns. Auf dem gleichen Wege ist es möglich, die Installation abhängig zu machen. Nur den Stromabnehmern werden Rabatte gewährt, die sich verpflichten, die Lieferung von Materialien und die Herstellung der Anschlußanlagen dem eigenen Konzern zu übertragen.

Die preussische Regierung unterstützt diese Monopol Tendenzen in ganz unverantwortlicher Weise, indem sie den Bau eigener Kraftwerke verbot und z. B. die Anlagen für die Elektrifizierung der Berliner Stadt- und Vorortbahn Privatfirmen überlassen will.

Kohlenverbraucher.

Da die von Mitgliedern des rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikats geförderten Kohlen vom Syndikat verkauft werden, läßt sich der Anteil der einzelnen Industriegruppen an dem Kohlenverbrauch leicht feststellen. Im Jahre 1911 wurden vom Syndikat insgesamt 68,520 Millionen Tonnen Kohle gefördert, wobei die verbrauchten Koks und Briketts in Koks umgerechnet sind. Für den Selbstverbrauch der Kohlenbergwerke (d. h. die Gewinnung von Steinkohlen und Koks sowie die Brikettfabrikation) wurden davon 7,00 Proz. in Anspruch genommen. Zu den größten Verbrauchern von Kohle gehört die Metallindustrie einschließlich Metallhütten und Maschinenfabriken an erster Stelle; sie bezog 41,22 Proz. der Syndikatsförderung. An zweiter Stelle folgt der Hausbedarf mit 12,83 Proz. für den Bau und Betrieb von Eisen- und Straßenbahnen wurden 11,57 Proz. der Gesamtproduktion geliefert. Als weitere größere Verbraucher schließen sich die Industrie der Steine und Erden (4,72 Proz.), Schiffahrt (4,27), die Gasanstalten (3,32) an.

Aus der Frauenbewegung.

Weibliche Jugendpflege.

Wie aus einer Mitteilung der Zentralfstelle für Volkswohlfahrt hervorgeht, sollen im nächstjährigen preussischen Staatshaushaltplan Mittel angefordert werden, um die Bestrebungen zur Pflege der weiblichen Jugend in ähnlicher Weise zu unterstützen, wie es bereits für die männliche Jugend zur Bekämpfung der proletarischen Jugendbewegung geschieht. Am 10. dieses Monats haben bürgerliche Wohlfahrtsorganisationen, der Bund deutscher Frauenvereine, Organisationen zur Förderung von Leibesübungen usw. die Zentralfstelle für Volkswohlfahrt als Zentrale für die Vermittlung der staatlichen Unterstützungsgelder und als Auskunftsstelle für die weibliche Jugendpflege erwählt. Auch die weibliche proletarische Jugend soll also durch einen staatlichen Korruptionsfonds der modernen Arbeiterbewegung entfremdet werden. Bisher hat der Staat nichts gegen die Ausbeutung der jungen Proletarierinnen in Fabrik und Heimarbeit getan; seine Veräumnisse haben unzählige Frauen der Prostitution angetrieben. Sein plötzliches Vernähmen um die patriotische Gesinnung der jugendlichen Arbeiterinnen wird auch hier nur den Erfolg haben, sie auf die proletarische Jugendbewegung erst recht hinzuweisen.

Daß der Bund deutscher Frauenvereine sich nicht scheut, die Bestrebungen gegen die arbeitende Jugend mit Hilfe

unseren schärfsten Protest hervorgerufen muß. Der Interpellant hat seiner Interpellation von vornherein das Rückgrat gebrochen, indem er den Vorsitzenden des Militärarbeiterverbandes, Herrn Buschold preisgab. (Widerspruch des Abg. Müller-Reinigen.) Die Ausführungen des Abg. Behrens sind schon von meinem Vorredner genügend charakterisiert worden. Ich brauche auf sie um so weniger einzugehen, als er ja gegen alles abgeklärt ist. (Große Unruhe rechts.)

Präsident Raempf ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.

Abg. Böhle (fortfahrend):

Ueber die Stellung des Kollegen Hymischeit wundere ich mich nicht; die Herren rechts haben ja alles Interesse daran, daß die Löhne der Arbeiter niedrig gehalten werden. In einem Geheimzirkular wird darüber geklagt, daß seitens der Staatsverwaltung höhere Löhne gezahlt werden wie in der Landwirtschaft und es wird verlangt, man solle sich bei Festsetzung der Löhne mit den maßgebenden Stellen der Landwirtschaft in Verbindung setzen.

Das Zentrum wendet sich seit Jahren gegen das Streikrecht der Staatsarbeiter; in Bayern verlangen sie deshalb die Unterdrückung des Eisenbahnerverbandes. Mit Recht lehnte Minister v. Frauenfelder dies ab, weil dadurch der sozialdemokratische Gedanke bei den Staatsarbeitern nicht ausgerottet werde; er empfahl vielmehr mehr Sozialpolitik. Seinem Nachfolger blieb es dann vorbehalten, schärfer gegen die Staatsarbeiter vorzugehen. Das Organ des bayerischen Eisenbahnerverbandes hat ausdrücklich das Streikrecht für die Eisenbahner beansprucht für den Fall, daß die Regierung verweigert. Das konstatiere ich gegenüber dem, was gestern der Zentrumsredner sagte. Die 'Germania' hat natürlich das Vorgehen des bayerischen Ministeriums gegen die Staatsarbeiter vollständig gerechtfertigt gefunden. Jeder Arbeiter, der in den Staatsdienst eintritt, muß einen Revers unterschreiben und man schneift nach, ob er Sozialdemokrat oder gar Anarchist sei. Das führt nur zur

Gefinnungslumperei

und dazu, daß höher qualifizierte Arbeiter in den Staatsdienst nicht mehr eintreten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir geben den Arbeitern ruhig den Rat, solchen Revers zu unterschreiben, weil dieser Zwang, den die Behörde ausübt, unmoralisch ist. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Kriegsminister warf dem Militärarbeiterverband verheerende Agitation vor und behauptete, die Arbeiter selbst seien mit der Schreibweise des 'Militär-Arbeiter' nicht zufrieden gewesen. Dabei ist dort aber die Verhältnisse in den Betrieben nicht ein Wort zu viel gesagt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Kriegsminister will keinen Agitator an der Spitze des Verbandes haben, sondern einen Arbeiter. Würde wirklich ein im Betriebe tätiger Arbeiter an die Spitze des Vereins berufen, so würde er bereits nach drei bis vier Wochen aus der Werkstatt hinausgeschickelt sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Wünsche der Arbeiterausschüsse, sagte der Kriegsminister, würden genügend gehört. In der Tat haben sie gar keinen praktischen Wert, sie dürfen auf keinen Fall mit einander in Verbindung treten; die Tagesordnung wird von den Vorständen der Verbände festgesetzt, sie wird erst einen Tag vor der Sitzung den Arbeitern unterbreitet. Ihre Anträge können ohne weiteres zurückgewiesen werden, ohne auf die Tagesordnung gesetzt zu sein; sie können von der Behörde ohne weiteres aufgelöst werden, sind nicht berechtigt, Wünsche oder Beschwerden einzelner Arbeiter entgegenzunehmen oder vorzubringen. (Hört! hört!) Vieles weigern sich die Arbeiter, diesen Arbeiterausschüssen anzugehören, weil sie wissen, daß sobald sie etwas Rückgrat zeigen, sie entlassen werden. Der Staatssekretär Delbrück hat gestern gesagt, eine Einschränkung des Koalitionsrechts ist durch privatrechtliche Abmachungen möglich. Dadurch wird das Koalitionsrecht der Arbeiter überhaupt, nicht nur der Staatsarbeiter, illusorisch gemacht. Also Privatverträge gehen über Reichsrecht! Das ist das Stärkste, was die Regierung sich leisten konnte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nicht bloß die Rechte, sondern auch das Zentrum hat dieser Rechtslosmachung der Arbeiter zugestimmt. Und diese Rechtslosmachung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter geschieht in einer Zeit, wo die Regierung die Mitwirkung aller Arbeiter für ihre auswärtige Politik braucht. Die freiorganisierte Arbeiterkraft wird die Kriegserklärung, die der Staatssekretär im Namen des Reichskanzlers abgab, aufnehmen, und sie wird den Kampf siegreich durchführen, dessen seien Sie gewiß. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schwarz (Z.): Aus den Angriffen gegen die Enghlita spricht nur der Kerger der Linken, daß die christlichen Gewerkschaften es nicht nötig haben, in das Lager der freien Gewerkschaften überzugehen. Der Terrorismus nimmt nicht nur in den Staatsbetrieben, sondern auch in Privatbetrieben seitens der freien Gewerkschaften so überhand, daß sie und ihre Hintermänner es sich selbst zuzuschreiben haben, wenn es deswegen zu Ausnahmeregeln kommt. (Sehr richtig! im Zentrum.) Daß in Nürnberg eine ganze Reihe christlicher Arbeiter terrorisiert worden sind, ist doch Tatsache. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Wenn ich Ihre Zwischenrufe höre, so muß ich immer daran denken, wie sich ihre eigenen Parteigenossen z. B. in Stuttgart gegenseitig behandeln. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Das Haus vertagt sich. Abg. Bauer (Soz.) hält gegenüber dem General v. Wandel seine Darstellung des Falles des Militärarbeiters aufrecht, der gekündigt wurde, weil er durch einen Dritten sein Fernbleiben entschuldigte.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Interpellation Albrecht (Soz.), betreffend den Wagenmangel, Wahlprüfungen, Denkschrift über die Anstellungsverhältnisse der Postassistenten.) Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Vertenerung des Eisenbahnverkehrs.

Die Städtefeindlichkeit der Landtagsmehrheit zeigte sich deutlich wieder bei den Beratungen der Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses für die elektrische Zugförderung auf den Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen. Es wurde mitgeteilt, daß die Kosten der Elektrifizierung des Betriebes 123,3 Millionen Mark betragen sollen und wenn ein eigenes Kraftwerk des Staates für die Stromversorgung errichtet wird, 200 Millionen Mark. Es wurde sodann ausgeführt, daß das Berliner Bahnhöfe einen Fehlbetrag von 9-10 Millionen Mark aufweise, wovon 7-8 Millionen Mark durch die Tarifserhöhung gedeckt werden sollen. Man begründet die Tarifserhöhung damit, daß sich Bahncassen rentieren müssen. Der sozialdemokratische Redner hielt dem entgegen, daß sich doch die erste und zweite Klasse gar nicht rentieren und trotzdem beibehalten werden. Aber das half nichts. Trotz des Widerspruchs des fortschrittlichen Vertreters blieben die Rechtsparteien bei der Tarifserhöhung und auch der Minister hielt an ihr fest. Der Minister teilte übrigens mit, daß für andere Großstädte die Einführung eines Vorortverkehrs ausgeschlossen sei und daß man nicht mehr tun werde, als Triebwagen für besondere Jüge und Sonntagsohnen zu bewilligen. Wenn die Städte andere Verkehrsbedürfnisse hätten, sollten sie die Gemeinden und Privatunternehmer erfüllen. Von einem Zentrumsredner wurde gesagt, daß die großstädtische Bevölkerung reich genug sei, um für die Sonntagsohnen noch mehr zu bezahlen. Schließlich wurde eine Resolution eingebracht, die zwar noch nicht zur Abstimmung gelangte, deren Annahme aber kaum zweifelhaft ist und in der nicht nur die Tarifserhöhung für Berlin bewilligt, sondern die Regierung auch noch ersucht wird, darauf zu sehen, daß nicht nur die Kosten der Elektrifizierung vergütet werden, sondern auch das gesamte in der Stadtbahn angelegte Kapital.

Forderungen nicht auf das Gesetz gründen und berufen sich daher auf Naturrechte und natürliche Freiheit. Damit verlassen sie aber auch den Boden der Wirklichkeit, denn in der Natur finden wir nicht Freiheit, sondern Unfreiheit. (Große Heiterkeit links.) Auch die Koalitionsfreiheit findet ihre Grenze an dem Wohle des Staates; wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) das nicht zugeben, zeigen Sie, daß Ihnen am Staatswohl nichts liegt, daß Sie vielmehr die Fundamente des Staates abgraben. Dr. Müller-Reinigen sollte sich nicht aus Dogmatismus auf solche schiefen Ebene begeben, sondern sich der Anschauung des Staatssekretärs Dr. Delbrück annähern, die auch ich vertrete und billige. (Große Heiterkeit links.) Dem Kriegsminister danken meine Freunde für sein Auftreten im Interesse der staatlichen Autorität. Berufsorganisationen allerdinge liegen im Auge der Zeit, und die Arbeiter müssen Gelegenheit haben, durch sie ihre Wünsche zum Ausdruck zu bringen, nur muß das in angemessener Form geschehen. (Bravo! rechts und Ironisches Hurra! Hurra! bei den Soz.)

Abg. Behrens (Wirtsch. Bg.): Im Gegensatz zum Abg. Bauer halte ich die gestrige Rede des Staatssekretärs für außerordentlich wertvoll; sie wird die Grundlage abgeben, um ein klares Koalitionsrecht, für die Staatsarbeiter allerdinge ohne Streikrecht zu schaffen. Schädlich für den Aufbau eines klaren Koalitionsrechts der Staatsarbeiter ist der Radikalismus der Sozialdemokraten, die über alles Maß und Ziel hinausgehen, und die Interessen der einzelnen Arbeitergruppen über die der Gesamtheit und des Vaterlandes stellen. (Sehr richtig! rechts.) Der Abg. Bauer hat auch den Ton der Artikel des 'Militär-Arbeiter' verurteilt; der Ton dieses Organs ist aber so, daß die 'Leipziger Volkszeitung' neidisch werden könnte. Bei sich selbst erkennen die Sozialdemokraten übrigens die Koalitionsfreiheit nicht in dem Maße an, wie sie sie hier immer fordern; das beweisen die andauernden Klagen aus sozialdemokratischen Betrieben. — Der Abg. Bauer beteiligte alle Staatsarbeiterorganisationen, indem er sagte, der- und wehmützig hätten sie auf das Streikrecht verzichtet; sie haben freiwillig anerkannt, daß es für sie nicht in Frage kommt. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) — Die christlichen Organisationen werden nicht ruhen, bis das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter feste gesetzliche Formen bekommen hat. (Bravo! bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.) — Daß der Militärarbeiterverband in die gegenwärtige unangenehme Situation geraten ist, daran ist einzig und allein die Verbandsleitung selbst schuld. Sie hat alles getan, damit Vertrauen zu diesem Verbands nicht aufkommen konnte. — In der Staatsarbeiterbewegung haben wir neben den christlichen Verbänden noch vollkommen neutrale, deren Neutralität auch die Sozialdemokratie einschließt. In solchen Verbänden gewinnt stets die Sozialdemokratie die Führung; deshalb darf Neutralität nur gegenüber den bürgerlichen Parteien geübt werden, die Sozialdemokraten müssen ausgeschlossen bleiben. Nach diesem Grundsatze verfahren die christlichen Gewerkschaften. Der Geist des Militärarbeiter-Verbandes zeigt viel Verwandtes mit dem Münchener Eisenbahnerverband, dessen Tätigkeit weit hinaus geht über die einer Berufsorganisation; so meugt er sich direkt in den Wahlkampf ein. Eine Warnung vor dem Militärarbeiterverband seitens der Behörde war deshalb durchaus am Platze. (Zustimmung rechts.) — Es liegt gar nicht im Interesse der Staatsarbeiter, sie im unklaren darüber zu lassen, daß sie der Sozialdemokratie nicht neutral gegenüberstehen können; denn sehr viele Gruppen von Staatsarbeitern wünschen in die Beamtenstellung überzugehen. — Herr Dr. Müller-Reinigen wandte sich gegen jede Beschränkung des Koalitionsrechts. Aber der Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens verlangt, daß in seinem jüdischen Hause ein Mitglied des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes angestellt wird und diesem Verein gehören bekannte Mitglieder dieses Hauses z. B. Herr Waldstein an. (Hört! hört! rechts.) Die Herren sollen also erst vor ihrer eigenen Tür stehen. (Bravo! rechts.)

Abg. Weinhausen (Wp.): Es ist bedauerlich, daß keine ernsthafte sozialpolitische Debatte in diesem Hause mehr möglich ist ohne das ewige Organisationsgezwänge, wie es Herr Behrens wieder vorbrachte. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Antwort der Regierung hat uns sehr wenig befriedigt. Ein Koalitionsrecht mit so vielen Löchern wäre keine Interpellation wert. Die Antwort des Staatssekretärs hat bewiesen, daß das Koalitionsrecht dringend des Ausbaus bedarf. Der Staatssekretär hat gestern die Gewerkschaftszynikta verurteilt, so sehr, daß der Zentrumsredner erleichtert aufatmen konnte, er habe dem nichts hinzuzufügen. Aber in christlichen Gewerkschaftskreisen selbst urteilt man ganz anders, auch in den Kreisen, die Herrn Kollegen Behrens nahe stehen, wird der Standpunkt geteilt, den mein Freund Müller-Reinigen gestern hier vertreten hat. Die Staatsbehörde hat wohl die Macht, eine Arbeiterorganisation zu schädigen; aber sie groß zu loben, dazu reicht ihre Autorität nicht aus; weit eher erwidert sie durch ihr Volk Weisheiten bei den Arbeitern. (Sehr richtig! bei der Volkspartei. Leider! rechts.) — Der Kriegsminister hat in seiner Antwort lediglich die Anschuldigungen gegen den Militärarbeiterverband wiederholt, die wir für unrichtig halten und deren Aufklärung wir durch die Interpellation erreichen wollten. General Wandel hat nun heute das Sündenregister des Verbandes vorgeführt. Ist es denn so unerhört, wenn in Arbeiterversammlungen oder Zeitungen starke Ausdrücke fallen? Solche Ausdrücke finden sich auch in dem von Behrens redigierten 'Vergnügen'. Sie waren zudem oft nur Antworten auf Angriffe der Verwaltung. General Wandel hat sich auf die Äußerung des Vorsitzenden des Verbandes berufen, der Erlass habe dem Verbands nichts geschadet. Soll denn der Vorsitzende in alle Welt hinausrufen: Unser Verband ist verboten, tretet schelmigst aus? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Der Kriegsminister verweist auf die Arbeiterausschüsse und sagte, ein Bedürfnis nach weiteren Instanzen sei auf seiner Seite nicht vorhanden. Das ist derselbe Standpunkt, den in den achtziger Jahren Freiherr v. Stumm vertrat, der die Fabriklore vor der Senke der Organisation verhielt. Gehobener hat es ihm nicht, so väterlich er auch für die Arbeiter sorgen wollte. Ebenso väterlich, meinte der Abg. v. Winterfeldt heute, sorge der Staat für die Arbeiter. Derselbe Herr hat als Provinzialdirektor von Brandenburg das Verbot des Bundes der Pfleger und Pflegerinnen in Neuruppin mit seinem Namen gedeckt. Dieser veraltete Standpunkt ist heute nicht mehr aufrecht zu erhalten. Die Verhandlungsfähigkeit der Verbände ist heute vielfach anerkannt, das beweisen die Tarifverträge. Wir verlangen vor allem als Korrelat der Beschränkungen des Koalitionsrechts der Staatsarbeiter eine größere Sicherung der Existenz der Arbeiter, eine Einschränkung des Kündigungrechts. Ebenso sollten die sozialen Einrichtungen der Betriebe ausgebaut werden, die Reifestversorgung, die Arbeiterausschüsse. Immer noch wird jedes Verhandeln mit den Berufsorganisationen abgelehnt, obwohl der Reichstag wiederholt die Anerkennung der Berufsvereine verlangt hat. — Eine Änderung der Praxis werden wir nach den gestrigen Erklärungen der Regierung nicht zu erwarten haben. Trotzdem wollen wir nicht mit dem großen Geschrei eines Misstrauensvotums vorgehen, denn es handelt sich hier nicht um eine Frage der Gesamtpolitik. Wir wünschen aber, daß die Regierung ihre Stellung ändert. (Beifall bei der Volkspartei.)

Abg. Böhle (Soz.): Seit Jahren haben wir hier Klagen zu führen gehabt über das Vorgehen der Verwaltungen gegen sogenannte sozialdemokratische Organisationen in den Betrieben. Da haben aber die bürgerlichen Parteien stets geschwiegen. Wir haben auch seit Jahren darauf hingewiesen, daß die Behandlung und die Löhne der Staatsarbeiter nicht so sind, wie sie sein sollten. Wir haben

Minimallöhne für die Staatsarbeiter und eine einheitliche Festlegung ihrer Rechte verlangt, hat dessen hat der Staatssekretär eine Stellung eingenommen, die

staatlicher Mittel zu unterstützen, ist ein neuer Versuch für seine parteipolitische „Neutralität“.

### Lesende.

**Soffen.** Am Donnerstag, den 12. Dezember, findet im Lokale des Herrn Scherker, Parußer Straße, gemeinschaftlicher Lesabend statt. Tagesordnung: Die Schögen wir unsere Kinder vor Ausbeutung? Referentin Frau Siebel-Kaufmann, Wilmersdorf-Dalenssee. Der Lesabend fällt aus.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

**Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.** Montag, den 16. Dezember, 8½ Uhr, in Kellers Neue Philharmonie, Köpenicker Straße 96/97: Einführungsvortrag zum Wagnerkongress mit musikalischen Erläuterungen. Vortragender: Dr. Alfred Guttmann.

**Ueber Stellungnahme zum Gebirgszwang (§ 218)** sprechen im Bund für Mutterrecht am Freitag, 13. Dezember, 8 Uhr, im Romanischen Café (Kurfürstendamm): Dr. jur. Otto Schinger, Dr. Helene Stöcker. Eintritt frei. Gäste willkommen. Diskussion.

## Jugendbewegung.

### Evangelische Jugendarbeit in Westdeutschland.

Der hauptsächlich in Rheinland und Westfalen dominierende „Westdeutsche Junglingsbund“, in dem die meisten evangelischen Jugendvereine des Westens zusammengeschlossen sind, hielt dieser Tage in Warmen seine Jahresversammlung ab. Aus dem Rechenschaftsbericht des Bundesdirektors Wehr (Wormen) geht hervor, daß der Bund jetzt 594 Vereine mit 51 593 Mitgliedern zählt. Gegen 1909 ist das ein Zuwachs von etwa 7000 Mitgliedern, denn der Bund zählte in diesem Jahre 44 484 Mitglieder. In Rheinland und Westfalen sind für die evangelische Jugendarbeit jetzt über 60 festbesoldete und freigestellte Jugendsekretäre tätig, die sich ausschließlich der Arbeit in den evangelischen Jugendvereinen zu widmen haben. Ferner besitzen diese Vereine 66 eigene Jugendvereinshäuser, die einen Gesamtwert von etwa 2½ Millionen Mark repräsentieren. Eine eigene Verlagsanstalt in Warmen besorgt den Vertrieb von zahlreichen Zeitschriften und der reichhaltigen evangelischen Jugendliteratur. So werden jährlich von diesen Vereinen in Rheinland und Westfalen allein etwa eine halbe Million Mark für evangelische Jugendarbeit ausgegeben. Die Quellen dieser gewaltigen Summe sind kirchliche Gemeinden, Unternehmer und bemittelte „Gönner“. Kirchengemeinden und Kapitalisten wissen eben sehr wohl, daß sich das in den Jugendvereinen angelegte Kapital indirekt sehr gut verzinsen wird. Bezeichnenderweise hält der Bund seinen Rechnungsabluß für das vergangene Jahr und den Haushaltsvoranschlag für das kommende Jahr geheim, will man doch offenbar die Öffentlichkeit nicht über die Einnahmequellen unterrichten.

Der Rechenschaftsbericht teilt weiter mit, daß sich in den Jugendvereinen besondere Pfadfinder-, Wandervogelabteilungen, Jugendwachen usw. gebildet hätten. Für das Ruhetagegebiet soll neben den Ortssekretären noch ein besonderer Bundesbezirkssekretär angestellt werden.

Ueber die Stellung zum Jungdeutschlandbunde referierte der bekannte Jugendpastor Weigle (Essen), der dafür eintrat, daß man dieser Bewegung zunächst abwarten und gegenüberstehen solle. Bemerkenswert ist noch, daß auf der Jahresversammlung viele Stimmen dafür laut wurden, in den evangelischen Jugendvereinen das religiöse Moment wieder mehr zu betonen. Der zweite Bundesvorsitzende, Pastor Riemüller (Elsfeld), führte in einem Referat: „Jurid zu den Quellen unserer Kraft“ aus, daß man sich wohl über alles freuen solle, was der Körper stärke, aber man dürfe das eigentliche Ziel nicht aus den Augen lassen. Gottes Wort müsse wieder der entscheidende Mittelpunkt der Vereinsarbeit werden. In Jesu Worten liege die Stärke der Kraft der evangelischen Jugendvereine. Leider händen manche Vereine in Gefahr, diese Quelle zu verlassen. Demnach scheint man noch immer nicht eingesehen zu haben, daß die heutige schulentlassene Jugend, dank der religiösen Ueberfütterung in der Schule, von Bibel- und Katechismusunterricht im allgemeinen nichts mehr wissen will.

Die evangelische Jugendarbeit haben wir, wenn wir deren Bedeutung auch keineswegs unterschätzen dürfen, noch weniger zu fürchten, als die Jugendarbeit der Ultramontanen. Sind doch von den 51 593 Mitgliedern der evangelischen Jugendvereine in Rheinland-Westfalen nur etwa 25 000 weniger als 20 Jahre a. H. Etwa 18 000 Mitglieder zählen schon über 25 Jahre, sind also schon nicht ausgewachsene „Jünglinge“.

Stehen der proletarischen Jugendbewegung auch nicht diese gewaltigen Mittel zur Verfügung, so hat sie doch die Unterstützung der modernen Arbeiterbewegung und die wirtschaftliche Entwickelung auf ihrer Seite. Und diese beiden Faktoren sichern ihr die Zukunft, weshalb dazu gewiß noch ein gewaltiger Kampf nötig sein wird: Ein Kampf, in dem die organisierte Arbeiterkraft noch große Opfer bringen muß und in dem alle denkenden Arbeiter-eitern ihre schulentlassenen Söhne und Töchter der proletarischen Jugendbewegung zuführen müssen. Gift es doch hier, den Kampf um unsere Jugend zu führen, das heißt: den Kampf um die Zukunft der Arbeiterbewegung!

## Soziales.

### Wie kann ein Taubstummer bei einer öffentlichen Wahl seine Stimme abgeben?

Bei den Gemeindeverordnetenwahlen in Sachsenhausen (Nieder-Barnim), die am 2. März 1911 stattfanden, wurde unter anderem der Schiffbauereibesitzer Scheiber gewählt. Der Arbeiter Leue und der Wäschefabrikant Mühl sahen die Wahl an. Sie vertiefen sich auf die feinsten Details, daß bei Abgabe einer Stimme mehr für den Gegenkandidaten dem Schreiber die Majorität gefehlt hätte. Demzufolge sei die Wahl ungültig, da ein Taubstummer, der Wähler Kirchner, der auf einem Zettel stehen hatte, was zur Stimmabgabe nötig war, zurückgewiesen worden sei, und zwar auch dann noch, als er einen anderen heranzöge, der den Zettel vorlesen sollte. (Kirchner wollte den Gegenkandidaten Mühl wählen.) Außerdem sei Mühl zurückgewiesen worden, als er auf Grund der Vollmacht einer Frau Zander für diese wählen wollte. Der Wahlvorstand habe die Vollmacht angezweifelt und habe auch nicht zugelassen, daß man die Frau Zander in das Wahllokal hole, damit sie die Notwendigkeit der Vollmacht behauptet.

Der Bezirksauschuss als Berufungsinstanz erklärte die Wahl Schreibers schon wegen der Zurückweisung des Taubstummen für ungültig.

Die Gemeindevertretung legte noch Revision ein. In der Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht am 10. Dezember wurden die Klagen Mühl und Leue durch Rechtsanwalt Dr. J. Herzfeld vertreten, der die Befähigung der Vorentscheidung beantragte.

Das Oberverwaltungsgericht bestätigte die Vorentscheidung, so daß es bei der Ungültigkeit der Wahl des Herrn Scheiber verbleibt. Gründe: Zunächst sei nicht gutzuheißen das Verfahren des Wahlvorstandes hinsichtlich der Vollmachtsfrage. Das Recht des Bevollmächtigten, die Zweifel des Wahlvorstandes an der Vollmacht zu beheben, hätte nicht beschränkt werden dürfen. Zu diesem Zwecke hätte die Frau Z., da es sich um eine öffentliche Wahl handelte, ruhig in das Wahllokal hineingelassen werden können. Hinsichtlich der Abgabe einer Stimme eines Taubstummen bei einer öffentlichen Wahl konnte es lediglich darauf an, ob sein Wille in so klarer, deutlicher Weise veräußert werde, daß daraus mit Sicherheit seine Absicht zu erkennen sei. Es gebe verschiedene Wege. Er könne sich eine Vertrauensperson nehmen, die für ihn spreche. Es könne aber auch durch Uebersetzung einer Schriftlichen oder ge-

brudien Uebersetzung geschehen. Sache des Wahlvorstandes sei es dann, sie laut zu publizieren. Damit würde er dann dem Erfordernis der öffentlichen Wahl gerecht. Anstatt dies hier zu tun, habe man dem Taubstummen sein Wahlrecht genommen. Bei dem vorliegenden Tatbestande sei demnach die Wahl ungültig.

### Verleitung eines Angestellten zum Verstoß gegen eine Konkurrenz-Klausel.

Nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts verstößt die Verleitung zum Vertragsbruch an sich noch nicht gegen die guten Sitten. Es müssen noch Umstände hinzutreten, welche die Verleitung als besonders sittenwidrig erscheinen lassen. Darin, daß eine Firma wiederholt Angestellte ihrer Konkurrenz zu sich herüber zu ziehen sucht und diese durch Zahlung der Konventionalstrafe zum Eintritt in ihr Geschäft verleitet, liegt, wie das Reichsgericht kürzlich anerkannt hat, ein Verstoß gegen die guten Sitten. Der frühere Prinzipal des Angestellten hat dann das Recht, gegen die Konkurrenzfirma auf Unterlassung der Beschäftigung des übergetretenen Angestellten zu klagen. Bei der vorliegenden Entscheidung handelt es sich um folgenden Sachverhalt:

Die Firma Felten u. Gullkaume, Karlsruher in Rülheim am Rhein, hatte durch Vertrag vom 1. März 1909 einen Reisenden B. angestellt; dieser war verpflichtet, innerhalb drei Jahren nach seinem Ausscheiden weder unmittelbar noch mittelbar bei einem Konkurrenzunternehmen tätig zu werden, das sich mit der Fabrikation isolierter Leitungsröhre und Leitungstabelle beschäftigt. Für den Zuwiderhandlungsfall war eine Konventionalstrafe von 10 000 Mark festgesetzt. B. bezog ein Gehalt von 15 000 M. Er kündigte seine Stellung zum 31. Dezember 1910 und trat am 1. Januar 1911 in die Dienste einer Konkurrenzfirma, der V. Elektricitätswerke in Berlin. Gegen diese Firma hat die Firma Felten u. Gullkaume Klage auf Unterlassung der Weiterbeschäftigung des B. erhoben. Die Klägerin machte geltend: die Beklagte habe den B. verleitet, zu kündigen und bei der Beklagten einzutreten, indem sie die Zahlung der Vertragsstrafe übernommen habe; die Beklagte habe dieses Abspenstigtmachen von Angestellten der Konkurrenz systematisch betrieben.

Das Landgericht Berlin hat die Beklagte verurteilt, bei Vermeidung einer erheblichen Strafe es bis zum 31. Dezember 1913 zu unterlassen, den B. zu beschäftigen. Das Landgericht führt aus, daß die Beklagte sich zweimal an B. mit der Aufforderung gewandt hat, sich in Berlin vorzustellen, und daß sie sich auch zur Uebernahme der Vertragsstrafe bereit erklärte. Das genügt, um die Annahme einer Verleitung zum Vertragsbruch zu rechtfertigen. Diese Verleitung verstößt auch gegen die guten Sitten; wenn die Beklagte, was für erwiesen anzusehen ist, im Laufe der letzten Jahre wiederholt Angestellte der Konkurrenz zu sich herüberziehen versucht hat, so ist das sittenwidrig. — Vom Kammergericht zu Berlin ist dagegen die Klage abgewiesen worden. Es meint, die Klägerin könne dem B. nicht verbieten, eine Stellung bei der Konkurrenz anzunehmen; sie könne nur Zahlung der Vertragsstrafe fordern. Wenn also von einem Vertragsbruch im gewöhnlichen Sinne nicht gesprochen werden könne, so könne die Beklagte den B. dazu auch nicht verleitet haben. Auch die von der Beklagten angewandten Mittel glaubt das Kammergericht nicht beanstanden zu können. Wenn die Beklagte in etwa acht Fällen verfehlt habe, Angestellte der Konkurrenz zu sich herüberzuführen, so liege darin kein Verstoß gegen das Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden.

Gegen diese Entscheidung legte die Klägerin mit Erfolg Revision ein; sie machte zur Begründung geltend: der Umstand, daß die Beklagte durch ihre Bereitwilligkeit, die Strafe zahlen zu wollen, den B. zum Bruch des Konkurrenzversprechens verleitet, und der weitere Umstand, daß ein gewisses systematisches Handeln der Beklagten vorliege, genüge, um eine Sittenwidrigkeit anzunehmen.

Das Reichsgericht hat am Dienstag das Urteil des Kammergerichts aufgehoben und das Urteil des Landgerichts wieder herabgesetzt, die Beklagte also zur Unterlassung der Beschäftigung des B. verurteilt. (Allgemeines: II. 333/12.)

## Gerichts-Zeitung.

### Durchstechereien.

In dem Prozeß wegen der Durchstechereien im Untersuchungsgefangnis plädierte gestern nach Schluß der Beweisaufnahme der Staatsanwaltsherr Dr. Schneider auf Schuldigpruch gegen sämtliche drei Angeklagte und beantragte gegen Dr. Wienstrud 600 M. Geldstrafe eventuell 30 Tage Gefängnis, gegen Feder drei Monate und gegen Sattler fünf Monate Gefängnis.

Nach ausführlichen Plaidoyers der Verteidiger beschloß das Gericht, nachdem in die Beweisaufnahme eingetreten und die Verhandlung deshalb heute (Donnerstag) fortzusetzen.

### Jahresfähigkeit auf einer Polizeiwache.

Eine Szene auf einer Polizeiwache, bei welcher durch das unvorsichtige Umgehen mit einer Browningspistole ein Schuhmann schwer verletzt worden war, lag einer Auflage wegen fahrlässiger Körperverletzung zugrunde, welche gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Zimmermann die 2. Strafkammer des Landgerichts II beschäftigte. Angeklagt war der berittene Schuhmann Emil Hoffmann.

Der Angeklagte war dem Depot IV für berittene Schulente am Planufer zugeteilt. Am 25. April d. J. gab der diensthabende Wachtmeister Langemann in der Wachtstube an eine größere Anzahl Schulente je 7 scharfe Patronen aus, die zum Schutze gegen etwaige Angriffe in mehreren sozialdemokratischen Versammlungen dienen sollten, die am Abend desselben Tages stattfanden und von den betreffenden Beamten überwacht werden sollten. Vorher sollten auf Anordnung des Wachtmeisters in der Wachtstube Zielübungen veranstaltet werden, wozu besondere Patronen, sogenannte Ziel- oder Exerzierpatronen, von dem Wachtmeister ausgegeben wurden. Diese Zielübungen wurden in der Weise vorgenommen, daß sich die Schulente in etwa 8 Metern Abstand in Reihen aufstellen mußten. Auf Anordnung des Wachtmeisters sollten die Schulente dann auf die Augen des ihnen gegenüber stehenden Kameraden zielen, damit diese gleich selbst beurteilen konnten, ob der Schuß gut abgegangen war, d. h. ob er im Ernstfalle auch gut getroffen hätte. Der Angeklagte Hoffmann, der sich im Stalle etwas verspätet hatte, nahm einen der gefüllten Patronenrahmen in der Meinung, daß er ebenfalls mit Zielpatronen gefüllt war, lud seine Pistole und trat dann ebenfalls in die Reihe, um sich an den Zielübungen zu beteiligen. Wie von einer dunklen Ahnung getrieben, weigerte er sich, auf die Augen des ihm vis-à-vis stehenden Schuhmanns Wendi zu zielen, mit dem Hinweis, daß er es schon vom Militär her wisse, daß man auch selbst mit einer ungeladenen oder mit Zielpatronen geladenen Waffe nicht auf einen Menschen zielen solle. Er erklärte, doch er lieber auf ein dicht hinter Wendi an der Wand hängendes Bild zielen wollte; das wurde ihm auch gestattet. In dem Moment, als er die Pistole abdrückte, machte der Schuhmann Wendi eine seitliche Bewegung. In denselben Augenblick sah W. auch schon mit einem lauten Wehrschrei zu Boden. Wie sich später ergab, waren die Patronen, die dicht nebeneinander lagen, verwechselt worden. Die Kugel traf W. in den Oberbauch, durchquerte den Hals und blieb im Genick stecken. Trotz der schweren Verletzung blieb der Betroffene am Leben; er ist sogar jetzt soweit wieder hergestellt, daß er einige Zeit Dienst tun konnte.

Gegen Hoffmann wurde Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung mit der Begründung erhoben, daß er es verabsäumt habe, ehe er die Waffe lud, sich genau davon zu überzeugen, ob es sich um scharfe oder um Zielpatronen handele. Das Schöffengericht Tempelhof verurteilte ihn auch zu 20 M. Geldstrafe. Gegen dieses Urteil legte der Angeklagte Berufung ein. Sein Verteidiger machte vor der Strafkammer geltend, daß von irgendeiner Fahrlässigkeit des Angeklagten keine Rede sein könne. Der Angeklagte, der im Stalle zu tun hatte, sei erst in die Wachtstube gekommen, nachdem der Wachtmeister seine dienstlichen Instruktionen beendet hatte. Als er den Befehl erhielt, an den Zielübungen teilzunehmen, mußte er

doch mit aller Bestimmtheit annehmen, daß die von dem Wachtmeister ausgegebenen 7 Patronen zu den Zielübungen bestimmt seien, außerdem seien beide Patronenarten sehr ähnlich aus. Der Polizeimajor Bedmann behauptete, daß es eine grobe Unvorsichtigkeit seit des Wachtmeisters sei, vor einer Zielübung scharfe Patronen auszugeben. Es entspräche auch ferner nicht der Praxis, scharfe Patronen schon am Nachmittag auszugeben, die erst am Abend bei etwaigen Ausschreitungen in Versammlungen zur Anwendung kommen sollen. — Das Gericht kam zu einer Freisprechung des Angeklagten, da es eine Fahrlässigkeit auf seiner Seite nach keiner Richtung hin als vorliegend ansah.

### Schwere Kuppellei.

Ein trübes Sittenbild entrollte eine Verhandlung, welche gestern die 3. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Wegen schwerer Zuhälterei und Bedrohung mit dem Todschlag war der Photograph Heinrich Ouland angeklagt. Wie die unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführte Beweisaufnahme ergab, hatte der Angeklagte unter den brutalsten Mißhandlungen seine Ehefrau gezwungen, auf die Straße zu gehen. Der ihm abgelieferte Verdienst wurde von dem Angeklagten in den Kneipen und am Spieltisch durchgebracht. Wenn ihm das abgelieferte Geld nicht genügte, jagte er die Frau unter Schlägen und den schwersten Drohungen zum zweitenmal auf die Straße hinaus. Durch die fortgesetzten Drohungen, sie „toll zu machen“, wagte die Frau überhaupt nicht Anzeige zu erstatten. Eines Tages fand sie endlich nach einer neuen schweren Mißhandlung den Mut, zur Polizei zu gehen. Das Gericht hielt es für notwendig, den Angeklagten auf möglichst lange Zeit unbeschäftigt zu machen. Das Urteil lautete auf drei Jahre Gefängnis, nach deren Verbüßung der Angeklagte auf mindestens ebenso lange Zeit dem Arbeitshause überwiesen werden wird.

### Arme Christen!

In dem Karbidwerk zu Freyung im Bayerischen Wald sahen sich die Arbeiter gezwungen, in den Streik zu treten, weil die Direktion sich weigerte, für die höchst gesundheitsgefährliche Arbeit mehr als 2,00 bis 2,50 M. zu bezahlen, und die Behandlung hart und ungerecht ist. Bei Ausbänden ist bekanntlich den Arbeitern ein sehr wirksames Hilfsmittel eine arbeiterfreundliche Presse. Im vorliegenden Fall läme für die Streikenden die Zentrums-Presse in Betracht, die den Bezirk beherrscht, aber in diesem Punkte sehen sich die armen Christen jämmerlich verlassen. Sie können ihre Darstellung über die Ursachen der Lohnbewegung nur im Inzerentheil der ultramontanen „Donauzeitung“ des Abg. Dr. Richter veröffentlichen! Das ist sehr bezeichnend für die Art und Weise, wie die Zentrums-Presse Arbeiterinteressen vertritt. Und trotz aller Mißhandlungen lassen sich noch so viele Arbeiter vom Zentrum als Schuttruppe mißbrauchen.

## Aus aller Welt.

### Die duldsame Kirche.

Daß gegen einen 13jährigen Knaben ein hochnotpeinliches Verfahren wegen Gotteslästerung angestrengt und zur Aburteilung gebracht wird, dürfte nicht allzuoft vorkommen. Einzig dastehend aber ist der „Tatbestand der Gotteslästerung“, wie er in der Verhandlung gegen den Sänder vor der Strafkammer in Mühlhausen i. Gif. festgestellt wurde.

Vor einigen Monaten wurden in dem Dorfe Sausheim die Kinder zur ersten Kommunion geführt. Unter den Erstkommunikanten befand sich auch der 13 Jahre alte Sohn des Arbeiters Bäcker. Nach kirchlicher Vorschrift darf vor Empfang der Hostie nichts genossen werden. Auch der Junge, der sich schon einige Tage nicht wohl fühlte, trat nüchtern an die Kommunionbank. Als ihm der Geistliche die Hostie gereicht hatte, wurde der Junge von einem Brechreiz befallen, so daß die Hostie aus dem Munde wieder herausgeschleudert wurde.

Nachdem der Geistliche seiner vorgesetzten Behörde von dem Vorfall Mitteilung gemacht hatte, ordnete diese die Abhaltung eines Sühnegottesdienstes an. Auch wurde gegen den Jungen Strafantrag wegen Gotteslästerung gestellt. Der Gerichtshof kam zu der Ueberzeugung, daß ein Verschulden des Jungen nicht vorliege. Das Urteil des Schöffengerichts, das einen Verweis erteilt hatte, wurde daher aufgehoben und der Angeklagte freigesprochen.

In heilstem Glanze erstrahlen Kirche und Staatsanwaltschaft. Die erste ordnet einen Sühnegottesdienst an, weil einem hungrigen Knaben unwohl wird und letztere nimmt gottgegeben den Strafantrag wegen Gotteslästerung entgegen. Höher geht's wohl nimmer!

### Des Eifersüchtigen Rache.

Unverwundete Liebe hat in dem lothringischen Orte Dettingen einen 27jährigen Monteur zum Giftmörder gemacht. Der Monteur forderte ein Mädchen, dem er sehr zugetan war, auf, in eine baldige Heirat einzuwilligen. Da das Mädchen ablehnte, schickte er sowohl dem Mädchen, als auch einem in demselben Hause wohnenden jungen Manne, auf den er Grund zur Eifersucht zu haben glaubte, Gift in den Kaffee. Das junge Mädchen starb unter schrecklichen Qualen, der junge Mann ringt mit dem Tode.

### Ein Schulkastellan als Prügelmeister des Direktors.

In der Lutherschule in Gotha, einer Volksschule, bestand die verwirklichte Gerechtigkeit, daß die Lehrer dem Rektor diejenigen Kinder vorführten oder anzeigen, die sie mit Prügelstrafe bedanken wollten. Die Lehrer prügelten demzufolge nicht selbst, höchst selten. Aber um so mehr ließ der Schuloberst prügeln. Der Rektor (Kausch) ließ sich zu diesem Zwecke stets den Schulkastellan in sein Zimmer kommen und gab ihm den Stock in die Hände. Da in letzter Zeit einige Knaben in furchtbarer Weise geprügelt wurden, kam die Sache an das Licht der Öffentlichkeit und der unbedingte Prügelmeister wird nicht mehr mit solchen Aufträgen bedacht.

### Kleine Notizen.

**Brudermord.** In Schönhorn bei Danzig wurde der Uhrmachermeister Lesdau in seinem Hause ermordet und herausgefunden. Der Mörder hatte das Haus angezündet, um so die Tat zu verdecken. Als mutmaßlicher Täter ist der Bruder des Ermordeten, der Glasmeister Julius Lesdau, verhaftet worden.

**Dampferzusammenstoß im Rieker Hafen.** Der deutsche Postdampfer „Brig Albert“ übertraute im Nebel im Rieker Hafen den Schlepddampfer „Margarete“. Der letztere sank sofort. Die Mannschaft wurde gerettet.

**Tödlicher Unfall im Variété.** Ein schwerer Unfall ereignete sich am Dienstagabend in einem Variété Variété. Der Kunstgärtner Karl Robert verfiel bei einer seiner Vorstellungen einem Schuß und tötete durch die fehlgehende Kugel einen seiner Gehilfen auf der Stelle. Das Publikum geriet in furchtbare Erregung, und es konnte nur mit Mühe eine Panik verhindert werden. Die Vorstellung wurde sofort abgebrochen.

**Schweres Baumglatz.** Ein schwerer Unfall ereignete sich am Dienstag bei dem Bau einer Villa in Arcachon (Südfrankreich). Dort stürzte das Baugerüst zusammen, wobei fünf Arbeiter getötet und fünf andere schwer verletzt wurden.

**Gewaltige Petroleumexplosion.** Im dem Depot der Standard Oil Company in Brooklyn erfolgte Mittwoch früh eine Explosion, wodurch 40 000 Galonen Petroleum (1 Galone fast etwa 3½ Liter) vernichtet wurden. Soweit bis jetzt festgestellt, ist eine Person dabei ums Leben gekommen.

# A. Jandorf & Co

Spittelmarkt Belle-Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

**Sonntag den 15. Dezember von 12 bis 8 Uhr geöffnet.**

In dieser Woche auf Wunsch bei Einkäufen die

## Doppelte Anzahl Rabattmarken

Von dieser Vergünstigung sind Lebensmittel und wenige Artikel ausgenommen.

Jeder Käufer erhält ein  
**schönes Geschenk**

**Zum Weihnachtsfest!**

<b>Herrn-Anzüge</b> Herrn-Ulster Herrn-Paletots Knaben- und Jünglings-Garderobe Schuhwaren Schirme, Wäsche Kinder-, Mädchenkleider, Anzüge u. Paletots	<b>Möbel</b> Jeder Art, besonders einzelne Ersatzstücke <b>Kleinformel</b> beliebte Geschenke <b>Trumeaus</b> <b>Vertikos</b> Teppiche Gardinen	<b>Damen-Kostüme</b> Damen-Paletots Damen-Ulster Blusen, Röcke Leib- und Bettwäsche Manufakturwaren jeder Art Schuhwaren Schirme
--	--	--

Anzahlung... von M. 5.- an,  
Wochenraten von M. 1.- an.

**Grosse Posten Herren- und Damen-Ulster, sowie Pelzstolas und Muffen**  
**unter Preis!**

Kleinste Anzahlung! Grösste Auswahl!  
Kleinste Raten! Grösste Kulanz!

**Richard Krumbek**  
154 Frankfurter Allee 154  
Ecke Niederbarnimstrasse

**Getragene Monatsgarderobe.**

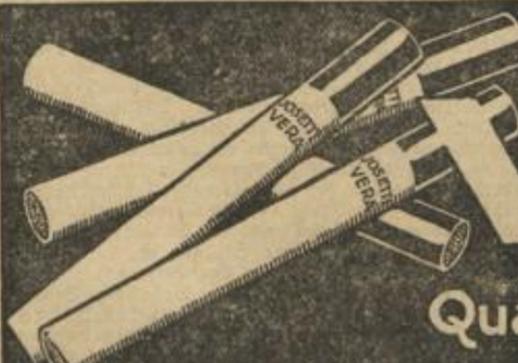
Heute und folgende Tage: Verkauf von gebrauchten Maßanzügen, Maßpaletots, Ulster etc., welche teils von ersten Schneidern sind, auch einzelne auf Seide gearbeitet. Ferner elegante neue Herrenkleidung in prima Ausführung:

Jackett-Anzüge	M. 12.-	16.-	22.-	etc.
Herrn-Paletots	10.-	14.-	18.-	
Ulster	12.-	16.-	24.-	
Rock-Anzüge	12.-	16.-	24.-	
Gehrock-Anzüge	18.-	23.-	29.-	
Frack- u. Smoking-Anzüge	24.-	28.-	33.-	
Herrn-Beinkleider	5.-	7.-		

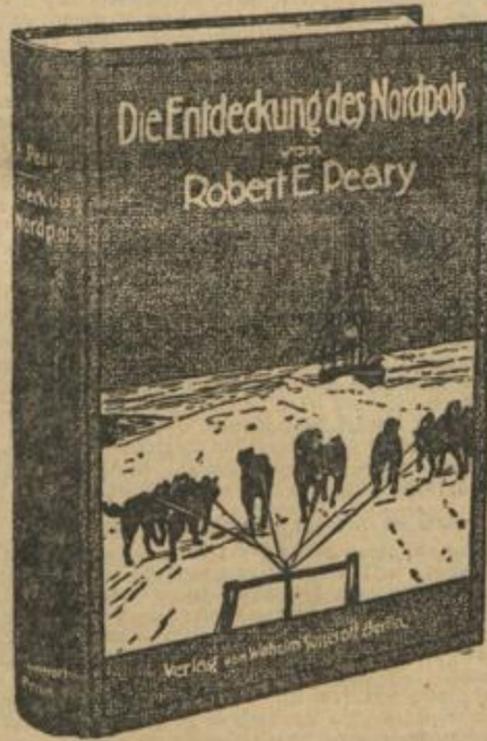
Frack-Gesellschaftsanzüge werden verliehen.

**Herren-Garderobenhaus** nur Friedrichstr. 127

Sonntag v. 8-10 u. 12-8 Uhr geöffnet.



*Josefetti*  
**VERANO**  
Qualitäts-3 Pfg. Cigarette



**Weihnachts-Prämie**

für die Abonnenten  
des „Vorwärts“

**Robert E. Peary**

Die  
Entdeckung  
des  
Nordpols

Mit einem Geleitwort von  
**Theodor Roosevelt**

Mit über 100 Bildern  
nach photographischen Aufnahmen

Gut gebunden Preis nur **3<sup>50</sup>** Mk.

**Ein schönes Weihnachts-Geschenk**

Zu beziehen durch Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69, sowie alle Ausgabestellen des „Vorwärts“.

**Schallplatten**  
Verleih-Institut.  
Auch nach auswärt. Prospekt gratis.  
Karl Berbe, Berlin 31  
Neue Königstrasse 35.

**Patente etc.** erwirkt u. verwertet anerkt. schnell  
Civ.-Ing. Jaeger & Dr. Breslauer  
Berlin, Gitschinerstr. 106, n.d. Pat.-Amt  
Das beratende Nachschlagebuch: „Wie muss eine Erfindung für die Verwertung beschaff. sein“ gratis u. franko

Gegründet 1894



**Pelz-**  
waren.  
Engros-Export:  
S. Schlesinger,  
Neue Königstr. 21  
Ordnungshaus  
Kein Laden!  
II. Etage.  
Einzelverkauf  
wie alljährlich zu  
billigsten Preisen.  
**Pelz-Stolas**  
**Muffen**  
Chick garnierte  
Damenpelzhüte  
federleicht.  
Reparaturen sauber und billig.  
Sonntag geöffnet.  
Bitte genau auf Hausnummer  
21 zu achten.



Reparaturen. Spez.: Un-  
erlässlich saubere Menur  
für Schüler. Tonverbesser-  
ung, auf Wunsch auch solche,  
die dem alt-italienischen Tone  
ähnlichend ähnlich ist. Wesent-  
liche Vorteile und wertvolle  
Ratengabe für Vorkurs-  
abonnenten. Ungebrochen  
ebrende Anerkenntnisse.  
**Emil Toussaint.**  
Werkstätte für Kunstgeigenbau  
in Berlin N. 24, Kl. Hamburgerstr. 17.

## Simpli-Kakao als Hausgetränk

erheblich billiger als Kaffee!

50 Tassen Kakao = 1/2 Pfund = 60 Pfg.

Bei der herrschenden Teuerung ist Kakao das rationellste und billigste Hausgetränk. Kaffee ist im Preise fast unerschwinglich geworden. Simpli-Kakao ist nicht bloß billiger und ausgiebiger als Kaffee, sondern besitzt auch einen hohen Nährwert und trägt beim Genuß im Gegensatz zum Kaffee zur Sättigung wesentlich bei. Kakao ist dem Körper zuträglich, Kaffee schädigt ihn. Simpli-Kakao ist anerkannt gut, man hat ihn deshalb in vielen Kreisen als Hausgetränk eingeführt. Simpli-Kakao wird nur in Originalpackung zu 1/2, und 1/4 Pfund verkauft, in garantierter Original-Fabrikfüllung. Die Simpli-Fabrikate (auch Schokoladen, Pralinen, Katsenzungen usw.) werden in vollendeter Weise hergestellt von der Firma „Sarotti“ A.-G., Berlin.

Man frage überall nach Simpli-Kakao!



**Diese Woche**  
enorm billiger Verkauf  
einer großen Partie  
Echte Perser  
Teppiche!!  
Kelimis!!  
Djijims!!  
Gebetsstüde!!  
wenig fehlerhaft.  
**Teppich-Lefèvre**  
Berlin S. Seit 1882 nur  
Oranien-Straße 158.

Abgeordnetenhaus.

105. Sitzung. Mittwoch, den 11. Dezember 1912, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Breitenbach, Sydow.

Zweite Lesung des Schlepplimonopolgesetzes.

Es wird zunächst die Emdener Frage besprochen. Handelsminister Dr. Sydow gibt Auskunft über die Verweigerung der vom Fürstentum verlangten Konzession für einen Auswandererhafen in Emden und führt aus, daß eine solche Konzession die bestehenden deutschen Schifffahrtslinien schwer geschädigt haben würde...

Die Abg. v. Schumann (L.) und von dem Hagen (B.) erklären diese Entschädigung für Emden als ungenügend, für diesen preussischen Hafen müsse mehr geschehen.

Abg. Haeberling (natl.), der Oberbürgermeister von Emden, bedauert diese Entscheidung und hofft von der Zukunft das Beste.

Abg. Lippmann (Sp.) fordert die Staatsregierung auf, sich doch endlich des Algenbrüdes Stettin anzunehmen. Für Emden hat man bereits 40 Millionen ausgegeben, als aber für die Vertiefung des Stettiner Hafens 5 Millionen aufgewendet wurden...

Abg. Graf Wolke (H.) billigt die Emdener Entscheidung, die die Hoffnungen des Auslandes auf Schädigung der großen deutschen Gesellschaften enttäuscht hat.

Damit ist die Emdener Angelegenheit durchgesprochen, man wendet sich wieder dem Schlepplimonopol zu.

Ein neuer Kompromißantrag v. Armin v. Jäsekom (L.) - Freiherr v. Jedlig (H.) will Fahrwege, die lediglich den Dortmund-Emskanal benutzen, in den ersten 15 Betriebsjahren des Rhein-Weiser-Kanals vom staatlichen Schlepplimonopol freilassen; nachher oder wenn durch eine zusammengeführte mechanische Schleppeinrichtung ein Nebeneinander von staatlicher und privater Schleppeinrichtung unmöglich wird, kann das Schlepplimonopol hier durch künftige Verordnung eingeführt werden...

Dieser Kompromißantrag wird von der Rechten, dem Zentrum und einem Teil der Nationalliberalen angenommen. Damit ist die allgemeine Verprechung beendet.

Abg. Lippmann (Sp.) bemerkt persönlich: Abg. Leinert hat gestern ausgeführt: „Sie reizen den Eisenbahnminister an, seine Arbeiter noch mehr zu misshandeln!“ Ich hoffe, dieses „Sie“ ist klein geschrieben, andernfalls würde ich mich sehr lebhaft dagegen verhalten. (Beifall links.)

Abg. Leinert (Soz.): Ich habe diese Bemerkung in Verbindung damit gebracht, daß in der Kommission der Minister für die Einbringung des Schlepplimonopolgesetzes nicht die geringste Anerkennung der bürgerlichen Parteien gefunden hat. Das habe ich festgenommen und dazu bemerkt, daß der Minister doch immer so außerordentliche Zustimmung findet, wenn er hier seine Grundsätze über die Vergewaltigung der Arbeiter vorbringt. (Mruhe rechts.)

Es folgt die Einzelberatung. Abg. Leinert (Soz.) begründet zwei Anträge, von denen der erste die Schlepplimonopolrechte auf die Kostenbedeckung der Betriebe und der Unterhaltung beschränkt und der zweite die Beförderung von Nahrungsmitteln (Getreide, Gemüse, Feld- und Gartenfrüchte, Obst) und Futtermitteln zu den niedrigsten Tariffüssen sichern will.

Durch die Annahme unserer Anträge würden die hier lautgewordenen Bedenken über Behinderung des Verkehrs beseitigt werden. Wenn Ihre Worte nicht lediglich leere Worte sein sollen, sondern wenn Sie wirklich das Schlepplimonopol so ausgestalten wollen, daß es dem Verkehr genügt und ihn befördert, so müssen Sie unsere Anträge annehmen und nicht der Regierung das Monopol als ein Mittel in die Hand geben, neue Einnahmen zu erzielen. Als die Eisenbahnen verstaatlicht wurden, wurde von der Regierung erklärt, das gesamte alles im Interesse des Allgemeinwohls. Ähnlich aber sind die Eisenbahnen die stärkste Einnahmequelle Preußens geworden und wenn das Abgeordnetenhaus nicht einen Sieg vorchiebt, kann das Schlepplimonopol dieselbe Entwicklung nehmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Beförderung der Nahrungsmittel zu den niedrigsten Sätzen beantragen wir, um dem Monopol die agrarischen Wirtschaften auszubrechen; wir wollen damit die Absichten derjenigen durchkreuzen, die das Schlepplimonopol in das Kanalgesetz hineingebracht haben, um eine Verteuerung der Lebensmittel auch auf diese Weise herbeizuführen. Das Schlepplimonopol auf den westlichen Wasserstraßen wurde von den Großgrundbesitzern insbesondere deshalb in das Wasserstraßengesetz hineingebracht, um den Raubzolltarif besonders den Grundbesitzern im Ruhrrevier schäblich zu machen. Wenn die bei den Feuerungsdebatten abgegebenen Erklärungen der bürgerlichen Parteien, daß sie die Regierung in der Bekämpfung des Notstandes unterstützen wollen, nicht nur Heuchelei sein soll, dann müssen Sie unseren Antrag annehmen. Wir verlangen ferner die billige Beförderung der Futtermittel im Interesse der Kleinbauern und der Förderung der Schweinezucht zur Verbilligung des Fleisches. Hier können Sie zeigen, ob Sie ein Herz für den Kleinbauern haben, der ohnehin durch die Verteuerung der Beförderung von Kohlen, Hien, Baumaterialien und Petroleum geschädigt wird. Wenn Sie allerdings unsere Anträge nicht annehmen, dann wird das Volk sehen, daß Sie jede sich bietende Gelegenheit benutzen, um den Interessen der Großgrundbesitzer zu dienen und das Volk zu schädigen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Lippmann (Sp.): Wir sind für jede Erleichterung, daher auch für diese Anträge.

Die Anträge werden gegen die Sozialdemokraten und Fortschrittler abgelehnt. — Zu § 5 beantragen die Sozialdemokraten Entschädigung der durch die Verstaatlichung geschädigten Anwesenden und Arbeiter.

Abg. Leinert (Soz.):

Die Annahme des Antrages v. Armin macht den unsrigen nicht überflüssig, weil man nicht voraussehen kann, ob nicht Arbeiter und Angestellte durch das Schlepplimonopol doch geschädigt werden. Diesen wollen wir für diesen Fall Schadenersatz sichern und zur Vorbeugung für diese Eventualität bitten wir um Annahme unseres Antrages.

Abg. Dr. v. Campe (natl.): An sich ist ja der Antrag in seinem Grundgedanken sympathisch, aber ist durch § 1 erledigt.

Abg. Lippmann (Sp.) stimmt dem zu.

Abg. Leinert (Soz.):

Rein, so ist es nicht. Im Wasserstraßengesetz wurde festgestellt, daß es sich hier um Schädigungen handelt, die entstehen können schon vor dem Monopol durch Uebernahme von Privat Schiffen durch den Staat, wobei man nicht wissen kann, ob die Arbeiter anderweitige Arbeit erhalten, und daß sie viel schwerer geschädigt werden können als die Schiffseigner. Gelöst könnte die Frage werden durch eine Erklärung der Regierung, daß sie eine solche Uebernahme nicht beabsichtigt.

Abg. v. Campe (natl.): Ja, wenn ein Unternehmer sein Geschäft verkauft, haben da die Arbeiter einen Entschädigungsanspruch? Das wäre ja ein Ausnahmefall, und die wollen Sie doch nicht. (Beifall bei den Nationalliberalen — Oh! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Leinert (Soz.):

Ein Ausnahmefall wäre das höchstens durch gerechte Behandlung der Arbeiter. Herr v. Campe, lesen Sie doch die Rede Ihres Reaktionsredners zum Petroleummonopol im Reichstag. Der verlangte dasselbe, wie wir hier. Der Campesche Vergleich stimmte auch nicht, denn es ist doch so, als ob der Staat einen Teil einer Fabrik übernimmt, da muß er die um die Arbeit kommenden auch entschädigen. Wollen Sie diese Leute aber auf die Einführung des Monopols im ganzen vertrusten, auf 10 bis 20 Jahre vielleicht, dann sind sie verhungert. (Oh! bei den Nationalliberalen. Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Campe (natl.): Solche Ueberreibungen richten sich von selbst. Wir werden schon für Entschädigung der durch das Monopol Geschädigten sorgen.

Der Antrag der Sozialdemokraten wird gegen diese und vereinzelte Fortschrittler abgelehnt.

Das Gesetz wird angenommen, dann auch noch das nieder-rheinische Entwässerungsgesetz.

Es folgt der Antrag Gottschall (natl.) auf einheitliche Regelung der Schulpflicht und der Folgen unregelmäßigster Schulverläufe.

Abg. Gottschall (natl.) wendet sich gegen die bestehende Dunt-schuldigkeit. Vereinzelt Provinzialparlamenten sollen berücksichtigt werden.

Die Abg. Hedenroth (L.), Glatfelter (B.), Hoff (Sp.) sprechen sich mehr oder minder freundlich für den Antrag aus.

Abg. Berthold (Soz.): Keinen Parteifreunden gefällt der Antrag nicht so recht, er hat eine zu nationalliberale Färbung. Der Antrag sollte den ausgeprochenen Zweck haben, die Schulpflicht und die Schulverläufe nach einheitlichen Gesichtspunkten zu regeln. Daran liegt uns am meisten, denn gerade der bestehende Mangel an Einheitlichkeit hat zu Mißständen geführt. Wenn nun besondere Verhältnisse berücksichtigt werden sollen, dann wird die Einheitlichkeit durchlöcher. Aber trotz dieses Schönheits-fehlers werden wir für den Antrag stimmen, damit sich eine möglichst große Mehrheit für ihn ergibt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag wird angenommen. Ein fortschrittlicher Antrag verlangt einen Gesetzesentwurf zum

Schutz der Naturdenkmäler.

Die Agrarkommission beantragt, die Regierung zu ersuchen, auf einen vermehrten Schutz der Naturdenkmäler in geeigneter Weise Bedacht zu nehmen.

Abg. v. Wendt (L.) bezeichnet den Schutz der Naturdenkmäler als Aufgabe freiwilliger, nicht aber gesetzgeberischer Tätigkeit.

Abg. Wenke (Sp.) führt aus, daß sich in der Kommission die Konservativen recht unfreundlich zu der Sache gestellt haben. Oldenburg und Sachsen haben längst solche Gesetze gemacht, tun wir es auch.

Abg. Heine (natl.) betont die Wichtigkeit der Aufklärung durch Schule und Presse.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Die Kommission hätte der sympathischen Tendenz des Antrages energischer folgen können. Unsere Naturdenkmäler haben doch einen unersehbaren Wert und wenn sie verwüstet sind, ist es ungemessen schwer, das wieder gutzumachen. Welch jahrhundertlange Arbeit der Natur war nötig, um ihre Schönheit zu schaffen. Das kann alle Kunst und Technik nicht ersetzen. Gewiß können Schule und Presse noch mehr zur Abhilfe gewisser Vandalismen tun. Aber übersehen wir nicht das große Naturbedürfnis der Großstädter, das sie hinausstreift in die Umgebung. Das und nicht irgend eine Verrohung der Großstädter schädigt die Naturdenkmäler. Das ist einfach eine natürliche Folge der ungesunden Menschenanhäufungen in den Großstädten, wo man überdies infolge der grausamen Trennung von dem natürlichen Mutterboden, auf dem die Menschheit großgewachsen ist, nicht jene innige Kenntnis der Natur und Fühlung mit ihr hat. Nicht Arbeit, sondern natürliches Bedürfnis läßt die Stadtbilder, die so selten einmal aufs Land kommen, ein paar Wälder abtreiben.

Die Voraussetzung des Naturschutzes ist die Beschaffung genügender Spiel- und Erholungsplätze in den Großstädten, ihr Umbau in Gartensiedle statt der elenden heutigen Baumweise.

Es handelt sich hier um das tiefe Problem, die unnatürliche Trennung von Mensch und Natur wieder aufzuheben und den Menschen wieder aus dem Mutterboden der Natur die natürlichen Kräfte schöpfen zu lassen. (Beifall auf verschiedenen Seiten.)

Abg. v. Wendt (L.) weist die Behauptung Wenkes von der Naturschutzpflichtigkeit des Großgrundbesitzes zurück.

Abg. Dr. Schepp (Sp.): Sehen Sie sich nur an, wie naturfeindlich die Schaffgottische in Salsesien sind! Und vor zwei Jahren ließ man uns hier auch noch nicht mal über den Naturschutz reden! Rüge es auch hier heißen: Preußen in Deutschland voran! (Beifall links.)

Abg. Kamdohr (H.): Wann kommt denn Abg. Hoffmann, dessen Naturfreundlichkeit ich schätze, zu uns in die Prignitz, damit er sieht, wie geeignet Turnfahrten zur Erweckung der Liebe zur Natur sind?

Abg. v. Wolff-Metternich (B.) verteidigt die Schaffgottische Verwaltung gegen den Abg. Schepp und wendet sich gegen die Federhutmode der Damen.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Gegen Damenmoden kämpfen wir Männer vergebens. Ein Schutz der Naturdenkmäler genügt nicht, erst wenn sie den Menschen zugänglich gemacht werden, können sie Schutz finden infolge der dann entstehenden Fühlungnahme des Menschen mit der Natur. Die schauvinsitischen Veranstaltungen der „Jugendwehr“ und des „Jugendvolkshundes“ sehen in der Natur nur den Rahmen für „Feldübungen“ und erlösen in der Jugend alle Liebe zur Natur selbst, die da geradezu militärisch vergewaltigt wird. (Lachen rechts.) Auch die Insektenwelt, die Schmetterlinge und Käfer würden des Naturschutzes teilhaftig werden, wenn die Menschen dazu gelangen, ihn wirklich zu üben.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Der Einladung des Abg. Kamdohr nach der Prignitz will ich schon noch mal folgen. Abends werde ich Versammlungen abhalten, tagsüber mag er mein Führer sein, auch beim Ralsong, den er schon unserem verstorbenen Genossen Borgmann versprochen hat. (Beifall links.)

Nach einigen Bemerkungen des Abg. Wenke wird der Kommissionsantrag angenommen.

Nach unwesentlicher Debatte wird ein Antrag Heß (B.) angenommen, der einseitige Regelung der Kreisfrenzentschädigung der Lehrer fordert.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. Dritte Lesung des Schlepplimonopolgesetzes. Antrag Stroffer wegen des Gartenlaufs für das Abgeordnetenhaus. Schluß 1/2 11 Uhr.

Versammlungen.

Der Prozeß gegen die Firma Siemens u. Halske um Herausgabe der gelben Beiträge lautete das Thema einer überfüllten Versammlung aller in den Siemenswerken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die am

Dienstag im großen Saal des „Roobiter Gesellschaftshaus“ stattfand. Als Referenten sprachen Rechtsanwalt Dr. Heinemann und 1. Bevollmächtigter Adolf Cohen. Dr. Heinemann führte im wesentlichen aus: Der Prozeß gegen die Firma Siemens u. Halske habe gezeigt, daß keine Ursachen große Wirkungen auslösen können. Der Prozeß drehte sich um 6 M., die ein Arbeiter an den gelben Verein hatte zahlen müssen und die er nach erfolgter Entlassung von der Firma einlegte. Die Lehren aus diesem Prozeß seien außerordentlich wertvoll für die Gewerkschaftsbewegung und der Prozeß selbst samt der gefällten Entscheidung werde auf dem kommenden Gewerkschaftstongreß von kompetenter Seite juristisch beleuchtet werden. Und wenn der neue Strafgesetzentwurf, dessen erster Teil schon vorliegt, im Reichstag zur Beratung stehen wird, werden unsere Vertreter mit den Akten dieses Prozeßes vor das Parlament treten, werden zeigen, daß es pure Heuchelei ist, wenn vom Terrorismus der Arbeiter geredet wird. Mit diesem ganzen Gerede soll eben nur die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von den wirklichen Tatsachen abgelenkt werden. Diese Feststellung sei die wichtigste Lehre, die sich aus dem Prozeß ergebe. Wenn unsere Vertreter diese Tatsachen im Reichstag vorbringen, werden die eingeklagten 6 Mark Zins und Zinseszinsen tragen. Sie werden geeignet sein, das drohende Attentat auf das Koalitionsrecht abzuwehren. Redner gibt eine eingehende Darstellung von den Ursachen und den Ergebnissen des Prozeßes, der dadurch entstanden ist, daß die Firma Siemens u. Halske jeden eintretenden Arbeiter zwang, dem gelben Verein beizutreten und auch die Beiträge dafür vom Lohn abzog. Wer sich dem nicht fügte, wurde entlassen oder erst gar nicht eingestellt. (Der „Vorwärts“ hat darüber berichtet.) Die Firma habe geglaubt, Aug zu handeln, wenn sie sich nach erfolgten Ausschüften und Winkelnügen ein Versammlungsrecht herbeiführte. Das Gewerbegericht habe aber trotzdem eine Entscheidung gefällt und ausgesprochen, daß der Abzug der gelben Beiträge durch die Firma unzulässig ist. Welche Lehren ergeben sich nun aus dem Prozeß? Die Regierung beabsichtigt bekanntlich, einen Strafgesetzentwurf vorzulegen, dessen Hauptzweck darin bestünde, das Koalitionsrecht zu beseitigen. Wenn in letzter Zeit darüber gestritten worden sei, ob ein neues Judikaturgesetz käme und die Parteipresse den Standpunkt vertreten habe, daß ein solches kommen werde, so sei er (Redner) der Meinung, daß ein solches Gesetz nicht kommen wird, weil die Regierung auf anderem Wege viel besser und wirksamer zum Ziele gelangt. Das Koalitionsrecht einfach zu beseitigen, sei heute nicht mehr möglich, und so greife man zu hinterhältigen Mitteln, die ebenso wirksam arbeiteten. Redner zeigt dies an der Hand von besonders troffen Beispielen. Und das alles geschehe in aller Ruhe, scheinbar gar nicht im geringsten gegen die Arbeiter gerichtet. Nur gegen den Terror der Arbeitgeber gehe nichts. Gerade das, was bei dem Prozeß zur Frage stand, die Handlung der beklagten Firma charakterisiere sich nicht nur moralisch, sondern auch juristisch als vollendete Verpressung. Aus alledem ergebe sich für die Arbeiter die Lehre: Hinein in die Organisationen, die ihre Interessen wirksam und ausgiebig vertreten! (Stürmischer Beifall.)

Hierauf nahm Cohen das Wort und ging mit erschöpfender Sachkenntnis nicht nur auf den Verlauf und auf das Ergebnis des Prozeßes ein, sondern charakterisierte auch überaus glücklich und plötzlich die Verhältnisse im Betriebe der Firma Siemens u. Halske. Mit allen möglichen und unmöglichen Ausschüften und Winkelnügen, die geradezu tosendes Geschrei erregten, als Redner sie anführte, habe die Firma versucht, sich um eine klare Entscheidung herumzubücken. 13 Monate habe sie dieses unwürdige kindische Spiel getrieben, ohne jedoch verhindern zu können, daß das Urteil doch gesprochen, und zwar zu ihren Ungunsten gefällt wurde. Interesse erregte es, als Redner mitteilte, daß die Firma nunmehr die 6 Mark wieder von dem gelben Verein zurückverlangt hat, weil sie laut Urteil nicht berechtigt gewesen wäre, die Beiträge abzugleichen. Daraufhin hat der gelbe Verein gegen den betreffenden Arbeiter Klage angestrengt wegen Erstattung von nicht bezahlten Beiträgen. Dieser Klage könne jedoch der Arbeiter mit Ruhe entgegengehen. In Zukunft könne jeder Arbeiter, der widerrechtlich gezwungen werde, für den gelben Verein Beiträge zu zahlen, dieselben wieder zurückverlangen, auch wenn er den Betrieb schon verlassen habe. Im übrigen ermahnte Redner die Anwesenden, sich nicht durch den Unterstützungsaufruf der Unternehmer einschleifen zu lassen, denn das, was sie in Krankheitsfällen erhielten, habe man vorher schon hundertfach aus ihren Knochen herausgeschunden. Keine Beihilfe, keine Almosen, sondern anständige Bezahlung und Behandlung, das hätten die Arbeiter zu verlangen, weiter nichts. (Stürmischer Beifall.) Es gibt nur ein Hüben und drüben! Darum hinein in die Organisation! (Tosender Beifall.)

In seinem Schlusswort erklärte Dr. Heinemann: Man sollte es nicht für möglich halten, daß eine Weltfirma wie Siemens u. Halske mit so kleinen Einwürfen und Kläuben operiere. Man sollte sich auch nicht mit dem Urteil allein begnügen, sondern versuchen, strafrechtlich vorzugehen und in allen Fällen, wo auf einen Arbeiter ein unzulässiger Zwang ausgeübt werde, Anzeige bei der Staatsanwaltschaft einreichen, denn sämtliche Merkmale einer Erpressung lägen in solchen Handlungen vor. Es werde außerdem mit allen Mitteln, sowohl in der Öffentlichkeit wie im Parlament, gegen dieses Gebaren vorgegangen werden. Es sei unerhört, wie man angesichts derartiger Vorkommnisse noch vom Terrorismus der Arbeiter reden könne, wo es sich tagtäglich zeige, daß die Arbeiter geradezu Risikoblot haben müssen, wenn sie all das über sich ergehen lassen. Wenn die Regierung das nicht einseht, dann will sie es nicht einsehen. Wenn der Gesetzentwurf erst vorliegt, dann werde auch von unserer Seite ein Entwurf unterbreitet werden, der Klauen und Zähne habe und rot gebunden ist, und dessen Titel lauten wird: Hoch der Deutsche Metallarbeiterverband! (Stürmischer Beifall.)

Nachdem noch der Vorsitzende Lüd an Hand von einzelnen Beispielen die Humanität und Arbeiterfreundlichkeit der Firma Siemens u. Halske beleuchtet und mit feigen Worten von einmütigen Anschlag an die Organisation aufgefodert hatte, schloß die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf den Deutschen Metallarbeiterverband.

Von den anwesenden Weibern hatte sich, trotz wiederholter Aufforderung, keiner getraut, das Wort zu nehmen. Auch waren Einladungen an folgende Herren ergangen: Dr. Burhenne, Prozeßvertreter der Firma Siemens; Max Schönlender, 1. Vorsitzender des Unterstützungsvereins; Konig, 2. Vorsitzender des Unterstützungsvereins; und Dr. Nathanson, Geschäftsführer des Unterstützungsvereins, von denen jedoch niemand erschienen war.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Vellebureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am 10.12., seit 9.12., and another set of columns for comparison. Rows include Regel, Müll, Insterburg, Weichsel, Thon, Dber, Ratibor, Krosen, Frankfurt, Wartze, Schrimm, Landesberg, Rehe, Verdam, Elbe, Veltmer, Dresden, Barby, Magdeburg, Saale, Grodka, Dabel, Rathenow, Spree, Spremberg, Weser, Ründen, Rhein, Maximiliansau, Rad, Rln, Redar, Dellbronn, Rain, Panau, and Rojel, Teter.

7 + bedeutet Hoch, - Fall, 7 Unterpegel, 7 Treibeis.

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.**  
Nachruf.  
Am 5. d. M. verstarb unser Genosse, der Sigarenmacher **Josef Bödenbrücker**  
Dramenstr. 11  
im Alter von 35 Jahren. 251/6  
Ehre seinem Andenken!  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein Wilmersdorf.**  
Unser Mitglied, der Zimmerer **Emil Klauke**  
ist hier am 6. Dezember im Alter von 32 Jahren gestorben.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung erfolgt am heutigen Donnerstag, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes, Berliner Straße, aus.  
203/14  
Der Vorstand.

**Sozialdemokrat. Wahlverein für d. Reichst.-Wahlkr. Niederbarnim. Bezirk Reinickendorf-Ost.**  
Am Montag, den 9. Dezember, verstarb unser Genosse, der Fuhrer **Paul van Führen**  
Hausdörferstr. 1.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Gemeinde-Friedhof in der Dumboldstrasse statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet.  
245/9  
Der Vorstand.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Lagerarbeiter **Eduard Königsmann**  
am 6. d. M. im Alter von 44 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes, Müllerstraße, Ecke Eeststraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht.  
60/8  
Die Bezirksverwaltung.

Am 9. Dezember verstarb nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann und guter Vater, Schwiegervater, Großvater, Schwager und Onkel **Gustav Nagel**  
im 59. Lebensjahre.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
**K. Nagel** nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet Freitag, den 13. Dezbr., nachm. 1/4 Uhr von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

**Verband der Maler, Lackierer etc.**  
Filiale Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Maler **Gustav Nagel**  
am 9. Dezember verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde statt.  
Um rege Beteiligung ersucht.  
130/20  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Fuhrer **Paul van Führen**  
Reinickendorf, Hausdörferstr. 1  
am 9. Dezember an Lungenerkrankung gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Dezbr., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Reinickendorf-Ost aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet.  
134/15  
Die Ortsverwaltung.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau **Luise Blohm**  
sage ich allen Beteiligten, insbesondere allen Verwandten und Bekannten, dem Wahlverein, dem Gesangsverein Schneeglockchen, den Kollegen der Firma Freyer u. Raupach, dem Stammtisch von Müller meinen herzlichsten Dank.  
12a  
**August Blohm.**

**Verein Berliner Buchdruck-Maschinenmeister (Aht. Rotation).**  
Am Sonntag, den 10. Dezember, verstarb im Hedwigs-Krankenhaus unser Kollege **Martin Rudolph.**  
Wir werden sein Andenken in Ehren halten.  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des St. Thomas-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstraße, aus statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet.  
28/18  
Der Vorstand.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters **Wilhelm Schulze**  
sagen wir allen Freunden, Bekannten und Verwandten, den Genossen des 4. Wahlkreises, dem Bezirk 343 des 4. Kreises, dem Spar- und Lotterieverein Viktoria, den Hausdienern und Aufsehern der Firma Adolf Lehmann u. Co., den Stammgästen und Bewohnern des Hauses Weidenweg 3 sowie für die tröstlichen Worte der Genossen Nele am Grabe unseren herzlichsten Dank.  
1608b  
**Klara Schulze**  
nebst Kindern.

**Gratis eine Taschenuhr** *hochlegant für Damen od. Herren als Geschenk von heute bis 31. Dezember beim Einkauf von 10 Mark!*



5<sup>95</sup> Herrenuhr in Chav Derby, Lack, Anseh. Feinst.

5<sup>75</sup> Damenuhr in Chav Derby, Lack, Anseh. Feinst.

4<sup>45</sup> Damenuhr in Chav Derby, Lack, Schicke Formen.

5<sup>95</sup> Damen-Lackuhr in die Einlagen Sehr apart.

**Schuhhaus Perwino** *Rosenthalstr. 40-41*  
Spezialität: Gelegenheitskäufe  
2. Ges. h. Gr. Frankfurterstr. 10  
3. Ges. h. Charlottenburg  
Nehringstr. 30. Ecke Hackescher Markt

Prompter Versand nach auswärts. — Reelle Bedienung. — Staunend billige Preise.

Hiermit allen zur Nachricht, daß unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater **Karl Richert**  
sanft entschlafen ist. 7591  
Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Nazareth-Kirchhofes in Reinickendorf, Riegelstraße, aus statt.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek**  
Jedes Heft 20 Pfg.  
Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Stampfer. Gebunden 3 M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

**HUGO UDO COHN**  
Kottbuser Damm Nr. 13

**KREDIT**

unter kulantesten Bedingungen  
Kleine Anzahlung!  
Ratenzahlung  
nach dem Neujahrsfest!!

In kolossaler Auswahl  
**Anzüge - Ulster**  
**DAMEN-**  
Kostüme, Kleider, Ulster  
Mäntel, Röcke, Blusen  
Wäsche, Schuhwaren.  
**PELZWAREN**  
Kinder - Garderobe  
Einzel - Möbel  
— Komplette  
Wohnungs - Einrichtungen

Einziges Kredithaus  
mit organisiert. Kassieren

Schenswert ist meine  
**Weihnachts-Ausstellung**

in welcher jeder Kunde, der bei mir einen Einkauf macht, ein Präsent erhält. Es gelangen sowohl praktische Haushaltsgegenstände wie auch reizend. Spielzeug zur **Gratis-Verteilung!**

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

**Spezialarzt**  
f. Haut-, Gyn., Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinträcht. jeder Art, Ehrlich, Gata, Kuren in u. Co. Ion., Laborat. f. Untersuchg., Jaden f. Hart usw. gegenüber Panoptikum.  
Friedrichstr. 81, Sonnt. 11-2.  
Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

**Nach Maß!**  
Ulster - Paletot - Anzüge  
gute Qualitäten auf Wunsch  
von M. 40.— an  
tadellosere Sit garantiert.  
**Wer Stoff hat**  
von 20 M. an. 256/19  
Ludwig Engel, Prenzlauer Str. 23 II  
(Alexanderpl.)  
Gegründet 1892.

**Vorjährige**  
feinste Anzüge, Paletots,  
schicke Ulster, Gehrockanzüge,  
Smokings, Fracks u. Seide 30-70 M.  
**Versandhaus Germania**  
21. Unter den Linden 21.  
Sonntag u. 8-10 u. 12-3 geöffnet.

**J. Baer**  
Ecke  
Badstr. 26 Prinzen-Allee  
Herren- und Knaben-  
Moden, Berufskleidung,  
Eleg. Paletots, Ulster.  
Großes Stofflager  
zur Anfertigung n. Maß.  
Joppen in jeder Preislage.  
Allerbilligste, streng feste Preise.

**Leiser's**

**Gummi-Schuhe**  
Garantie für jedes Paar

Echte • Harburger

Damen: ..... 2.95  
mit Lasche 3.50

Herren: ..... 4.75  
mit Lasche 5.00

Kinder: 2 1/2 2.15 2 3/5 2.65

König-Strasse 34 Taentzien-Strasse 20  
Leipziger Strasse 65 Oranien-Strasse 47 a  
Oranien-Strasse 34 Friedenou, Rheinstr. 14  
Müller-Strasse 36 Neukölln, Bergstr. 7/5  
Moabit: Turm-Strasse 50



**Phänomen**  
Cigaretten

Phänomen Club 3<sup>3</sup> German life 4<sup>3</sup> Odaliska 5<sup>3</sup>

**Westmann**  
Mohrenstr. 37a  
Gr. Frankfurterstr. 115

**Es sind ermäßigt**

Plüschmäntel kurs u. lang. in reicher Ausstattung, in geschmackvoller Ausführung, in feinstem deutsch. u. echt engl. Plüsch auf 22<sup>00</sup> 36<sup>00</sup> 62<sup>00</sup> 95<sup>00</sup> 140<sup>00</sup>

Ulster .. auf 9<sup>00</sup> 14<sup>00</sup> 18<sup>00</sup> 24<sup>00</sup> 38<sup>00</sup>

Kostüme auf 15<sup>00</sup> 22<sup>00</sup> 28<sup>00</sup> 36<sup>00</sup> 54<sup>00</sup>

Gesellschaftskleider, Röcke, Blusen, Abendmütel zum Teil auf die Hälfte der Originalpreise.

**Pelz-Konfektion** Persianer - Jacketts, Elektrik-Mäntel, Orenburger, Skunks usw. weit unter regulären Preisen!

Von heute ab gratis  
bei Einkauf für M. 20.— 2 1/2 Meter doppeltbreiten Stoff.  
Sonntag geöffnet 9-10, 12-3 Uhr.



**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Linienstr. 83-85.  
Verwaltung: Amt Norden 1987. Kassierer: Amt Norden 185. Arbeitsnachweis: Amt Norden 1200, 9714.  
Telephon: Amt Norden 1987. Amt Norden 185. Amt Norden 1200, 9714.

Sonabend, den 14. Dezember 1912, nachts 12 Uhr:  
**Allgemeine Versammlung**  
der  
**Kino-Operatoren Groß-Berlins**  
in Wwe. Augustins Festsälen, Dramenstr. 103.  
Tagesordnung:  
1. Bericht betref. Festgaben. — 2. Diskussion. — 3. Branchenangelegenheiten.  
Zu Andenken der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller dringend notwendig.  
131/14 Die Ortsverwaltung.

**Allgemeine Orts-Krankenkasse für Neukölln.**  
Wir legen die Kassendelegierten davon in Kenntnis, daß die bisberigen Vorstandsmitglieder, die Herren Robert Walter aus den Reihen der Kassemitglieder und Eugen Kubsch aus den Reihen der Arbeitgeber ihre Mandate niedergelegt haben. Zur Vornahme von Neuwahlen für die Wahlperiode vom 1. Januar 1913 bis zum 31. Dezember 1915 bezw. bis zum Inkrafttreten der Reichs-Versicherungsordnung berufen wir hiermit eine

**Anherordentliche Generalversammlung**  
am Dienstag, den 17. Dezember 1912  
in den Passage-Festsälen, Neukölln, Bergstraße 151, und zwar  
I. abends 8-8 1/2 Uhr zur Vornahme der Wahl eines Vorstandsmitgliedes aus den Reihen der Arbeitgeber;  
II. abends 8 1/2-9 Uhr zur Vornahme der Wahl eines Vorstandsmitgliedes aus den Reihen der Kassemitglieder.  
Nach Erledigung der Wahlen um 9 Uhr abends findet ein Vortrag des Herrn Dr. Davidsohn statt über das Thema:  
„Neues aus dem Gebiete des Lichttherapieverfahrens“.  
Zu diesem Vortrag ist der Zutritt für alle Mitglieder frei.  
Neukölln, den 10. Dezember 1912. 284/15  
Der Rassenvorstand.  
J. A. Max Poelke, stellvertretender Vorsitzender.

Zur Beachtung! Zu den Wahlen haben nur die mit einer Einladung versehenen Delegierten Zutritt.

# Garbáty

Cigaretten

# Königin von SABA

Garantiert Handarbeit

**Uhren- u. Goldwaren-Spezialgeschäft**  
Auf Teilzahlung  
bei klein. Anzahl erhalten  
Sich Uhren, Ketten, Ringe,  
Geschenke etc.  
M. Caspari, Turm-  
straße 16, Laden.

**Knaben- u. Jünglings-  
Garderobe**  
fertig u. nach Maß  
am billigsten und reichsten  
in der Fabrik  
Koppenstr. 85, part.  
2 Minuten v. Schief. Bahnhof.  
Karl Hustädt.  
Herren-Garderobe n. Maß.

**Brillanten**  
Goldwaren-Weihnachtsverkauf,  
außergewöhnlich billig.  
Max Brinner, Jerusalem Str. 50/51  
Der Ruf der Firma, gegründet  
1883, bürgt für strengste Reellität.  
Ringe m. Gold, 14 k. m. 1 Br. v. 8 M. an  
Ohringe " 14 " 2 " 18 " "  
Brosche " 14 " 1 " 20 " "  
Herr.-Nad. " 14 " 1 " 19 " "  
usw. bis zum feinsten Genre.

Große Firma  
vergißt auf Teilzahlung!  
Ohne Anzahlung!  
Keine Kaffier!  
Teppiche, Portieren, Gardinen,  
Stores  
und alle Arten Decken.  
Effekte erbeten unter K. 100.  
"Vorwärts"-Gebäude, Welfenstr. 174.

**Schloßbräu**  
Flaschenbiere  
überall  
gern  
getrunken  
Qualität!

Wo? ist der schönste Ausflugsort?  
Immer noch Pichelswerder,  
an der neuen Seestraße  
beim Alten Freund.

# Die neue Manoli Kardlach

das Beste für 3 M

## Theater.

Donnerstag, den 12. Dez.  
Anfang 7 Uhr.  
Kgl. Schauspielhaus, Den Carlos.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus, Wagn. Den.  
Deutsches, König Heinrich IV.  
1. Teil.  
Zirkus Albert Schumann, Gala-  
Vorstellung.  
Zirkus Busch, Gala-Vorstellung.  
Anfang 8 Uhr.

Urania, Der Großlockner, Gasteln  
und die Salzburger Alpen.  
Stammerspiele, Mein Freund  
Lobby.

Verling, Glücke und Helmut.  
Königgräber Straße, Die fünf  
Kantanten.  
Deutsches Opernhaus, Jar und  
Himmelmantel.

Schiller O., Im weißen Rößl.  
Schiller-Charlottenburg, Helm-  
glockner.  
Berliner, Himmelmantel.  
Kleines, Professor Bernhardt.  
Kleines, Prinzenerziehung.  
Komödianten, Die Generalin.  
Deutsches Schauspielhaus, Der  
gütigste Herr.

Thalia, Antiochen.  
Trianon, Die Erste — die Beste.  
Sturmfelder, Der Aufreißer.  
Montis Operetten, Der Frauen-  
kneifer.

Ursula, Der Großlockner, Gasteln  
und die Salzburger Alpen.  
Stammerspiele, Mein Freund  
Lobby.

Urania, Der Großlockner, Gasteln  
und die Salzburger Alpen.  
Stammerspiele, Mein Freund  
Lobby.

Urania, Der Großlockner, Gasteln  
und die Salzburger Alpen.  
Stammerspiele, Mein Freund  
Lobby.

Urania, Der Großlockner, Gasteln  
und die Salzburger Alpen.  
Stammerspiele, Mein Freund  
Lobby.

Urania, Der Großlockner, Gasteln  
und die Salzburger Alpen.  
Stammerspiele, Mein Freund  
Lobby.

Urania, Der Großlockner, Gasteln  
und die Salzburger Alpen.  
Stammerspiele, Mein Freund  
Lobby.

Urania, Der Großlockner, Gasteln  
und die Salzburger Alpen.  
Stammerspiele, Mein Freund  
Lobby.

Urania, Der Großlockner, Gasteln  
und die Salzburger Alpen.  
Stammerspiele, Mein Freund  
Lobby.

Urania, Der Großlockner, Gasteln  
und die Salzburger Alpen.  
Stammerspiele, Mein Freund  
Lobby.

## Schiller-Theater O. Schiller-

Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Im weißen Rößl.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Der Talisman.  
Sonabend, abends 8 Uhr:  
Im weißen Rößl.

Schiller-Theater Charlotten-  
burg.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Heimg'unden.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Des Pfarrers Tochter von Stralendorf.  
Sonabend, nachmittags 3 Uhr:  
Wallensteins Tod.  
Sonabend, abends 8 Uhr:  
Heimg'unden.

Deutsches Schauspielhaus  
8 Uhr: Der gütigste Herr.

Montis Operetten-Theater  
(fr. Neues Theater), Amt Norden 114.  
Abends 8 Uhr:  
Der Frauenkneifer.

Residenz-Theater.  
Anfang 8 Uhr.  
Gastspiel Constanze v. Linden:  
Prinzenerziehung.

Luisen-Theater.  
Heute u. folgende Tage, 8 Uhr:  
Raffles.

ROSE-THEATER  
Große Frankfurter Str. 132.  
Abends 8 Uhr:  
Gewonnene Herzen.

Metropol-Theater.  
Chauffeur — ins Metropol!

**Touristen-Verein**  
„Die Naturfreunde“  
Kreisgruppe Berlin.

Sonntag, den 15. Dezember 1912  
feiert die Ortsgruppe Berlin im „Berliner Klubhaus“ (Kaiserfaal),  
Chaussee 2, ihr  
**Viertes Stiftungsfest**  
verbunden mit einem Lichtbilder-Vortrag:  
1. Durch die Altmark. 2. Märkische Wanderbilder.  
Bekannte sowie Freunde des Wanderns sind freundlichst eingeladen.  
Sealöffnung 5 Uhr. Beginn 6 Uhr. Eintritt inkl. Tanz 50 Pf.  
Eintrittskarten erhältlich bei E. Wittig, Reissackstr. 10, Adolfs-  
straße 2, und G. Schulz, Zigarrengeschäft, Admiralsstr. 40. 1/13

**„Clou“ :: Berliner ::  
Konzertthaus**  
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.  
Heute: **Doppel-Konzert!**  
Berliner Konzertorchestra, Dir. F. v. Blon, Komponist.  
Musik: Kaiser-Alexander-Reg., Dirig. Kgl. Musikdir. Brase.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.  
An allen Wochentagen  
**Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem Eintritt.

**Urania**  
Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
Der Großlockner, Gasteln und  
die Salzburger Alpen.

**WINTERGARTEN**  
Sahary-Djeli  
La „Mystérieuse“

**Max Linder**  
der weltberühmte Film-Schauspieler  
in seinem Sketch:  
Aus Liebe zum Wühleraugenoperateur  
Max, der Liebhaber: Max Linder  
sowie die sensationellen  
Dezember-Attraktionen.

**Herrnfeld**  
Theater  
Beispiellos Lacherfolg!  
Die Alpenbrüder.  
Komödie in 2 Akten von Anton  
und Donat Herrnfeld.  
Hierzu:  
Das Scheidungs-Souper.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

**UT**  
**Union-Theater**  
Morgen  
Premiere:  
**Ewige Zeugen**  
Heute Donnerstag, nachm. 2 Uhr  
U.T. Alexanderplatz  
Sonabend, nachm. 3 Uhr  
U.T. Wedding  
Weihnachts-Kinder-  
Vorstellungen.

**Trianon-Theater.**  
Täglich abends 8 Uhr:  
Die Erste — Die Beste!

**Zirkus**  
Albert Schumann.  
Heute Donnerstag, 12. Dezember,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Große Elitee-Vorstellung.  
Um 9 1/2 Uhr:  
Der unsichtbare Mensch.  
Vier Bilder aus Indien.  
Vorher: Das Novitäten-Programm.  
U. a.:  
Eine Kegelpartie zu Pferde.  
Erfinden v. Dir. A. Schumann.  
Tommy & Boy, die ersten  
und einzigen Bären, welche  
selbständig Zweirad fahren.

**Passage-Theater.**  
Unter den Linden 22-23.  
Lichtspiele.  
Diese Woche:  
Menschen unter  
Menschen.  
Groß. Drama nach  
Viktor Hugo  
u. d. hum. Progr.  
Anfang 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

**Passage-Panoptikum**  
**50 WILDE**  
**IGORROTEN**  
Frauen, Männer,  
Kinder.  
Leben u. Treiben in dem  
eigens aufgebauten  
**IGORROTEN-Dorfe.**  
Ohne  
Extra-Entree.

**Casino-Theater**  
Kottbinger Str. 37. Täglich 8 Uhr:  
Die neue Lokalposse  
„Am grünen Strand  
der Spree“.  
Sonntag, nachmittags 4 Uhr:  
Unter dem Weihnachtsbaum.

**Voigt-Theater.**  
Gesundbrunnen, Badstr. 58.  
Donnerstag, den 12. Dezember:  
Gastspiel im Pehlmanns  
Theater, Schönhauser Allee 148.  
Der Müller und sein Kind.  
Vollbesetzung in 5 Akten, von Haupt-  
Kasseneröffnung, 7 Uhr. Anf. 8 1/2, 11/2.

**Reichshallen-Theater**  
Stettiner Sänger.  
Heute 8 Uhr:  
„Bei Vater n“.  
Weihnachtss. v. Weyfel.  
Sonntag  
nachmittags  
3 Uhr:  
O Tanne-  
boom.

**Zirkus Busch.**  
Heute Donnerstag, 12. Dezember,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Die große Prunk-Pantomime  
„Sevilla“  
in 6 glänzenden Akten.  
Besonders hervorzuheben:  
Sturz der Wirtstochter Viarda von  
dem überschwimmten 42 Fuß hohen  
Felsen. — Die berühmte Stier-  
gefechts-Arena in Sevilla. — Die  
märchenh. neuen Wasserspiele.  
Vorher das große Gala-Programm.  
U. a.:  
Der sprechende Kater „Peter“  
Der kl. indische Däumling Smaun

**TGB**  
**THEATER GROSS-BERLIN**  
am Zoo.  
Täglich 8 Uhr:  
So bummeln wir!  
m. Massary, Pallenberg, Bachmann.  
Vorher:  
**Varieté-Aufführung.**  
Ranchen gestattet.  
Vorverk. 10-6 Uhr Theaterkasse,  
Warenh. Tiets. Invalidendank.

**Theater Königstadt-Casino.**  
Edt Holzmarkt u. Alexanderstraße.  
1 Minute v. Bahnh. Jannowbrücke  
Täglich außer dem großen  
Spezialitäten-Teil:  
**Fesche Mädel.**  
Gejangs-Burleske in 1 Akt.

**Nibles Fest-Säle**  
Dennewitzstraße 13.  
Jeden Sonntag:  
**Tanzkränzchen.**  
C. Nible.

**Concordia-Festsäle.**  
Inh.: M. Wendt u. A. Schütze.  
64 Andreasstr. 64.  
Jeden Donnerstag:  
Große Soiree  
der allgemein beliebten  
und bekannten  
Hoffmanns Sänger  
mit vollständig  
neuem Programm

Nach der Frej-Tanz.  
Vorzugskarten haben Gültigkeit.  
Für den Inhalt der Anzeiger  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

**Berliner Theater.**  
8 Uhr:  
Filmzauber.  
Theater in der Königgrätzer Straße  
8 Uhr: Die fünf Frankfurter.  
Theater am Nollendorfsplatz 5.  
8 Uhr: Kismet.  
Jeden Mittwoch u. Sonnabend 4 Uhr  
Schnelwitzen.

**Apollo**  
Theater  
Ab 8 Uhr.  
8 für Berlin neue Debuts.  
Stürmischer Lacherfolg:  
9 Uhr: Berlins neueste Sensation!  
**Dario Pains.**  
Das Wunder hypnotischer Kartenkunst.  
**Folies Caprice.**  
Täglich 8 1/2, 11/2 Uhr!  
**Die Novitäten:**  
In Sachen Rabenstein.  
Die Doppelkassette.  
Die Tochter der Brant.



Partei-Angelegenheiten.

Bernau. Heute Donnerstag: Jahlabend in den bekannten Bezirkslokalen.

Röntgenal, Bepernid. Heute abend 8 1/2 Uhr: Jahlabend bei Marx. Wichtige Tagesordnung.

Suß. Sonnabend, den 14. Dezember 1912: Jahlabend bei Starke. Abends 8 1/2 Uhr.

Berliner Nachrichten.

Im „festen Hause“.

Die Anfrage des Reichstagsabgeordneten Schiffer, ob der Reichskanzler noch vor der allgemeinen Reform des Strafrechts gesetzgeberische Maßnahmen herbeizuführen gedenkt, um einen wirksamen Schutz gegen Verbrecher zu gewähren, die wegen Geisteskrankheit außer Verfolgung gesetzt und freigesprochen sind, hat wohl an der Hand der kürzlichen Niederlegung des „geisteskranken“ Verbrechers Gorski durch einen Berliner Kriminalbeamten die alte Klage zur Grundlage, daß solche „wilde Männer“ seitens der Irrenärzte immer wieder „auf die Menschheit losgelassen“ werden oder aus den sogenannten „festen Häusern“ der Irrenanstalten zu entweichen verziehen. Ueber diese festen Häuser und über geisteskranken Verbrecher überhaupt wird in der sensationalistischen bürgerlichen Presse das ungereimteste, auf starker Unkenntnis der Verhältnisse beruhende Gerücht verbreitet. Die Verwahrungshäuser selbst sind in den Berliner Anstalten und zum großen Teil auch auswärts heute schon so stark gesichert, daß sie nach menschlichem Ermessen die Staatsgefängnisse und Zuchthäuser an Sicherheit fast übertreffen, ein Entweichen aus ihnen nur unter ganz besonders günstigen Umständen möglich ist. Es ist technisch tatsächlich alles geschehen, was man zum Schutze der Öffentlichkeit, ohne in mittelalterliche Zustände zu verfallen, verlangen kann. Entweichungen aus eigener Kraft sind hier so gut wie ausgeschlossen. Vielmehr werden sie nur möglich durch tatkräftige Hilfe von der Außenwelt, also seitens der Verbrecherzunft, die ein lebhaftes Interesse daran hat, ihre „Einbrecherkönige“ zu befreien, und in Verbindung damit durch Bestechung von Wärtern. Selbstverständlich wird gerade für den Wärterdienst im festen Hause das beste, zuverlässigste Wärtermaterial, das hier auch höheren Lohn als auf anderen Stationen erhält, ausgesucht. Bei der großen Zahl der hier benötigten Wärter ist es aber nur zu leicht möglich, daß auch mal ein vertrauensunwürdiger Wärter eingestellt wird, der sich wie im Falle Gorski von einer großen Summe verlocken läßt. Auch das würde vielleicht nicht vorkommen, wenn die Wärter schon so gestellt wären und solche Anstellungsaussichten hätten, um sich mit derartigen Dingen nicht einlassen zu brauchen.

„Glühstrümpfe nähen“

wird „billig“ gefehrt, so oder ähnlich stellt es immer wieder in gewissen Annoncenblättern zu lesen. Und immer wieder tun solche Annoncen ihre Wirkung und verleiten Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen, ihre vielleicht letzten paar Mark für die Erlernung der Glühstrümpfnäherie hinzugeben. Das Lehrgeld ist leinestwegs so billig, wie es in mancher Annonce versprochen wird. Aber das Opfer von 5 M. oder von Beträgen in ähnlicher Höhe, die da im voraus bezahlt werden müssen, mag vielen schließlich noch nicht als das Schlimmste gelten. Schlimmer noch ist, was nachher kommt: die Jagd nach der versprochenen Heimarbeiter, mit der die „Ausgelernte“ ihr Brot verdienen zu können hoffte. Besonders Mütter, die für ihre Familie etwas dazu verdienen möchten, gehen gar leicht auf Annoncen ein, die ihnen Heimarbeiter, Nebenverdienst usw. in Aussicht stellen. Sie laufen hoffnungsvoll auch zu denen, die „billig“ die Glühstrümpfnäherie lehren wollen, mit der man sich als „Heimarbeiterin“ ernähren könne.

Von solchen, die diese Dinge lernen gelernt haben, wird uns gesagt, wie gering da die Aussicht auf sofortige Heimarbeiter und überhaupt auf Beschäftigung ist. „Ariege ich denn auch Arbeit?“ fragt die Verwundete, wenn sie der „Lehrerin“ das Lehrgeld im voraus auf den Tisch legen muß. Verheißungswoll wird ihr geantwortet: „Aber natürlich! Wenn Sie was Oedentliches gelernt haben, kriegen Sie überall Arbeit. Ich weiße Ihnen Firmen nach, die Glühstrümpfnäherinnen brauchen.“ Sie „weiße“ nach, gewiß! Vor uns liegt so eine Liste von Firmen, die einer „Ausgelernten“ von ihrer „Lehrerin“ überreicht wurde. Die ersten Versuche der Arbeiterin, an Hand dieser Liste sich Arbeit zu suchen, und unsere eigenen Anfragen bei einigen der darin aufgeführten Firmen haben ein Ergebnis gehabt, aus dem wir schließen müssen, daß die „Lehrerin“ sich die Adressen lediglich aus dem Adreßbuch zusammengefucht hat. Uns ist gesagt worden, daß manche Firmen schon seit längerer Zeit geradezu von Arbeiterinnen überlaufen werden, die durch Annoncen sich zur Erlernung der Glühstrümpfnäherie haben verleiten lassen und nun auf Beschäftigung hoffen. Firmen waren da von der „Lehrerin“ benannt worden, die — wir uns versichert wurde — mit ihr niemals in irgend welcher Verbindung gestanden hatten. Erst bei der Suche nach Arbeit erfährt manche der „Ausgelernten“ mit Bestürzung, daß an Glühstrümpfnäherie. tinnen kein Mangel ist und daß es auch kaum einer Firma einfällt, einer Arbeitssuchenden sogleich nach Beerdigung ihrer „Lehre“ die Arbeit mit nach Hause zu geben. Auch über die Löhne, die mit solcher Arbeit zu verdienen seien, lassen sich die Verwundeten mitunter allerlei erzählen, was sich hinterher als falsch herausstellt. Die Augen geben ihnen über, wenn sie dann hören, daß sie, falls ihnen überhaupt Arbeit gegeben würde, knapp die Hälfte des gehofften Lohnes zu erwarten hätten.

Wir sagen nicht, daß alle, die einen Unterricht in Glühstrümpfnäherie anbieten, in der von uns geschilderten Weise verfahren. Jedenfalls ist aber gegenüber solchen und ähnlichen Anerbietungen größte Vorsicht anzuraten, auch wenn das bar auf den Tisch zu legende Lehrgeld nicht hoch zu sein scheint. Bitterer ist das Lehrgeld, das vielleicht nachkommt, die Enttäuschung nach dem Scheitern der gehegten Hoffnungen.

Keine Radrennbahn wieder in Steglitz. Das Projekt des Direktors Knorr, an der Mariendorfer Straße die Rennbahn neu errichten zu lassen, ist nunmehr endgültig gescheitert. Das Oberverwaltungsgericht hat nämlich die Beschwerde Knorrs gegen den Regierungspräsidenten wegen Verweigerung der Bauerlaubnis zurückgewiesen mit der Begründung, daß für das umliegende Gelände nur Villenbau gestattet sei und deshalb geräuschvolle Anlagen größeren Stils ausgeschlossen werden müßten.

Justizrat Sello, ein in vielen Kreisen Berlins bekannter Anwalt, ist gestorben und gestern beerdigt worden. Sello fand neben seiner ausgedehnten Anwaltpraxis noch Zeit, sich dichterisch zu betätigen.

Wegen Ziegenpeter geschlossen. Die 28. Gemeindefschule in der Albrechtstraße wird wegen epidemischen Ausbreitens von Ziegenpeter, Scharlach und Diphtherie von heute ab bis zum 15. Dezember einschließlich geschlossen werden. Inzwischen wird die Schule desinfiziert. Die am letzten Freitag wegen Ziegenpeter geschlossene 179. Gemeindefschule in der Albrechtstraße wird heute früh wieder eröffnet.

Einen zum Teil stürmischen Verlauf nahm die vierte Kirchenausstrittsversammlung des Komitees „Konfessionslos“, in der Reichstagsabgeordneter Voghter über die Bedeutung des Kirchenaustritts sprach. Die Versammlung ersuchte dadurch einen besonderen Charakter, daß sich zum erstenmal die Berliner Geistlichkeit an der Debatte beteiligte. Der Saal der Paphenhofer Brauerei in Moabit war schon vor Eröffnung von 1400 Personen weitläufig überfüllt, viele fanden keinen Einlaß. Der Referent betonte, wie bedeutungsvoll die Frage des Kirchenaustritts in kultureller, sozialer und auch in ökonomischer Beziehung sei; das Vermögen der Kirchen wäre nicht zu schätzen, während es oft bei den notwendigsten Kulturaufgaben an Geld mangelte. In den Beisallen, den seine Rede erfuhr, mischten sich aber fortwährend Zwischenrufe kirchlicher Kreise, die unter Führung der drei Pfarrer Bill, Dehn und Denfelmann zahlreich erschienen waren. In der Diskussion machte Pfarrer Dehn geltend, daß in seiner Gemeinde, der Reformationskirche, 38 000 Seelen seien, zumeist Arbeiter, daß von diesen 98 Proz. ihre Kinder taufen und 97 Proz. die Kinder konfirmieren ließen. Daraus schloß er, daß das Volk noch innerlich mit der Kirche verbunden sei. Weiter behauptete er, daß mit der Abschaffung der Kirche das deutsche Volk in Barbarei versinken würde, eine Feststellung, die eine ungeheure Heiterkeit hervorrief. (Zurufe: Ballan!) Ferner versetzte er sich dazu, daß der Sozialismus seine besten Gedanken vom Christentum gestohlen habe, worauf ihm Reichstagsabgeordneter Voghter entgegenwies, daß deshalb wahrscheinlich so wenig vom Sozialismus noch in der Kirche dringelieben sei. Als in der Diskussion Pfarrer Denfelmann einen Zwischenruf des Abg. Voghter im Augenblick beleidigend deutete, bemächtigte sich der Versammlung eine sehr erregte Stimmung. Hatte schon vorher Herr Pfarrer Dehn auf Zwischenrufe fortwährend in unvorsichtiger Weise geantwortet, so steigerte sich diese Entzündung bei der offensichtlichen Umkehrung des Zwischenrufes Voghters durch den Pfarrer Denfelmann so, daß die Kirchlichen unter lautem Lärm und unter dem Versuch, „Eine feste Burg ist unser Gott“ abzusingen, mit ihren Pfarrern den Saal verließen. In der Versammlung wurden 120 Kirchenausstritte bewirkt.

Klingelfahrer trieben es in der letzten Zeit im Osten der Stadt, besonders in der Christburger Straße und deren Umgebung sehr arg. Sie tauchten bald hier, bald da auf und entnahmen jedesmal mit der Beute, die oft einen erheblichen Wert hatte. Vor einigen Tagen fand nun ein Mann, dem sie auch wieder die Wohnung ausgeräumt hatten, in dieser einen Wollknopf, der ihm nicht gehörte. Ohne Zweifel hatten ihn die Klingelfahrer zurückgelassen. Er übergab ihn deshalb der Kriminalpolizei und dieser leistete er bald gute Dienste. Beamte, die das heimgeführte Viertel beobachteten, sahen zwei junge Männer umherstreifend, die ihnen schon durch ihre feine Kleidung, besonders die Handschuhe und Ärmel auffielen. Der eine erregte noch dadurch ihre besondere Aufmerksamkeit, daß er im Gegenfah zu dem anderen seinen Ärmel nicht zugeknöpft hatte. Die Ursache war, wie die Beamten bei näherem Zusehen erkannten, daß ein Knopf an dem Kleidungsstück fehlte. Als nun der Augenschein noch zeigte, daß die Knöpfe, die der Ärmel noch trug, mit dem in der aufgefundenen Wohnung gefundenen genau übereinstimmten, nahmen die Beamten die scheinbar harmlosen Spaziergänger fest und brachten sie nach der Wache. Hier waren die beiden bald überführt. Nicht bloß der Knopf verriet sie, sondern es fanden sich auch bald Zeugen, die bekundeten, daß sie die Verhafteten jedesmal kurz vor einem Einbruch in der Nähe der heimgesuchten Wohnung gesehen hatten. Der Inhalt der Taschen machte die Ueberführung vollständig. Die Erklappten besaßen noch allerhand Sachen, die sie auf ihren Klingelfahrten erbeutet hatten. Einige gefundene Kleidungsstücke trugen sie, wie sich später ergab, sogar auf dem Leibe. Die Einbrecher wurden festgesetzt als ein Tischler Gehmig und ein Arbeiter Daniel Komski, die beide ohne Stellung waren. Zu ihnen kam noch ein Maurer Neumann, der bei Komski wohnte und mit ihm und seinem Spiegelgesellen ebenfalls auf Beute ausgegangen war. Alle drei wurden gestern vormittag dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Ueber die „Grundmannsche Hausmission“, die durch Annoncen den stellunglosen Familienvätern sofortige Beschäftigung verspricht und ihnen dann Ansichtskarten und Briefpapier verkauft, womit sie im Hausierhandel ihr Brot verdienen sollten, sind uns weitere Mitteilungen zugegangen. Es sind uns auch wieder ein paar der Wurzler, in denen die stellunglosen das Briefpapier bezug, die Ansichtskarten den Käufern überreichen mußten, zur Verfügung gestellt worden, wofür wir den Einsendern hier unseren Dank aussprechen. Aus der einen Zuschrift erfahren wir, daß die Ware der „Grundmannschen Hausmission“ auch in Spandau verkauft worden ist. Ein Käufer hat gemeint, daß er es wohl mit einem Unternehmer der sozialdemokratischen Partei zu tun habe. In dieser Ansicht hat er sich verteilt lassen, weil die dem Käufer angebrachte Ansprache, die für stellunglose Familienväter um Unterstützung durch Kauf von Briefpapier bat, die Unterschrift „Die Sozial-Abteilung“ trug. Wir wiederholten, was wir schon in den ersten Notizen über dieses Unternehmen gesagt haben. Es ist ein völlig privates Unternehmen, wurde in Hamburg als „Grundmannsche Hausmission“ von einem Kaufmann Grundmann gegründet und scheint für die Berliner Filiale jetzt die Firma „Grundmannsches Institut für stellunglose“ angenommen zu haben. Zweifelloserweise ist es den in Hamburg wohnenden Herrn Grundmann samt dem die „Bezirksstation“ in Berlin: Langezeit, 42, leitenden Herrn C. Meyer sehr viel besser als die stellunglosen, die „Beschäftigung“ von der „Hausmission“ erwarteten und ihr dann Briefpapier und Ansichtskarten abholten durften. Herr Grundmann gibt nebenbei ein „Hausmissionsblatt für Stadt und Land“ heraus, durch das er „in den unreligiösen Volksschichten wieder religiöses Empfinden wachrufen“ will. In der Tagespresse, die das selbe Ziel verfolgt, haben wir bisher kein Wort darüber gefunden, wie sie über diesen Herrn Grundmann denkt.

Vorsicht bei Veteranenspenden. Ende d. J. ist in Berlin W. ein Verein zur Unterstützung deutscher Veteranen, deren Witwen oder Waisen unter dem Namen „Deutscher Veteranen-Fonds“ ins Leben gerufen worden. Leiterin ist eine Frau, die früher ein Pensionat hatte, eigene Mittel nicht besitzt und jetzt kirchlich tätig ist. Die Mittel zur Erfüllung des Vereinszwecks sollen durch Mitgliederbeiträge und Veranstaltung von Sammlungen aufgebracht werden. Die von der Vorsitzenden organisierte Propagandadame, die gleichfalls in wenig guten Verhältnissen lebt, hat mit ihren Werbendamen, wie festgestellt worden ist, in der Zeit vom Dezember 1911 bis Februar 1912 insgesamt 464 M. zusammengebracht. Von dieser Summe haben die Veteranen jedoch keinen Pfennig erhalten. Dagegen erhielt die Propagandadame für sich und ihre Werbendamen 232,20 M. Der Verbleib der übrigen 232,20 M. war nicht nachzuweisen, zumal eine

ordnungsmäßige Durchführung über die Einnahmen und Ausgaben des Vereins nicht stattgefunden hat. Auch sind genaue Mitgliederlisten nicht geführt und entgegen den Aussagen Mitgliederverammlungen nicht einberufen worden. Da es hiernach mindestens sehr zweifelhaft erscheint, ob die ferner eingehenden Gelder tatsächlich dem Vereinszweck ordnungsmäßig zugeführt werden, so wird es sich empfehlen, dem Verein „Deutscher Veteranen-Fonds“, Berlin W., gegenüber die größte Zurückhaltung zu üben.

Für über 7000 M. Stoffe fielen Dieben bei einem Einbruch in die Hände, den sie auf dem Grundstück Säligen-Edle Markgrafenstraße ausführten. Mittels Nachschlüssel öffneten sie in der Säligenstraße eine Eigentür, die zu einem Lagerkeller führt. Hier stellten sie mehrere Kisten aufeinander und bohrten mit einem Zentrumsbohrer ein 40mal 50 Zentimeter großes Loch in die Decke. Durch dieses flogen sie in das dortige Herrengarderobengeschäft und hielten hier unter den Vorräten sachkundige Auswahl. Der Diebstahl wurde erst am anderen Morgen entdeckt.

Zwei schwere Strafenhaufälle haben sich am Dienstag ereignet. Vor dem Hause Prenzlauer Allee 182 versuchte eine Frau Sigismund einen Straßenbahnwagen der Linie 90 während der Fahrt zu besteigen. Sie kam dabei jedoch so unglücklich zu Fall, daß sie beinamüßlos liegen blieb. Die Verunglückte, die mehrere Rippenbrüche und innere Verletzungen davontrug, wurde nach dem Augusta-Hospital in der Scharnhorststraße gebracht. — Gegen 5 Uhr nachmittags geriet der 54-jährige Arbeiter Hermann Wulterhausen, der einen Handwagen führte, in der Alten Jakobstraße gegen einen entgegengekehrter Richtung kommenden Straßenbahnwagen der Linie 91. Bei dem Zusammenstoß wurde W. umgestoßen und erlitt eine erhebliche Quetschung der ganzen linken Körperseite. Der Verunglückte fand im Urban-Krankenhaus Aufnahme.

Durch einen schrecklichen Anfall hat das jungverheiratete Malerehepaar Kubert aus der Hochmeisterstraße 16 seinen neun Monate alten Sohn verloren. Frau Kubert wusch in der Küche, während der Kleine in seinem Kinderstuhl saß. Als ihr die Seife ausging, eilte sie rasch hinunter in das gegenüber liegende Kaufmannsgeschäft, um neue zu holen. Einen Eimer mit Seifenwasser ließ sie vor dem Kinderstuhl stehen. Unterdessen wurde der Knabe, nachdem die Mutter weggegangen war, unruhig, zappelte sich aus seinem Sitz heraus und fiel über die Schürze des Stuhles kopfüber in den gefüllten Eimer. So fand ihn die Mutter, als sie nach wenigen Minuten zurückkehrte. Sie rief das Kind aus dem Wasser heraus und eilte mit ihm zum nächsten Arzt. Dieser konnte aber nicht mehr helfen. Der Kleine war ertrunken und tot.

Gefundene Kinderleiche. Die Leiche eines neugeborenen Knaben wurde vorgestern in den Anlagen der Aufseherkaserne in der Friedenstraße von einem Parkwächter gefunden. Sie war in Packpapier eingewickelt und wurde nach dem Schauhaus gebracht. Die Todesursache kann erst durch die Obduktion festgestellt werden. — Eine andere Kinderleiche fand man gestern morgen in einem Müllkasten des Hauses Buttmannstr. 5. Ein Kriminalbeamter nahm den Fund an sich.

Waldstranfnader arbeiteten mit Erfolg in der vorletzten Nacht in den Kontorräumen der hiesigen Niederlage der Kölner Papierfabrik Poensgen u. Söhne in der Alten Jakobstr. 9. Die Spinnbuben erbeuteten gegen 1400 M. bares Geld. Einen Pfennig hatten sie dem Vorsteher auf den Tisch gelegt.

Ein größerer Fabrikbrand kam in der letzten Nacht nach 12 Uhr in Knolln, Mariendorfer Weg 68, aus unbekannter Ursache zum Ausbruch. Die Schloßerei im Erdgeschoß der Fabrik von B. Donner mit den darüber liegenden Kontorräumen stand bei Anbruch der Wache in großer Ausdehnung in Flammen. Diese mußten im Erdgeschoß vermittelst durch die Heizung entzündeten Fein und haben dann das erste Stockwerk ergriffen. Die Feuerwehr nahm sofort drei Schlauchleitungen von Dampfsprizen vor, konnte aber nicht mehr verhindern, daß die Werkstätten im Erdgeschoß und Teile des ersten Stockwerks ausbrannten. Der Schaden soll bedeutend, aber durch Versicherung gedeckt sein. Zwei wertvolle Schächerhunde sind bei dem Brande umgekommen. Der eine lag im Erdgeschoß und der andere auf der Treppe. Die Feuerwehr hatte nach vier Stunden jede Gefahr beseitigt.

Bei dem Stiftungsfest des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes, Gau Berlin und Umgebung, ist ein Spiegeltuch verloren und ein silbernes Armband gefunden worden. Es wird gebeten, die gefundenen respektive verlorenen Gegenstände bei P. Kupfer, Landberger Allee 58, abzugeben.

Vorort-Nachrichten.

Steglitz.

Das große Geheimnis der Stadtverdingung. Als in der letzten Gemeindevorversammlung von den Sozialdemokraten gefordert wurde, die Mitteilungen über die Stadtverdingung in öffentlicher Sitzung zu machen, weigerte sich der Bürgermeister mit der Begründung, daß sie auf Wunsch des Ministers nicht öffentlich getan werden könnten. Als Erfolg stellte er eine Information der Presse in Aussicht, die mittlerweile erfolgt ist. Und der Inhalt? Einige Herren des Gemeindevorstandes hatten eine Audienz beim Minister, in der ihnen versichert wurde, daß die königliche Staatsregierung der Stadtverdingung von Steglitz wohlwollend gegenüberstehe. Das ist wieder etwas Neues, noch ein Geheimnis, denn das ist schon wiederholt versichert worden; trotz dieses Wohlwollens ist die Sache aber keinen Schritt vorwärts gekommen. Neu, oder richtiger anders, sind jedoch die Bedingungen, die als Voraussetzung der Stadtverdingung gestellt werden. Diese sind mit dem Ministerwechsel in ihre Gegendlich verkehrt worden. Der frühere Minister stellte fernerzeit eine schnellere Erledigung in Aussicht, wenn Steglitz nach der Stadtverdingung in A. Kreise verbleibe. Deshalb — und nur deshalb — beschloß damals die Gemeindevorversammlung, entgegen einem früheren Beschluß, auf Vorschlag des Bürgermeisters in jenem Sinne. Der jetzige Minister wünscht nun, daß der Verleihung der Stadtrechte eine Auseinandersetzung mit dem Kreise vorhergehe. Um überhaupt vorwärts zu kommen, beschloß daher die Gemeindevorversammlung am Freitag wieder in diesem Sinne. Da in Preußen-Deutschland nichts beständiger ist als der Ministerwechsel, so ist also alle Aussicht vorhanden, daß unsere Gemeindevorversammlung noch öfter ihre Stellung wechseln muß nach dem Kommando: „Raus aus die Kartoffeln — rinn in die Kartoffeln!“ Unerklärlich bleibt nach der mageren offiziellen Information nur die Geheimnisthämerei unseres Bürgermeisters, die man nur als Wichtigkeitserei bezeichnen kann.

Arbeiter-Bohnenarten für die Weislose. Der vor einiger Zeit im „Vorwärts“ gegebenen Anregung ist der Gemeindevorstand jetzt nachgekommen. Laut amtlicher Bekanntmachung werden Arbeiter-Bohnenarten zum Preise von 60 Pf. für die Straße Steglitz-Strandplatz in der Steuerklasse, Schloßstraße 38, während der gewöhnlichen Dienststunden ausgegeben. Die Karten berechnen zu täglich einmaliger Hin- und Rückfahrt während einer Woche von jedem beliebigen Tage ab.

Knolln.

Eine „Wacht“ Präger. Am der 25. Knaben-Gemeinschaft Schule in der Weststraße amtiert ein Lehrer Sigelkow. Von ihm

wurde in seiner Klasse VM ein Schüler, der kein Rechenheft hatte und daher keine Rechenarbeit hatte anfertigen können, so nachdrücklich geprügelt, daß die Mutter beim Anblick der Spuren, die der Stock des Lehrers auf dem Körper des Knaben hinterlassen hatte, entsetzt war. Die Mutter lief nach der Schule, um sich bei dem Lehrer über die ihrem Jungen widerfahrne Behandlung zu beschweren, aber sie hatte hiermit wenig Glück. Sie glaubte zu einer Beschwerde um so mehr Anlaß zu haben, da sie wegen Bedürftigkeit das Heft nicht habe kaufen können, wovon sie den Lehrer durch einen dem Jungen mitgegebenen Zettel in Kenntnis gesetzt habe. Lehrer Sigelow erklärte ihr, er habe den Jungen mehrere Male zum Rektor geschickt, den er um ein Heft bitten sollte, der Junge habe aber unterlassen, sich dort das fehlende Heft zu holen. Daß er nicht rechtzeitig zu seinem Heft gekommen war, ist ausweisend auf ein Mißverständnis zurückzuführen, bei dem vielleicht die Hauptschuld nicht den Jungen trifft. Er sollte sich schließlich das Heft, und die Sache hätte hiermit erledigt sein können, da die Mutter nicht die Absicht hatte, weitere Schritte gegen den Lehrer zu tun. Einige Tage später brachte aber der Junge die Mitteilung nach Hause, daß der Lehrer vor derammelten Klasse zu ihm gesagt habe, er solle, wenn alles heil sei, sich bei ihm melden, dann kriegen er wieder eine Buße. Vermutlich hatte der Junge inzwischen wieder etwas verfehlt, so daß er nach Herrn Sigelows Meinung eine erneute Bestrafung verdiente. Der Lehrer hat sich gewiß nichts weiter bei den Worten gedacht, mit denen er sie anständigte. Wünschen möchten wir ihm aber, daß er wüßte, was die Mutter sich dabei gedacht hat. Wir halten es für unsere Pflicht, dieses Vorkommnis öffentlich zu besprechen, damit es in Lehrerkreisen bekannt werde. Das Hauptgewicht legen wir nicht darauf, ob die dem Lehrer nachgesagte Äußerung wörtlich so geäußert hat, wie sie von dem Jungen zu Hause wiedergegeben worden ist. Wir wollen, daß der Lehrer aus diesem Vorkommnis lernen, wie sie, wenn der Friede zwischen Schule und Haus wiederhergestellt werden soll, es nicht machen dürfen.

**Sichtenberg.**  
**Stadtverordnetenwahl.** Am Sonntag, den 15. Dezember, sind im 2., 7. und 20. Kommunalwahlbezirk Nachwahlen vorzunehmen. Bei der Stichwahl in der 2. Abteilung rettete die Vorschuhbankgruppe 5 Mandate. Das war nicht anders zu erwarten. Auf den erfolgten „Sieg“ kann man wahrlich nicht stolz sein. Die Eisenbahnbehörde hat anscheinend den im Bürgerverein gegebenen Wink gut verstanden und gut beherzigt. Trappweise, von Angst getrieben, kamen die Eisenbahner und Postbeamten zur Wahl. Natürlich wagten sie nicht, gegen die Vertrauensmänner der Demuzianten zu wählen. So half der Terrorismus und Gewissensdruck den „Sieg“ der Gegner herbeiführen, und in Verbindung mit dem schmähligen Wahlrecht noch einmal eine Majorität der Bürgerlichen zu retten. Unsere Genossen werden es sich nun nicht nehmen lassen, auf das Treiben der Bürgerlichen die gebührende Antwort zu geben, indem sie am Sonntag bei der Wahl eine große Stimmenzahl aufbringen. Damit demonstrieren sie auch gleich gegen den letzten Streich der Vorschuhbankleute, die für das Wohl der Grundbesitzer eine Anleihe in Höhe von drei Millionen Mark beschloßen, sich aber ganz entschieden gegen die Errichtung eines Wohnungsamtes in Verbindung mit einem kostenlosen Wohnungsnachweis wehrten. Auch lehnten sie es ab, bei Vergebung von Hypotheken durch das städtische Amt die Bauhandwerkerforderungen sicherzustellen. Auf eine solche freche Verhöhnung der Allgemeininteressen muß den Herrschaften eine kräftige Antwort erteilt werden. — Gewählt wird von mittags 12 bis abends 7 Uhr.

**Weißensee.**  
 Eine Diphtherie-Epidemie herrscht zurzeit im hiesigen Ort. Wie uns mitgeteilt wird, zeigt sich hierbei leider ein erheblicher Mangel an ausreichender Krankenpflege. Das hiesige Auguste-Viktoria-Krankenhaus nimmt Diphtherietranke nicht auf, weil die Isolierpavillons infolge der Vergrößerung abgerissen sind, in Berliner Krankenhäusern finden die Kranken ebenfalls keine Unterkunft. Auf Grund solcher Mitteilungen muß man sich die Frage vorlegen, wie es möglich ist, daß moderne Krankenhäuser einer größeren Epidemie völlig unvorberichtet gegenübersehen. Unseres Wissens zählt die Gemeinde und auch der Kreis einen beträchtlichen Zuschuß zu den Kosten des unter Leitung des Vaterländischen Frauenvereins stehenden Krankenhauses. Der Gemeindearzt hat sich und Stimme im Kuratorium, und er hätte auch die Pflicht, für Abhilfe zu sorgen. Wie soll denn der gerade in der ärmeren Bevölkerung herrschenden Krankheit Einhalt geboten werden, wenn die Kranken nicht isoliert werden können, eine Abgrenzung der Kranken in dichtbewohnten Häusern ist einfach unmöglich. Wenn die Krankenbaracken des Neubaus wegen beseitigt werden müßten, so hätten dieselben sofort an anderer Stelle aufgebaut werden können. Auf jeden Fall besteht für die Gemeinde die unabwendbare Pflicht, sofort hinreichende Vorkehrungen zu treffen, damit ein weiteres Umsichgreifen der Epidemie verhindert wird.

**Ober-Schönebeck.**  
 In der öffentlichen Versammlung, welche im vorigen Monat gegen das Verhalten der Schlächtermeister beim amtlichen Fleischverkauf Stellung nahm, wurde unter anderem von einem Redner behauptet, daß der Schlächtermeister Sudweg Frauen beschäftigt habe. Wie der Vorstand des Wahlvereins jetzt auf Grund einer Untersuchung ermittelt hat, beruht diese in der Versammlung gegen Herrn V. erhobene Beschuldigung auf einer Personenverwechslung. Ebenso verhält es sich in diesem Falle mit dem Aufhalten des Schweinefleisches.

**Fichtenau.**  
 Ungehörte Schulverhältnisse herrschen in unserem dicht vor den Toren Berlins gelegenen Orte. Als im Sommer die Schülerzahl eine solche Höhe erreicht hatte, daß sich sogar die Aufsichtsbehörde zum Einschreiten verpflichtet sah, wurde endlich ein dritter Lehrer angestellt und eine vierte Unterrichtsstufe errichtet. Gleichzeitig beschloß die Gemeindevertretung, da nur Raum für zwei Klassen vorhanden war, den Ausbau des Schulgebäudes. Ein Antrag unserer Genossen, welcher den Neubau einer modernen achtklassigen Volksschule — für die Ortsteile Fichtenau, Klein-Schönebeck und Gröhwalde — forderte, wurde abgelehnt mit der ausdrücklichen Begründung, daß dieser Antrag keine Aussicht auf Verwirklichung hätte und nur geeignet sei, den sofort in Angriff zu nehmenden Ausbau der Schule zu verzögern. Ein halbes Jahr ist seitdem verfloßen und immer noch ist nichts von dem Ausbau der Schulräume zu sehen. Dagegen hat man zu einem Aushilfsmittel gegriffen, das auf das entschiedenste verurteilt werden muß. Nachdem alte und ummoderne Bänke gekauft, wurde einem Lehrer ein kleines Zimmer abgemietet und dieses derartig mit den Bänken versehen, daß die Kinder über die Pulste Kettern müssen, um zu ihren Plätzen zu kommen. Zur Aufnahme der Kleidungsstücke familiärer Kinder dient ein Stuhl, auf dem die Sachen übereinander gelegt werden. Damit sind die Anforderungen dieses „Schulzimmers“ aber keineswegs erschöpft. Seine Größe bietet nämlich nur Zweidritteln der Kinder Schulbank und Tisch, die übrigen müssen stehen, wie sie Platz finden. Beim Schreiben müssen die Kinder den Sitz zum Tisch machen und auf die Erde knien, um die Schreibarbeit zu erledigen. Angesichts dieser standalösen Zustände mühte es wie eine Verhöhnung wirken, als am Sonnabend die Einwohnerschaft zu einer öffentlichen Versammlung zusammengerufen wurde, um Stellung zur Errichtung einer höheren Schule zu nehmen. Da die Versammlung nur den Zweck haben sollte, die Gemeindevertretung den Interessen eines Wäckerdühend dienstbar zu machen, beteiligten sich auch unsere Genossen daran. Unter dem Beifall der Versammlungsmehrheit verlangten sie erst die Schaffung einer der Allgemeinheit dienenden guten Volksschule und erreichten durch ihre Kritik, daß die Versammlung nicht nur der geforderten höheren Schule gegenüber eine ablehnende Stellung einnahm, sondern sich für die notwendige Ausgestaltung der Volksschule aussprach.

Wird diesem Verlangen jetzt die Aufsichtsbehörde nachkommen, nachdem die beteiligten Instanzen versagt haben?

**Spandau.**  
 Die neuen Straßentaxen, welche der heutigen Stadtverordnetenversammlung zur Genehmigung vorliegen, würden für einzelne Straßen eine erhebliche Verteuerung mit sich bringen. Die Arbeiterwochenarten sollen 1 M. bzw. 1,25 M. kosten (bisher 80 Pf. bzw. 1 M.). Für den gewöhnlichen Verkehr werden nach dem Antrag nur noch 10-Pf.-Fahrweise ausgedacht. Die Umsteigeberechtigung fällt fort. Nach 11 Uhr abends wird ein Zuschlag von 5 Pf. für die Fahrt erhoben. Nur für die Arbeiterwochenarten bleibt die Umsteigeberechtigung bestehen. Die Strecke Halensee-Bischdorsf z. V., welche jetzt 10 Pf. kostet, würde nach Annahme des neuen Tarifes am Tage 20 Pf., nach 11 Uhr abends 30 Pf. kosten. Die Verteuerung der Fahrpreise ruft in der Arbeiterschaft den schärfsten Protest hervor.

**Kovawes.**  
 Die Weiterführung der elektrischen Straßenbahn bis zum Rathaus, die bereits für den Herbst d. J. in Aussicht genommen war, hat sich infolge nicht rechtzeitiger Fertigstellung der zur Höherlegung der Eisenbahn erforderlichen Brückenkonstruktionen erheblich verzögert und wird wahrscheinlich erst Anfang nächsten Jahres möglich sein. Die vor einiger Zeit begonnene Pflasterung der Hofstraße, durch die die Straßenbahn künftig ihren Weg nehmen soll, ist augenblicklich ins Stocken geraten, weil das für die Straßenbahn benötigte Schienenmaterial zum Teil noch nicht angeliefert ist. Die bisher vor dem Rathaus befindliche Ausweichstelle ist etwa 50 Meter weiter östlich verlegt worden und befindet sich in Zukunft vor der Apotheke. Nach Beseitigung des provisorischen Bahnhofes und Höherlegung des vierten Eisenbahngleises wird die Straßenbahn wieder bis zu ihrem früheren Endpunkt, der Plantagenstraße, weitergeführt werden. Einem Gerücht nach soll die Gemeinde beabsichtigen, die Straßenbahn sogar bis zum Bahnhof Neubabelsberg weiterzuführen, jedoch hat sich die Gemeindevertretung mit diesem Projekt in öffentlicher Sitzung noch nicht beschäftigt.

**Drewitz (Potsdam).**  
 Bei der Stichwahl zur Gemeindevertretung gelang es in der III. Abteilung unsern Genossen leider nicht den Sieg zu erringen. Von 225 eingeschriebenen Wählern wurden insgesamt 149 Stimmen abgegeben. Hiervon entfielen 72 auf den Genossen Max Kretsch und 77 auf den bürgerlichen Kandidaten Landwirt Mübe. Bei der Hauptwahl hatte unser Kandidat 54, der bürgerliche 58 Stimmen erhalten.  
 Die Wahl in der II. Abteilung endete mit einem Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten Genossen Kasseloff, auf den 27 Stimmen entfielen, während sein Gegenkandidat Mühlendörfer Ferdinand nur 22 Stimmen erhielt. In der Hauptwahl hatten beide Kandidaten 22 Stimmen erhalten. Es zieht somit der dritte Sozialdemokrat in die Gemeindevertretung ein.

**Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.**  
 Friedrichshagen. Freitag, den 13. Dezember, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus, Friedrichstr. 87.  
 Bohnsdorf. Am Freitag nachmittags 5 Uhr.  
 Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

**Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“.** Wanderfahrten am Sonntag, den 15. Dezember. 1. Friedrichshagen-Rahnsdorf. Abfahrt: Schleißer Bahnhof 2.00 Uhr nachmittags. 2. Tegel-Helligenfeld. Treffpunkt: Tegel (Endstation der Straßenbahn) 1.30 Uhr nachmittags.

**Eingegangene Druckschriften.**  
 Ellen von der Weiden. Roman von Gabriele Reuter. S. Fischer, Verlag, Berlin. Geb. 1 M., in Leinen 1,25 M.  
 G. Freytag's Karte der österrussisch-russischen Grenzgebiete. 1 M. G. Freytag u. Berndt, Wien VII.  
 Dg. Monatschrift zur Verbreitung des Wissens vom menschlichen Körper. Viertel 1,25 M. Verlag „Vollstetigkeit“, München.  
 Genossenschaftliche Kultur. Monatschrift für Förderung genossenschaftlicher Entwicklung. Herausgeber P. Trema. Verlag „Gesundes Leben“, Weidenbach i. Th.  
 Italien, der Dreilund und die Balkanpolitik. Von Erz. I. Altomil. Berlin W. 15, bei Desterfeld u. Co., Verlag. 3 M.  
 Die Schulpreisung in Groß-Berlin. Von Helene Simon. 50 Pf. G. Fischer, Jena.

**Briefkasten der Redaktion.**  
 Die juristische Sprechstunde findet am Montag, den 16. d. M., von 4 bis 6 Uhr abends im Rathhaus, Friedrichstr. 87, statt. Jeder für den Briefkasten bestimmte Antrag ist ein Schreiben und eine Zahl als Wertzeichen beizulegen. Verlässliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abnommentragung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Übrige Fragen erge man in der Sprechstunde vor.  
 Ivanhoe 100. 1. Ra. 2. Unbekannt. — V. P. G. Falls die dreimonatliche Art tatsächlich verfallen ist, läßt sich nichts mehr tun. Nach Über Darstellung ist aber die Klage innerhalb der dreimonatlichen Frist eingereicht. Sie können gegen diesen Bescheid innerhalb einer Woche Beschwerde einlegen. — G. G. 100. Unseres Erachtens, ja — S. W. 15. Kein, sofern nicht der Bräutigam einen geschlichen Grund zur Lösung hat. — C. R. Die Polizeiverordnung vom 13. Februar 1900 bestimmt, daß an den Sonn- und Festtagen die Arbeit einschließlich etwaiger Bauten nicht länger als zehn Stunden dauern darf, ferner, daß jedem Arbeiter an jedem Sonn- und Festtage eine ununterbrochene Ruhepause von 14 Stunden zu gewähren ist. Diese freie Zeit muß frühestens um 12 Uhr nachts, spätestens aber um 1/2 Uhr beginnen. — H. J. 1880. Die Mitteilung der Landesverwaltungsamt entspricht dem Gesetz. — G. R. 25. Kein. — M. P. 11. Ihre Angaben genügen nicht zur Scheidung. — V. R. 26. Falls Sie den Mietvertrag, in dem die Kündigungfrist auf 4 Monate gegeben ist, unterschrieben haben, ist diese Kündigungsfrist maßgebend. Die geschliche Kündigungsfest gilt nur in den Fällen, in denen keine andere Frist vereinbart ist. — T. 57. Unseres Erachtens ist der Vorbehalt im Amt nicht mit Recht aus. Es kann Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde erhoben werden. — W. U. 1. Unter Annahme der statutenmäßigen Kündigungsfrist erfolgt die Ausscheidung. — V. R. Solche Verträge sind anfechtbar, im übrigen auch, so lange der Erblasser lebt, unanfechtbar. — B. P. 100. Ein Rechtsanspruch besteht nicht. — U. P. 100. 1. Das ist abhängig von dem Standpunkt des in Frage kommenden Fahrers. 2. Der Mann — falls er entmündigt ist oder unter Pflegschaft steht, sein Vormund oder Pfleger — muß die Echtheit des Kindes durch Klage beim Amtsgericht ansuchen und zwar innerhalb längstens Jahresfrist, von dem Zeitpunkt ab gerechnet, wo er Kenntnis von der Geburt erhalten hat.

**Marktbericht von Berlin am 10. Dezember 1912.** nach Ermittlungen des Königl. Polizeipräsidiums. Marktpreisliste (Richtpreise) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, vom Roggen 30,00—30,00. Speisebohnen, weiße, 36,00—36,00. Linsen 35,00—36,00. Kartoffeln (Kleinbtl.) 5,00—8,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, vom der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,90—2,20. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,40—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,60—7,20. 1 Kilogramm Karotten 1,20—2,40. Kale 1,60—3,20. Zander 1,40—3,60. Hechte 1,40—2,80. Barsche 0,80—2,40. Schlei 1,60—3,20. Blei 0,80—1,40. 60 Stück Korbje 3,00—30,00.

**Witterungsübersicht vom 11. Dezember 1912.**

Stationen	Barometer	Wind	Wolken	Temper.	Stationen	Barometer	Wind	Wolken	Temper.	
Swinemünde	760,0	SW	2	bedeckt	4	Nabaranda	767,0	W	4	bedeckt
Hamburg	762,0	SW	2	bedeckt	6	Petersburg	760,0	W	1	Schnee
Berlin	762,0	SW	2	bedeckt	5	Schwabm.	760,0	SW	6	bedeckt
Kranf. a. M.	765,0	SW	2	Regen	2	Übersee	743,0	SW	6	Regen
München	763,0	SW	4	wolkig	1	Paris	760,0	SW	3	bedeckt
Wien	767,0	W	1	bedeckt	5					

**Wetterprognose für Donnerstag, den 12. Dezember 1912.**  
 Mild und zeitweise aufklarend, jedoch vorwiegend trübe mit Regenschauern und lebhaften südwestlichen Winden.  
 Berliner Wetterbureau.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Verwaltung Berlin.  
 Heute Donnerstag, den 12. Dezember, abends 8 Uhr, in den Konfordia-Festjalen, Andreasstr. 61:  
**Außerordentliche Generalversammlung.**  
 Tagesordnung: Stellungnahme zur Erneuerung des Tarifvertrages.  
 92/10 Die Ortsverwaltung.

**Weg mit den Reklame-Zeiteln!**  
 Wer Kredit in Anspruch nehmen will, geht ja doch nur zu

# Kredit-Feder

Filliale Osten: Frankfurter Allee 89  
 Zentrale Norden: Brunnenstraße 1  
 Filliale Süden: Kottbuser Damm 103  
 weil diese 3 Adressen die einzig richtigen Einkaufsquellen für Jedermann bieten.

**Grosser Weihnachtsverkauf in allen Abteilungen**  
 Anzüge, Paletots, Ulster, Joppen, Hosen, Westen  
 Ball- und Gesellschafts-Kleidung  
 Kostüme, Sammet-Mäntel, Ulster, Kleider, Blusen  
 Backfisch- und Mädchen-Garderobe  
 Damenhüte, Pelzwaren, Wäsche, Schuhwaren usw.

In unserer Weihnachts-Anstalt hat jeder Käufer ein Präsent.